

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar bis Oktober 1939**

NWO-Sonderheft Nr. 69



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis Oktober 1939

NWO-Sonderheft Nr. 69

Terror der Antichristen vom 01.01.1939-31.10.1939

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis Oktober 1939	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis Oktober 1939

Wer Unrecht ausbrütet, wird es auch fliegen lassen. <i>Wilhelm Raabe (1831-1910, deutscher Schriftsteller)</i>

1939

In der Mitarbeiterzeitschrift eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens (EVU) erschien am 1. Januar 1939 folgender Beitrag: >>>Zum neuen Jahr! ...

Hinter uns liegt ein Zeitraum, den wir wohl als den glanzvollsten der deutschen Geschichte bezeichnen können. Wir erlebten die Heimkehr der deutschen Ostmark und die Befreiung des deutschen Sudetenlandes. Die letzten Fesseln des Versailler Schandvertrages sind zerrissen, Deutschland ist stärker, stärker und mächtiger denn je zuvor. ...

Wir können uns unendlich glücklich schätzen, diese Zeit miterleben zu können. Das verpflichtet uns aber, uns der Größe des geschichtlichen Geschehens jederzeit würdig zu zeigen. ... Voll Freude und Dankbarkeit können wir berichten, daß unser Unternehmen auch im vergangenen Jahr seine Leistung steigern konnte und allen Anforderungen gerecht wurde. ...

Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz und Ihre Pflichterfüllung und hoffen, daß Sie auch im neuen Jahr ... Ihr Bestes hergeben für das weitere Erstarken unseres Unternehmens und das Wohl der gesamten Wirtschaft. ...

Heil Hitler! ...<<

Der SPD-Politiker Ernst Niekisch wurde am 10. Januar 1939 wegen Gründung einer Widerstandsbewegung zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt.

Herman Göring ordnete am 24. Januar 1939 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung im NS-Reichsinnenministerium an, um die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern (x138/206).

Nachdem etwa 180.000 wohlhabende Juden das Deutsche Reich verlassen hatten (x051/291), hielten sich Anfang 1939 noch rund 323.000 Juden im Land auf. Das NS-Regime erhöhte zwar unaufhörlich den Druck, um die Juden aus dem Land zu treiben, aber fast niemand war bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagte ihnen, wo sie leben sollten.

Das NS-Regime und Italien schlossen am 24. Januar 1939 einen Vertrag über den Arbeitseinsatz von 37.000 italienischen Landarbeitern in der deutschen Landwirtschaft (x032/500).

Das verfassungswidrige NS-Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 wurde am 30. Januar 1939 nochmals bis zum 10. Mai 1943 verlängert.

Hitler kündigte während seiner zweieinhalbstündigen Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 bereits indirekt die "Endlösung" an (x244/394-395): >>... In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen.

Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa! ...<<

Hitler beendete seine Regierungserklärung mit folgender religiösen Beteuerung (x032/501): >>... Indem wir die Nation in diesem großen Reich in dankbarer Ehrfurcht umfassen, erschließt sich uns der herrliche Reichtum deutscher Geschichte.

Danken wir Gott, dem Allmächtigen, daß er unsere Generation und uns gesegnet hat, diese Zeit und diese Stunde zu erleben!<<

Die Geheime Staatspolizei berichtete im Januar 1939 (x268/51-52): >>Alle Beobachtungen während der Septembertage (Sudetenkrise 1938) stimmen darin überein, daß Millionen von Volksgenossen sich ausländischen Nachrichtenquellen zuwendeten. ... In weiten Kreisen des Volkes rückte an die Stelle der rücksichtslosen Vertretung des Rechts und der Ehre der Nation der Wunsch nach Erhaltung des Friedens um jeden Preis.<<

Das NS-Reichsbankdirektorium warnte Anfang 1939 vor den Risiken der zu hohen Staatsverschuldung (x256/132): >>In entscheidendem Maß wird die Währung von der hemmungslosen Ausgabewirtschaft der öffentlichen Hand bedroht. Das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben ... bringt die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs und zerrüttet von hier aus die Notenbank und die Währung. Keine Notenbank ist imstande, die Währung aufrechtzuerhalten gegen eine inflationistische Ausgabepolitik des Staates.<<

Nach dieser Kritik wurde Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht (1877-1970) entlassen und die Reichsbank Hitlers persönlicher Befehlsgewalt unterstellt.

Die Regierung der CSR ordnete am 1. Februar 1939 die Ausweisung aller jüdischen Emigranten an. Innerhalb von 6 Monaten sollten alle jüdischen Emigranten die CSR verlassen (x138/207).

Am 10. Februar 1939 starb Papst Pius XI.

Der britische Botschafter in Moskau schrieb am 20. Februar 1939 an das britische Außenministerium (x243/69): >>Die Sowjetpolitik (wird nicht) durch ideologische oder moralische ... Erwägungen beeinflusst, sondern ausschließlich durch die unmittelbaren Interessen des Sowjetstaates und seiner gegenwärtigen Herrscher. ...

Die Sowjetregierung möchte jegliches Vorgehen ... vermeiden, das sie in Gegensatz zu Deutschland bringen könnte. ...

Das erfreuliche Ergebnis eines ... Konflikts (zwischen Deutschland und den Westmächten wäre für sie) der ... Zusammenbruch beider Seiten. ...

Der Zusammenbruch Deutschlands ... würde ... zur Sowjetvorherrschaft in Osteuropa führen. ...<<

Das NS-Regime erließ am 21. Februar 1939 eine Verordnung über die Anmeldung und Ablieferung des jüdischen Vermögens (x058/355): >>§ 1 Alle Juden ... haben die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen bin-

nen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung an die nach § 14 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom Dezember 1938 ... vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<<

Ungarn schloß sich am 24. Februar 1939 dem Antikominternpakt (Deutschland, Italien und Japan) an

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über "Ungarn" in den Jahren 1939-45 (x051/592): >>(Ungarn) ... Im Zweiten Weltkrieg strebte Horthy außenpolitisch eine Zusammenarbeit mit Berlin an (24.2.39 Beitritt zum Antikominternpakt, 20.11.40 zum Dreimächtepakt, 27.6.41 Kriegserklärung an Moskau und London), innenpolitisch mühte er sich um eine gemäßigte Linie und um den Schutz der jüdischen Bürger (6 % der Bevölkerung) vor deutschem Zugriff.

Nach der Kriegswende besetzten am 19.3.44 deutsche Truppen Ungarn als Antwort auf Horthys fehlgeschlagenen Versuch eines Waffenstillstands mit Moskau. Der "Reichsverweser" wurde schließlich am 16.10.44 verhaftet und nach Deutschland verbracht; der völlig isolierte Szálasi vollstreckte nun als "Staatsführer" die deutsche Politik, zu der auch die Deportation der ungarischen Juden gehörte.

Die Sowjets etablierten inzwischen auf besetztem ungarischen Territorium eine provisorische Regierung unter General von Dálnok und schlossen am 20.1.45 mit Ungarn Waffenstillstand, dem hinter der Fassade einer nominell aus verschiedenen Parteien bestehenden "Nationalen Unabhängigkeitsfront" der Aufbau eines von Moskau abhängigen kommunistischen Regimes durch Rákosi folgte.<<

Am 27. Februar 1939 erkannten Frankreich und Großbritannien das Franco-Regime an. Nachdem der Widerstand der Republikaner gebrochen war, flohen viele Spanier nach Frankreich ins Exil. Madrid war die letzte Stadt, die noch von den Republikanern verteidigt wurde.

Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Papst Pius XII. wurde am 2. März 1939 zum Papst gewählt.

US-Strategen der Marine stellten am 8. März 1939 den überarbeiteten geheimen Kriegsplan (Basic War Plan "ORANGE") gegen Japan vor (x172/134-135): >>... Der Krieg mit ORANGE wird ohne vorherige Ankündigung beginnen, ein Angriffskrieg von langer Dauer. ... ORANGE den Willen der VEREINIGTEN STAATEN aufzwingen, durch Zerstörung von ORANGE-Streitkräften und Zerrüttung von ORANGE-Wirtschaftsleben bei gleichzeitigem Schutz AMERIKANISCHER Interessen im In- und Ausland.<<

Nach Konflikten zwischen der Prager Regierung und den Slowaken beschloß Hitler am 12. März 1939 die Zerschlagung der Tschechoslowakei (x041/97).

Dr. Tiso (Führer der Slowaken) wurde am 14. März 1939 durch Hitler vor die Wahl gestellt, entweder einen "unabhängigen" slowakischen Staat zu gründen oder von Ungarn besetzt zu werden.

Ministerpräsident Josef Tiso (1887-1947, ein überzeugter Hitler-Anhänger, wegen Hochverrat hingerichtet) trennte sich von den Tschechen und proklamierte am 14. März 1939 die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei.

Die Slowaken kämpften schon seit Gründung der Tschechoslowakischen Republik (1919) für die slowakische Autonomie.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Slowakei" (x051/541): >>Slowakei, bis 1939 Teil der Tschechoslowakei, danach bis 1945 südlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 38.000 km² und rund 2,6 Millionen Einwohnern (1940).

Die Slowakei erhielt nach dem Münchener Abkommen die Autonomie (6.10.38) und erklärte in Absprache mit Berlin am 14.3.39 ihre Unabhängigkeit unter (Minister-)Präsident Tiso.

Durch "Schutzvertrag" vom 18.3.39 wurde sie ein in einer westlichen "Schutzzone" von deutschen Truppen besetzter, formal souveräner "Schutzstaat" mit enger außen-, militär- und wirtschaftspolitischer Anlehnung an Deutschland, das mit ihr ein "Modell" für die geplante nationalsozialistische Neuordnung Europas vorzeigen wollte. Die Verfassung vom 31.7.39 war eine Verbindung autoritär-katholischer und ständestaatlicher Prinzipien mit denen einer Präsidialdemokratie.

Anerkannt von Italien, der Schweiz, Schweden, Spanien, Polen, der Sowjetunion (bis 1941) und de facto sogar von den Westmächten, führte die Slowakei zunächst noch ein schmales politisches Eigenleben, geriet aber zwangsläufig in immer stärkere Abhängigkeit vom Deutschen Reich: 24.11.40 Beitritt zum Dreimächtepakt, 25.11.41 zum Antikominternpakt nach Kriegserklärung an die UdSSR (24.6.41) und Stellung von Truppen für den Rußlandfeldzug. Schließlich verlor die Slowakei auch innenpolitisch jeden Spielraum: Anfangs noch Refugium für politisch und – trotz Judenstatut vom 10.11.41 – rassisch Verfolgte, wurde sie 1942 in die Endlösung einbezogen.

Ein Aufstand gegen die Deutschen bei Herannahen der Roten Armee im September/Oktober 44 wurde von Wehrmacht und SS erstickt. Im Mai 45 proklamierte ein slowakischer Nationalrat wieder die Zusammengehörigkeit mit dem tschechischen Volk und Staat.<<

Die Karpaten-Ukraine wurde seit dem 14. März 1939 durch ungarische Truppen besetzt (x041/97).

Die Unterredung zwischen Hitler und dem tschechoslowakischen Staatspräsident Hácha vom 15. März 1939 ergab folgendes Ergebnis (x243/67): >>... Der Führer habe den Befehl gegeben zum Einmarsch der deutschen Truppen und der Eingliederung der Tschechoslowakei ins Deutsche Reich. ...

Es gäbe zwei Möglichkeiten.

(1.), daß sich das Einrücken der deutschen Truppen zu einem Kampf entwickelt. Dann wird dieser Widerstand mit allen Mitteln gebrochen.

(2.), daß sich der Einmarsch der deutschen Truppen in erträglicher Form abspielt, dann würde der Tschechoslowakei ein großzügiges Eigenleben, ... Autonomie und eine gewisse nationale Freiheit (gegeben werden). ...

Käme es morgen zum Kampf, ... (würde) die gutausgerüstete tschechische Armee in zwei Tagen nicht mehr existieren. ... Um 6 Uhr würden die Truppen einmarschieren.

Hacha sagt, daß für ihn die Situation völlig klar und daß hier jeder Widerstand sinnlos sei. ...<<

Die Tschechoslowakei wurde nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha am 15. März 1939 kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistete und sofort bedingungslos kapitulierte. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen gerieten etwa 13.000 deutsche Antifaschisten und 20.000 Juden, die aus dem Deutschen Reich und dem Sudetenland in die CSR geflohen waren, in große Gefahr (x032/513).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die Zerschlagung der "Tschechoslowakei" (x051/588-589): >>(Tschechoslowakei) ... Erst die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen v.a. auf die exportabhängige Klein- und Mittelindustrie im Sudetenland und besonders die offenkundigen Ermunterungen für die deutschen und ungarischen Minderheiten durch die nationalsozialistische Propaganda nach 1933 (u.a. Sudeten-deutsche Partei) führten zu wachsenden innerstaatlichen Spannungen.

Als Mittel zur "Zerschlagung" der Tschechoslowakei von Berlin aus seit Mai 38 ständig geschürt und von Prag nicht durch rechtzeitige Zugeständnisse aufgefangen, eskalierten sie in der Sudetenkrise und fanden eine vorläufige Lösung im Münchener Abkommen.

Obwohl sich die sogenannte 2. Republik der nunmehrigen Tschechoslowakei (Oktober

38/14.3.39) nach erheblichen Gebiets- (rund 42.000 km²) und Bevölkerungsverlusten (rund fünf Millionen) und Autonomie für die Slowakei und die Karpato-Ukraine vollständig dem Willen Berlins unterwarf (Vorgehen gegen die Juden, Umbildung der Parteien, Sonderrecht für deutsche Emigranten), mußte Staatspräsident Hácha am 14.3.39 den Erpressungen Hitlers weichen:

Unter dem Vorwand der Selbstauflösung des Staates (14.3.39 in Berlin diktierte Unabhängigkeitserklärungen der Slowakei und der Karpato-Ukraine) besetzte die Wehrmacht am 15.3. die "Resttschechei"; am 16.3. unterzeichnete Hitler auf der Prager Burg den "Erlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren".

Völkerrechtlich existierte die Tschechoslowakei in der von Großbritannien, den USA, der UdSSR und de Gaulle anerkannten Exilregierung in London unter Benes weiter. Sie betrieb mit Erfolg und in enger Zusammenarbeit mit Moskau (12.12.43 Freundschafts- und Beistandsvertrag) die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens, die Vorbereitung der Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46 (2,3 Millionen) und die Pläne für eine politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Krieg.

Nach einem Aufstand in Prag kurz vor dem deutschen Zusammenbruch (5.-7.5.45) kehrte Benes in die wiedererstehende Tschechoslowakei zurück. Die folgende kommunistische Macht-ergreifung und damit das Ende des tschechoslowakischen "Mittelweges" vermochte er nicht abzuwenden.<<

Obwohl auch die Besetzung der Tschechoslowakei am 15. März 1939 kampflos und ohne Blutvergießen vonstatten ging, reagierte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung erstmalig betroffen. Eine Kriegsstimmung oder ein "Kriegsfieber" wie im Jahre 1914 gab es nicht. Die allgemeine Stimmung der Deutschen war jetzt ganz anders.

Nirgends herrschte Hochstimmung und Jubel, sondern überall registrierte man nur große Beklommenheit und Besorgnis. Für Hitler, der bei den Siegesfeiern in Berlin jubelnde Kriegsbegeisterung erwartet hatte, verlief die Siegesparade völlig enttäuschend, denn die meisten Berliner standen schweigend am Straßenrand. Größtenteils jubelten nur die abkommandierten bzw. "hauptamtlichen" NS-Fanatiker. Hitler tobte damals: "Mit diesem Volk kann ich noch keinen Krieg führen!"

Die Sozialdemokraten berichteten später in einem Schreiben an den Exilvorstand der SPD über die Reaktionen der deutschen Bevölkerung (x149/93): >>1. Allem voran steht naturgemäß ein neuer großer Prestigegewinn Hitlers. Die Überzeugung, daß dem "Führer" alles gelinge und daß die "anderen" immer wieder vor der Übermacht Deutschlands kampflos zurückweichen, hat bei den primitiven Menschen neue Nahrung gewonnen.

2. Nicht gering ist aber auch die Zahl derjenigen, die diesem Gewaltstreich mit derselben dumpfen Gleichgültigkeit begegnen, die schon nach München vielfach zu beobachten war. ...

3. Eine dritte Gruppe stellt kritische Überlegungen an, wie die Einverleibung der "Tschechei" mit den früheren Versicherungen Hitlers in Einklang zu bringen ist, daß es ihm nur auf die "Befreiung unterdrückter deutscher Minderheiten" ankomme; sie erkennt, daß hier zum ersten Male der neue deutsche Imperialismus weithin sichtbar zu Tage getreten ist.

4. Weit verbreitet – und auch den unkritisch Begeisterten oder stumpf Gleichgültigen nicht fremd – ist schließlich die Sorge, daß Deutschland mit dem neuesten "Sieg" der großen kriegerischen Auseinandersetzung und damit der abermaligen Niederlage wieder um einen Schritt näher gerückt ist.<<

Der deutsche Prof. Hugo Andreae schrieb später über die Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x076/238): >>... Seit dem September 1938 kennt man in der Sprache der Politiker den Begriff eines "München". Man versteht darunter die vermeintliche Rettung des Friedens, indem man vor den Forderungen einer diktatorischen Macht zurückweicht, während man in Wirklichkeit den Eroberungswillen des Diktators ermuntert.

... Die militärischen Führer Deutschlands waren damals zu einem Putsch gegen Hitler entschlossen. Führende Generäle, an ihrer Spitze der Chef des Generalstabes Beck, sahen in Hitlers Plänen den Zweiten Weltkrieg und die Vernichtung Deutschlands. Die Gegenaktion sollte mit der Verhaftung Hitlers und der Machtübernahme durch das Militär am Tage der Kriegserklärung einsetzen. Das Münchener Abkommen zerschlug die Pläne der Verschwörer ...

Schon am 15.03.1939 erfolgt der Schlag Hitlers gegen die Rest-Tschechoslowakei. ... Am 16. März verkündet Hitler in Prag das "Protektorat Böhmen und Mähren".

Die Errichtung des Protektorats entlarvt Hitler. Es wird nunmehr deutlich, daß er nicht die Revision von Versailles, sondern die Beherrschung Europas anstrebt. Auch über seine Methoden kann sich keiner mehr einer Illusion hingeben. Vertragsbruch, Lüge, Verstellung und brutalste Gewaltanwendung sind für ihn legale Mittel. Die Erbitterung der Weltöffentlichkeit führt zur Gegenmaßnahme Englands ...<<

Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.

Der britische Botschafter in Berlin schrieb nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Die Annexion von Böhmen und Mähren kann nicht durch irgendeinen der Gründe gerechtfertigt werden, die einst die Opposition gegen die Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes schwächer machten.

Sie widerspricht völlig dem Recht der Selbstbestimmung und ist absolut unmoralisch. Sie stellt ein Unrecht dar, das nach Wiedergutmachung schreit. Sie mag Herrn Hitler und Herrn Ribbentrop einen billigen Triumph gewährt haben. Es würde jedoch traurig sein, wenn man nicht glauben könnte, daß sie sich am Ende als kostspieliger Irrtum erweisen wird. ... Der Nazismus hat endgültig den Rubikon der völkischen Reinheit und der deutschen Einheit überschritten.<<

Der französische Botschafter in Berlin schrieb nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Es ist einleuchtend, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, wollte man, mit Aussicht auf Erfolg, versuchen, dem Führer mit andern Argumenten als der Gewalt zu begegnen. Das Dritte Reich hegt für Verträge und Verpflichtungen die gleiche Verachtung wie das Kaiserreich Wilhelms II. Deutschland bleibt das Land der "Papierfetzen".<<

Das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (Restgebiet der CSR = 48.901 qkm) wurde am 16. März 1939 direkt dem NS-Regime unterstellt (x004/6). Das Reichsprotektorat behielt beschränkte Unabhängigkeit mit eigenem Staatsoberhaupt, eigener Verwaltung, Rechtsprechung und Kultur.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Protektorat Böhmen und Mähren" (x051/461): >>Protektorat Böhmen und Mähren, dem Deutschen Reich mit Erlaß Hitlers vom 16.3.39 angegliedertes "Schutzgebiet", bestehend aus den "historischen Ländern" der am Vortag durch militärischen Einmarsch "zerschlagenen" Tschechoslowakei: 48.927 km² mit 7,5 Millionen Einwohnern (1940), darunter 225.000 Deutsche.

Die nahezu unumschränkte Macht im Protektorat Böhmen und Mähren lag beim Reichsprotektor (bis 27.9.41 Neurath, ab 25.8.43 Frick) und seinem Stellvertreter (bis 4.6.42 Heydrich, danach Daluge), der weiter amtierende "Staatspräsident" Hácha war praktisch einflußlos.

Die deutsche Herrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren war geprägt durch rücksichtslose Gleichschaltung der Verwaltung, Durchsetzung des Führerprinzips, Herabstufung der Tschechen gegenüber den Reichsdeutschen zu Personen minderen Rechts und offenem Terror gegen tschechische Intelligenz und Bürgertum.

Das Protektorat Böhmen und Mähren hatte besonderen Stellenwert für die deutsche Kriegswirtschaft wegen der Produktions- und Arbeitskraftressourcen und wegen der relativen Si-

cherheit vor Luftangriffen. Daher wurde die Arbeiterschaft verhältnismäßig schonend behandelt und materiell umworben. Erst nach dem Attentat auf Heydrich (27.5.42) verschärfte sich die ohnehin wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung (u.a. Theresienstadt) gespannte Lage insgesamt durch die SS-Vergeltungsmaßnahmen (u.a. Lidice).

Der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren fielen bis 1945 ca. 65.000 Juden und 40.000 Tschechen zum Opfer. Die Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung bei der Vertreibung haben hier eine Ursache. Das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren wurde nach der sowjetischen Besetzung im Mai 45 wieder der Tschechoslowakei inkorporiert.<<

Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläuterte der britische Premierminister Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).

Premierminister Chamberlain erklärte am 17. März 1939 während dieser Rede in Birmingham (x243/67): >>... Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung, ... als er die Trennung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei und dessen Einverleibung in das Reich forderte?

Deutschland hat der Welt unter seinem jetzigen Regime eine Serie von unangenehmen Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der Anschluß Österreichs, die Lostrennung des Sudetengebietes. ...

Jedoch soviel wir auch einwenden mögen gegen die Methoden, ... etwas ließ sich doch sagen – entweder wegen der rassenmäßigen Zugehörigkeit oder wegen allzulang mißachteter gerechter Ansprüche - ... zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung der vorhandenen Lage.

Aber die Dinge, die sich diese Woche unter völliger Mißachtung der von der deutschen Regierung selbst aufgestellten Grundsätze ereignet haben, scheinen zu einer anderen Kategorie zu gehören. ...

Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat? ... Ist dies sogar ein Schritt in der Richtung, ... die Welt durch Gewalt zu beherrschen? ...

Ich fühle mich verpflichtet zu wiederholen, ... daß ... kein größerer Fehler begangen werden könnte als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält, so sehr ihr Mark verloren, daß sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solchen Herausforderung entgentreten werde, sollte sie jemals erfolgen. ...<<

Dr. Tiso schloß am 18. März 1939 einen Bündnis- bzw. Freundschaftsvertrag mit dem NS-Regime ab, um die ungarischen Gebietsansprüche abzuwehren. Das NS-Regime verpflichtete sich, die Integrität der Slowakei zu schützen und erhielt das Recht, in der Westslowakei Truppen zu stationieren (x004/148).

Die Slowakei mußte später lediglich die Karpaten-Ukraine an Ungarn abtreten.

Hitler bot den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und forderte nochmals die Rückgabe Danzigs und extraterritoriale Verkehrswege (x041/97).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Danzigfrage" (x051/108):

>>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung (ca. 380.000 Einwohner, darunter 12.000 Polen) am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.

Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden (Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt vom 26.1.34).

1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des

Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer exterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt u.a.), und erließ gleichzeitig die Führerweisung "Fall Weiß" (Polenfeldzug).

Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". Hitler betrieb nun die Isolierung Polens (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag), am 10.8. gab Danzigs Gauleiter A. Forster die "Heim-ins-Reich-Parole" aus, am 1.9. begann mit der Beschießung der Westerplatte durch das Linienschiff "Schleswig-Holstein" der Krieg mit Polen. Danzig wurde umgehend zum Reichsgebiet erklärt.

Nach der polnischen Niederlage versuchte die NS-Propaganda nicht ohne Erfolg, der französischen Öffentlichkeit unter dem Schlagwort "Mourir pour Danzig – Sterben für Danzig?" die Sinnlosigkeit der französischen Kriegserklärung vom 3.9.39 zu suggerieren. Im Potsdamer Abkommen wurde Danzig als Gdansk polnischer Verwaltung unterstellt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Korridor" (x051/327):

>>Korridor (Polnischer Korridor), im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.

Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).

Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner (1939 noch 10 %) schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag.

Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<

Litauen stimmte am 22. März 1939 der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu. Das Memelland wurde bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Litauen" (x051/356): >>Li-

tauen, Republik an der Ostsee, einer der Baltischen Staaten, mit 53.000 km² und 2,39 Millionen Einwohnern (1939), Hauptstadt Wilna; gegründet während der deutschen Besatzungszeit am 11.12.17 und nach dem deutschen Zusammenbruch gegen Polen und Rote Armee behauptet. 1926 durch Staatsstreich Umwandlung in einen autoritären Staat unter A. Smetona.

Litauen mußte am 22.3.39 auf deutschen Druck hin das Memelland herausgeben, das es sich im Januar 23 angeeignet hatte, wurde im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.39 der sowjetischen Einflußsphäre zugeschlagen und am 15.6.40 annektiert. Gleich zu Beginn des Rußlandfeldzuges im Juni 41 von Deutschland besetzt, wurde es als Generalkommissariat dem Reichskommissariat Ostland angegliedert, die deutsche Bevölkerung ins Deutsche Reich umgesiedelt.

Den sowjetischen Repressalien folgten harte deutsche Besatzungsjahre mit schweren Judenverfolgungen. Hoffnungen auf Rückgewinnung der Unabhängigkeit durch deutsche Hilfe erfüllten sich nicht. Im Juli 44 besetzte die Rote Armee erneut das Land (Wilna 13.7.).<<

Deutsche Truppen marschierten am 23. März 1939 kampflos im Memel-Gebiet ein (Abkommen mit Litauen).

Hitler erklärte am 23. März 1939 in Memel (x023/196-197): >>Ihr seid erst von einem Deutschland im Stich gelassen worden, das sich der Schmach und Schande ergeben hatte. Jetzt seid ihr zurückgekehrt in ein gewaltiges neues Deutschland ... das entschlossen ist, sein Schicksal selbst ... zu gestalten, auch wenn dies einer anderen Welt nicht gefällt. ... Die 20 Jahre Elend und Leid sollen uns für alle Zukunft eine Warnung und eine Lehre sein. ...

Unser Volk und unser Deutsches Reich – Sieg Heil!<<

Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung die eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Frühjahr 1939 (x853/...): >>... Im Frühjahr 1939 kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Auslöser war der Streit um Danzig, daß bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatte und nun zu Deutschland zurückkehren wollte. Durch den Druck der "Anti-Appeaser" um Churchill und durch den Druck Roosevelts sah Chamberlain sich genötigt, einen schärferen Kurs gegen Deutschland einzuschlagen.

Chamberlain gab eine Garantieerklärung für Polen ab und versuchte, eine große Koalition zur Einkreisung Deutschlands zustande zu bringen. Dieser Koalition sollte neben England, Frankreich, Polen und Rumänien auch die Sowjetunion angehören. Chamberlain selbst stand einem Bündnis mit der UdSSR sehr skeptisch gegenüber, aber Polen und Rumänien waren ohne sowjetische Hilfe militärisch nicht zu verteidigen. Ohne Moskau war die Einkreisung und verschärfte Eindämmung Deutschlands nicht zu bewerkstelligen.

In Berlin löste die britische Einkreisungspolitik große Besorgnis aus. Deutschland hatte nach 1918 in Erfüllung des Versailler Vertrages sein Heer auf das Niveau einer Polizeitruppe abrüsten müssen. Das NS-Regime hatte ab 1933 eine forcierte Aufrüstung betrieben, aber 1939 hatte das deutsche Heer noch nicht einmal die Stärke der französischen Armee, geschweige denn die einer Koalition der europäischen Militärmächte erreicht. Allenfalls die deutsche Luftwaffe hatte aufgrund ihrer hochmodernen Ausrüstung eine gewisse Überlegenheit.

Die deutsche Wirtschaft war nach wie vor in hohem Grade von Rohstoffeinfuhren abhängig, die Autarkiepolitik war kaum mehr als Propaganda gewesen. Mit anderen Worten, Deutschland war nicht kriegsbereit, und die von England angestrebte große Koalition hätte Deutschland jederzeit militärisch mattsetzen und wirtschaftlich erdrosseln können.

Während sich im Sommer 1939 die deutsch-polnische Krise immer mehr zuspitzte, verhandelte eine englisch-französische Militärdelegation in Moskau über ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. ...<<

König Carol II. und Hitler schlossen am 23. März 1939 einen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag ab (x007/34E).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über "Rumänien" in den Jahren 1939-44 (x051/505): >>(Rumänien) ... Die durch die Agrarreform mitverursachte und durch die weltweite Depression 1929-32 dramatisch verschärfte Wirtschaftskrise (Preisverfall für Erdöl und Agrarprodukte, Absatzstockungen, Zahlungsunfähigkeit, hohe Arbeitslosigkeit) drängte Bukarest auch politisch immer enger an das nationalsozialistische Deutschland mit seinem nahezu unbegrenzten und krisensicheren Absatzmarkt (Erdöl, Weizen) und seinen Möglichkeiten des devisenlosen Zahlungsverkehrs über Clearings: 23.3.39 deutsch-rumänischer Wirtschaftsvertrag, 27.5.40 "Ölpakt".

Die Kapitulation Frankreichs, die Ausschaltung von Großbritannien vom Kontinent und die Annexion Bessarabiens und der Nord-Bukowina durch die Sowjetunion am 28.6.40 entspre-

chend dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 39 ließen Rumänien endgültig in das Lager der "Achse" einschwenken: 30.8.40

2. Wiener Schiedsspruch, 23.11.40 Beitritt zum Dreimächtepakt, 25.11.40 zum Antikomin-ternpakt, 24.6.41 Erklärung des "heiligen Krieges" (Antonescu) gegen die Sowjetunion.

Die Kriegswende bei Stalingrad, schwerste Verluste der rumänischen Truppen und der Einbruch sowjetischer Verbände nach Rumänien führten am 23.8.44 zur Verhaftung Antonescus, am 28.8.44 zur Kriegserklärung an Deutschland (12.9.44 rumänisch-sowjetischer Waffenstillstand) und in der Folge unter ständigem sowjetischen Druck zur Umwandlung Rumäniens in eine kommunistische Volksrepublik.<<

Gemäß Jugenddienstverordnung vom 25. März 1939 erhielten alle 10-13jährigen Mädchen (Jungmädels) und Jungen (Jungvolk) sowie alle 14-18jährigen Mädchen (BDM) und Jungen (HJ) Uniformen und mußten ab 1940 an einer vormilitärischen Ausbildung teilnehmen.

NS-Kinder- und Jugenderziehung

Die Jungen und Mädchen, die zuerst 4 Jahre beim Jungvolk (sogenannte "Pimpfe") oder bei den Jungmädels dienten, waren von den sportlichen Wettkämpfen, den fröhlichen Wanderfahrten und den romantischen Zeltlagern meistens hell auf begeistert. Viele Kinder waren "stolze Uniformträger" (die Dienstgrade entsprachen der Wehrmachtsrangfolge) und entwickelten sich oft schnell zu diktatorischen und fanatischen "Führern" und "Führerinnen".

Für die Ausbildung bzw. Umerziehung der künftigen NS-Führer ließ Hitler z.B. 12 "Adolf-Hitler-Schulen" (AHS) gründen, die als Vorschule für die NS-Ordensburgen in Sonthofen (Allgäu), Crössinsee (Pommern) und in Vogelsang (Nordeifel) galten.

Die Kinder und Jugendlichen trainierten nicht selten mit tödlichen Waffen und übten ständig den militärischen Exerzierdienst.

Im Zeltlager sangen Hitlers Jungen und Mädchen regelmäßig Lieder, wie das Fahnenlied der HJ usw. (x191/74):

>>Vorwärts! Vorwärts!

Schmetter die hellen Fanfaren.

Vorwärts! Vorwärts!

Jugend kennt keine Gefahren.

Deutschland, du wirst leuchtend steh'n,

mögen wir auch untergeh'n.

Vorwärts ...

Ist das Ziel auch noch so hoch,

Jugend zwingt es doch.

Jugend! Jugend!

Wir sind der Zukunft Soldaten.

Jugend! Jugend!

Träger der kommenden Taten.

Ja durch unsre Fäuste fällt,

Was sich uns entgegenstellt

Jugend ...

Führer! Dir gehören wir,

Wir Kam'raden, dir!

Kehrreim: Uns're Fahne flattert uns voran,

in die Zukunft ziehen wir Mann für Mann.

Wir marschieren für Hitler

durch Nacht und durch Not,

mit der Fahne der Jugend
für Freiheit und Brot.
Uns're Fahne flattert uns voran.
Uns're Fahne ist die neue Zeit.
Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit!
Ja die Fahne ist mehr als der Tod!

... Und mögen die Alten auch schelten,
so laßt sie nur toben und schrei'n,
und stemmen sich gegen uns Welten,
wir werden doch Sieger sein. –
Wir werden weiter marschieren,
wenn alles in Scherben fällt,

denn heute da hört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.<<

Die NSDAP verfügte über geschulte Organisatoren und Propagandisten, die vor allem das "Völkische" bzw. das "Aufgehen in der Gemeinschaft" predigten und besonders leicht die deutsche Jugend für ihre vermeintlichen Ziele begeistern konnten ("Verteidigung von Blut und Boden", "Du bist nichts, dein Volk ist alles" etc.).

Es gehörte zur Erziehungsmethode der NS-Jugendführung, daß fast die komplette Erziehung in Form von Wettkämpfen abgewickelt wurde. Man kämpfte nicht nur im Sport und im Beruf um die besten Leistungen, sondern fast der gesamte NS-Alltag (Spendensammlungen, Schule etc.) war ein ständiger Kampf um höchste Ergebnisse und Leistungen.

NS-Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der sich selbst zum "Priester des NS-Glaubens" ernannte und dauernd Härte und Wehrhaftigkeit forderte, war selbst kein schneidiger, harter Kämpfer. Schirach (ein eher "dicklicher, weichlicher Typ", der oftmals wegen seiner "weibischen Art" verspottet wurde) betonte in seinen Reden vor allem das heldenhafte Kämpfertum und wollte keine bleichen, schlappen Musterknaben, sondern zähe und harte Jungen.

Hitler, der die Jugend als sein persönliches Eigentum betrachtete, erteilte von Schirach allmählich immer größere Vollmachten, so daß der Einfluß der Eltern, der Geistlichen und der Lehrer später fast völlig ausgeschaltet werden konnte.

Die ersten "Erfolge" der NS-Umerziehung stellten sich bereits nach dem NS-Reichsparteitag in Nürnberg (1936) ein, als etwa 900 BDM-Mädchen im Alter von 14-18 Jahren schwanger nach Hause zurückkehrten (x050/51). Nach ähnlichen Vorfällen nannte man den BDM (1939 = 3,5 Millionen Mitglieder) spöttisch "Bald deutsche Mutter" oder "Bedarfsartikel deutscher Männer".

Die bündische Zeitschrift "Sonderinformationen deutscher Jugend" berichtete später (x053/-40-41): >>Im rheinischen Industriegebiet kamen Mädchen von 14 bis 16 Jahren aus der "Landhilfe" und dem "Arbeitsdienst" in großer Anzahl schwanger nach Hause zurück. Eine Mutter, die ihrem Kind deshalb Vorhaltungen machte, erhielt von diesem die Antwort: "Ich bin stolz, dem deutschen Volke ein Kind zu schenken, wenn Du noch mehr dagegen sagst, werde ich Dich anzeigen und ins Konzentrationslager bringen.<<

Die NS-Agitatoren setzten eine raffinierte Mischung aus Führerglauben ("Führer befiehl, wir folgen!", "Wir sind geboren, um für die Deutschland zu sterben!"), Gemeinschaftsromantik (nach dem Vorbild der Pfadfinder und anderen Jugendorganisationen), NS-Religiosität ("der Herrgott, die Vorsehung hat den Führer geschickt") ein, um die deutschen Jugendlichen für die vermeintlichen NS-Ideale (Ehre, Disziplin, Härte, Kameradschaft, Gehorsamkeit, Gemeinschaftssinn, Selbstaufopferung, Tapferkeit und Treue) zu gewinnen.

Hitler betonte damals während einer Nürnberger Parteitagsrede (x059/81): >>... Wenn die älteren Jahrgänge noch wankend werden können, die Jugend ist uns verschrieben und verfal-

len mit Leib und Seele ...<<

Schirach (1907 in Berlin geboren, Reichsjugendführer, ab 1940 Reichsstatthalter in Wien) erklärte später 1946 in seinem Schuldbekenntnis (x051/516): >>(Er habe die Jugend, wie er nun erst erkenne,) "für einen millionenfachen Mörder" (erzogen) ...<<

Der bedingungslose, fanatische Hitleranhänger erhielt damals lediglich eine 20jährige Freiheitsstrafe. Schirach starb 1974 (8 Jahre nach seiner Haftentlassung).

Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über die "Hitlerjugend" (x051/264-265): >>(Hitlerjugend) ... Nach der gesetzlichen Festlegung vieler "Dienstpflichten" für junge Menschen (Landjahr, Arbeits-, Wehrdienst, Pflichtjahr für Mädchen) hat die Jugenddienstverordnung vom 25.3.39 auch die Dienstpflicht in der HJ eingeführt. Von 1940 an waren demnach schon die Zehnjährigen zum Eintritt in Jungvolk und Jungmädels verpflichtet, für die älteren Jahrgänge wurden in den darauf folgenden Jahren "Jugendappelle" zu ihrer Erfassung durchgeführt.

Die Aktionsfelder, die den 14- bis 18-Jährigen "Hitlerjungen" angeboten wurden, sind bis zum Krieg ständig erweitert und differenziert worden. Das nationalpolitische Engagement und die Härte in der körperlichen Beanspruchung durch den Dienst wurden bald übergeleitet in die Gewöhnung an Rituale und in die Vermittlung außergewöhnlicher Erlebnisse durch Fahrt und Lager: Die Gesinnungsgemeinschaft sollte zur "Formation" werden.

"Sonderformationen" wie Flieger-, Marine-, Motor-HJ entwickelten militärisch nutzbare Fertigkeiten, Wettkämpfe brachten auch Nichtorganisierte mit der HJ in Beziehung, immer mehr konnten auch die kulturellen Aktivitäten der Jugendlichen von der HJ in Regie genommen werden.

Die Differenz zwischen Schulung und Unterricht, Dienst und Arbeit, Führerauslese und Ausbildung blieb zunächst noch gewahrt: Der politische Irrationalismus setzte auf die Orientierung an Symbolen, auf Einsätze und Erlebnisse, in denen sich politische Gesinnung im Handeln bewähren konnte. Doch die totalitäre Dynamik negierte zunehmend die Unterschiede zwischen Schule und Lager, Ausbildung und emotionaler Selbstbestätigung.

Im Krieg hatte nach Meinung der Reichsjugendführung (RJF) "alle Arbeit allein der Kriegführung zu dienen". Da die HJ aber in einem Moment zur Zwangsveranstaltung geworden war, in dem ihr die älteren Führungskräfte entzogen wurden, geriet die "Selbstführung" in eine Krise. Diese wurde mit einer "Polizeiverordnung" nach obrigkeitstaatlichem Muster und durch die Verschärfung von Strafandrohungen beantwortet. Der "HJ-Streifendienst" wurde jetzt als Organ der Sicherheitspolizei tätig.

Die HJ näherte sich, insbesondere in ihrer Tätigkeit in den okkupierten Gebieten, immer mehr der SS als pseudostaatlicher totalitärer Organisation an. Der Apparat der RJF nutzte die "Selbstführung" als willfähiges Instrument zur Auflösung der auf die Nachwuchssicherung verpflichteten Institutionen aus, um die Jugendlichen möglichst früh für den "Endsieg" zu mobilisieren (Wehrrertüchtigungslager, Flakhelfer, Volkssturm, Werwolf).<<

Dr. Dorothee Klinksiek schrieb später über den "Bund Deutscher Mädel" (x051/95-96): >>Bund Deutscher Mädel (BDM), Teilorganisation der Hitlerjugend (HJ), untergliedert in Jungmädelsbund (zehn- bis 13-Jährige) und Bund Deutscher Mädel (14- bis 17-Jährige, seit 1938 darüber hinaus Sondereinheiten für die 17- bis 21-Jährigen, u.a. Glaube und Schönheit). Als Vorläufer des BDM gelten die schon seit den 20er Jahren vereinzelt bestehenden nationalsozialistisch orientierten Mädchengruppen, die im Dezember 28 als "Schwesternschaften" in die HJ aufgenommen wurden.

Im Juni 30 gab der "Völkische Beobachter" ihre Umbenennung in "BDM in der HJ" bekannt. Obwohl die offiziöse Geschichtsschreibung behauptet, von diesem Zeitpunkt an habe sich der BDM kontinuierlich entwickelt, lassen sich zwischen 1930 und 33 zahlreiche parteiinterne Kämpfe um Führung und inhaltliche Ausrichtung der Mädchenorganisation feststellen.

Erst eine Verfügung Strassers vom Juli 32 beendete die Konflikte und wies alle nationalsozialistischen Mädchengruppen dem BDM zu. Mit dieser Erklärung zur einzigen parteiamtlichen Mädchenorganisation begann seine selbständige Jugendarbeit.

Aufgrund organisatorischer und inhaltlicher Probleme, die der Bund bis 1933 nicht beseitigen konnte, wurde bis zum "Gesetz über die Hitlerjugend" (1936) offiziell kein Zwang ausgeübt, dem BDM beizutreten. Dennoch nahm die Mitgliederzahl stetig zu, aus unterschiedlichen Gründen: Ein Teil der Mitglieder wurde einfach aus gleichgeschalteten Verbänden übernommen, andere Mädchen traten dem Bund bei, weil es ihren Eltern opportun erschien. Es gab aber auch freiwillige Anmeldungen; gerade in bürgerlichen Kreisen akzeptierten viele Mädchen den BDM als Möglichkeit, sich den starren Konventionen ihres Elternhauses zu entziehen.

Organisatorisch blieb der BDM Teil der HJ und hatte auch eine weitgehend parallele Gliederung. Kleinste Einheit war die (Jung-)Mädelschaft (ca. zehn Mädchen), zehn Mädelschaften bildeten eine Schar, vier Scharen eine Gruppe, drei bis fünf Gruppen einen Ring, vier bis sechs Ringe einen Untergau. 20 Untergaue wurden zu einem Obergau zusammengefaßt.

Auf der oberen Ebene vertraten Referentinnen die Interessen des Bundes bei der Reichsjugendführung und ihren Ämtern. Die BDM-Reichsreferentin hatte weitgehende Vollmachten und leitete die Arbeit des BDM nahezu eigenverantwortlich.

Ziel der Erziehungsarbeit im BDM war es, die weibliche Jugend von klein auf zu Trägerinnen der nationalsozialistischen Ideen zu formen. Dabei kam es nicht darauf an, sie durch Argumente für die nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen, man wollte bedingungslos gläubige Anhängerinnen.

Gehorsam, Pflichterfüllung, Disziplin, Opferbereitschaft und Körperbeherrschung galten als die Tugenden, die jedes BDM-Mädel zu haben hatte. Gleichgültig welche Aufgabe ihr später einmal zugewiesen würde, die zukünftige Frau mußte lernen, ihre Pflichten im Rahmen der Volksgemeinschaft kritiklos und freudig zu übernehmen und zu erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten zwei Drittel der Erziehungsarbeit dem Sport gewidmet sein, ein Drittel der weltanschaulichen Schulung.

Wegen der organisatorischen Schwierigkeiten der Anfangsphase, aber durchaus im Einklang mit der Ideologie, die dem Körper einen höheren Wert zumaß als dem Geist, baute die BDM-Führung zuerst ein Sportprogramm auf. Der Sport diente zum einen der Disziplinierung, zum anderen der körperlichen Ertüchtigung. Nur Mädchen, die an Disziplin gewöhnt waren, würden sich zum Befehlsempfänger eignen, nur gesunde, kraftvolle Frauen würden ihren Pflichten nachkommen können und das angestrebte rassische Ideal verkörpern.

Bis 1939 war die Hauptaufgabe des Mädchens eindeutig definiert: Mutter von erbgesunden Kindern zu werden und sie zu Nationalsozialisten zu erziehen. Der Schwerpunkt der weltanschaulichen Schulung lag daher in der Vermittlung des völkischen kulturellen Erbes und von 1936 an in der hauswirtschaftlichen Ertüchtigung.

Mit der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht (1935) erweiterten sich zwar die Aufgaben des BDM, und auch die Verknappung der Arbeitskräfte seit 1936 brachte neue Anforderungen, weil Berufsanfängerinnen verstärkt in rüstungswichtige Branchen gelenkt werden mußten, aber das zentrale Anliegen des BDM blieb nach wie vor die Erziehung der Mädchen zur Hausfrau und Mutter.

Erst mit Beginn des Krieges erfolgte eine Umorientierung: Der BDM ging gut vorbereitet in den Krieg und es gelang ihm schnell, den gesamten Dienstbetrieb auf die neue politische und militärische Situation umzustellen. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker entwickelte sich der BDM zur Kriegshilfsorganisation; die eigentliche Jugendarbeit trat mehr und mehr in den Hintergrund.

Als Folge dieser Entwicklung häuften sich Disziplinschwierigkeiten innerhalb des Bundes,

der Dienst wurde vielfach als langweilig empfunden und abgelehnt. Auch wenn nur wenige Mädchen bewußt Widerstand leisteten, so entfernten sich doch viele innerlich immer weiter von der Jugendorganisation.<<

Der ehemalige NS-Politiker Hermann Rauschning (1887-1982, 1933-34 Senatspräsident in Danzig, emigrierte später in die Schweiz) berichtete im Jahre 1940 in seinem Buch "Gespräche mit Hitler" über Hitlers NS-Jugenderziehung (x058/352): >>... Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muß weggehämmert werden. In meinen Ordensburgen (Crössinsee in Pommern, Sonthofen im Allgäu und Vogelsang in der Eifel) wird eine neue Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird.

Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich. ... Schmerzen muß sie ertragen. Es darf nichts Schwaches und Zärtliches an ihr sein. Das freie, herrliche Raubtier muß erst wieder aus ihren Augen blitzen. Stark und schön will ich meine Jugend. Ich werde sie in allen Leibesübungen ausbilden lassen. Ich will eine athletische Jugend. Das ist das Erste und Wichtigste. So merze ich Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus. So habe ich das reine, edle Material der Natur vor mir. So kann ich das Neue schaffen.

Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend. Am liebsten ließe ich sie nur das lernen, was sie ihrem Spieltrieb folgend sich freiwillig aneignen. Aber Beherrschung müssen sie lernen. Sie sollen mir in den schwierigsten Proben die Todesfurcht besiegen lernen. Das ist die Stufe der heroischen Jugend. Aus ihr wächst die Stufe des Freien, des Menschen, der Maß und Mitte der Welt ist, des schaffenden Menschen, des Gottmenschen.

In meinen Ordensburgen wird der schöne, sich selbstgebietende Gottmensch als kultisches Bild stehen und die Jugend auf die kommende Stufe der männlichen Reife vorbereiten.<<

Georg Holmsten (1913-2010, deutscher Journalist und Historiker) berichtete später über die NS-Erziehung der deutschen Jugend (x049/35,43): >>... Kinder und Heranwachsende waren viel stärker in den Dienst des Staates eingespannt worden als die Älteren. Sie mußten, ob sie wollten oder nicht, seit dem Erlaß der Jugenddienstverordnung vom März 1939 der "Jugenddienstpflicht" nachkommen, die im Kriege durch mehrere Anordnungen noch erweitert und verschärft wurde.

Von den 8.870.000 Jungen und Mädchen zwischen 10 und 18 Jahren, die 1939 in Deutschland lebten, gehörten mehr als 8,1 Millionen den diversen Organisationen der vom "Reichsjugendführer" Baldur von Schirach geleiteten Staatsjugend an. ...

Die noch Jüngeren bekamen schon im Kindergarten hübsche Geschichten vom lieben "Führer" zu hören, und auch sie wurden bereits "weltanschaulich geschult", indem man ihnen von den Heldentaten der Soldaten und der Hitlerjungen aus der "Kampfzeit" der Nationalsozialisten vor 1933 erzählte. Wie witzige Zeitgenossen bemerkten, fehlte nur noch eine NS-Organisation für Säuglinge, die man am besten als "AA-Männer" in die Reihen der Führerergolgschaft eingliedern sollte.

Schon in den Friedensjahren waren vor allem die Angehörigen der HJ, die Jugendlichen im unternehmungslustigen "Abenteureralter" zwischen 14 und 18, auf Schulungsabenden und in vormilitärischen Kursen auf Kampf und Krieg vorbereitet worden, ganz im Sinne des oft zitierten ... rheinischen Dichters Heinrich Lersch: "Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen"...

Den Jungen fehlte die bittere Erfahrung der älteren Generation, die Schrecken und Not des Ersten Weltkrieges erlebt hatte. Für manchen HJ-Angehörigen war der neue Krieg zunächst nur ein Abenteuer ...<<

>>... 1934 hieß noch recht friedlich "Jahr der Verständigung", 1939 war "Jahr der Gesundheit". Dann aber markierten die Parolen den wechselvollen Verlauf des Krieges: 1940 "Jahr der Bewährung", 1941 "Unser Leben ein Weg zum Führer", 1942 "Osteinsatz und Land-

dienst", 1943 "Kriegseinsatz der deutschen Jugend", 1944 schließlich war das "Jahr der Kriegsfreiwilligen".

Die HJ-Propaganda hatte allen Grund, 1944 zum "Jahr der Kriegsfreiwilligen" zu proklamieren. Denn die zunehmende Kriegsmüdigkeit erfaßte allmählich auch die 15- bis 18jährigen, die sich bisher mit jugendlichem Idealismus an den Aktionen der HJ beteiligt hatten. ...<<

Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über die "Erziehung" durch das NS-Regime (x051/-161-163): >>Erziehung bedeutet im nationalsozialistischen Verständnis weniger Jugenderziehung als Umerziehung.

Hitler schrieb 1934 seiner Partei die Aufgabe zu, das deutsche Volk "im Sinne der nationalsozialistischen Idee" zu erziehen. Dazu wurde jenseits der bestehenden erzieherisch wirksamen Lebensbezüge eine Ritualisierung des öffentlichen Lebens neu organisiert: Hitlergruß, Marschkolonnen, Fahnenkult, Feiern, Massenkundgebungen. In militärisch strukturierten Lagern wurde trainiert, den Körper zu disziplinieren, sich an Unterordnung zu gewöhnen, die Symbole politischer Machtentfaltung zu verehren.

Diese Einflußnahmen auf Verhalten und Wertorientierungen wurden weithin nicht als Umerziehung wahrgenommen, weil die Propaganda das Bewußtsein auf als modern empfundene, antidemokratische, national-politische und auf den Mythos des "Blutes" bezogene Wertsetzungen fixierte.

Das nationale Ressentiment gegenüber den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges sollte die sozioökonomisch und soziokulturell motivierten Interessen an politischen Fragen auslöschen. Dadurch konnten zeitweise die erzieherisch relevanten Bedürfnisse außer Kraft gesetzt werden, über den eigenen Körper zu bestimmen, eine Wechselbeziehung zwischen Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Anforderungen herzustellen und darüber zu entscheiden, welche Sinnbezüge für das eigene Leben ausschlaggebend sein sollten.

Die jedem aufgedrängte Priorität des Sinnbezugs auf außenpolitische Machtentfaltung wurde jedoch nicht gerechtfertigt durch eine Planung zur Veränderung der Machtverhältnisse im Innern. So blieb Umerziehung nur wirksam als Kompensation für die Irrationalität einer Gesellschaft, die ihre faktische Modernisierung noch nicht bewältigte.

Umerziehung konnte sich um so eher als nicht unmittelbar zweckgebundene Erziehung zur Entfaltung von Persönlichkeitswerten (in der Form von Sekundärtugenden) ausgeben, als sie in "Lagern", in der Freizeit und außerhalb einer lehrgangsmäßigen, sachbezogenen Unterrichtung ihren Platz hatte. Dort konnte einer - freilich vorstrukturierten - "Selbstführung der Jugend" ein Spielraum zu persönlicher "Bewährung" geboten werden.

Deshalb unterschied man zwischen Dienst und Arbeit, Schulung und Unterrichtung, Führung und pädagogischer Lenkung. So konnte trotz der straffen Organisation der "Formationserziehung" (Alfred Baeumler) das Gefühl entstehen, als "Führer" in einem von der Existenzsicherung entlasteten Freiraum eigene Initiative entfalten zu können.

Die Formationserziehung (ein bedeutend präziserer Begriff als "Gemeinschaftserziehung") lehnte sich einerseits an die soldatische Gehorsamserziehung durch Gewöhnung an, die nicht nach persönlichen Motiven und Gesinnungen fragte, nutzte aber gleichzeitig die Ansprechbarkeit der Jugendlichen für ein gefühlsbezogenes Denken, moralischen Rigorismus, Freude an körperlicher Betätigung, am Leben in der Natur und mit Gleichaltrigen, wie sie von der mittelständischen Jugendbewegung in Deutschland kultiviert worden war.

So wurde die Illusion genährt, für die moderne Gesellschaft seien Rationalität und Selbstkontrolle, theoretische Anstrengung und fachliche Autorität, Arbeitsteiligkeit und industrielle Produktion von minderer Bedeutung. Diese "Umwertung aller Werte" (Baeumler) mußte zu einem Autoritätsverlust der traditionellen Erziehungs-Institutionen führen. Doch nur die Umerziehung in der Jugenderziehung dominieren zu lassen, hätte den Bestand der differenzierten Gesellschaft gefährdet.

Die Geschichte der Erziehung unter der nationalsozialistischen Herrschaft ist deshalb als ein spannungsreiches Ringen einer totalitären Bewegung, die für die Umerziehung eintrat (repräsentiert durch HJ und DAF, teilweise auch durch den NS-Lehrerbund und die Schulbürokratie), mit den mindestens ebenso starken Tendenzen zur Sicherung der Reproduktion einer differenzierten Gesellschaft und, politisch gesehen, zur Loyalitätssicherung bei den vom Autoritätsverlust bedrohten Erwachsenen zu beschreiben.

In einer ersten Phase (1933-36) wurden die neuen Einrichtungen (HJ als Selbstorganisation der Jugend für den Staat, Lager, Wettkämpfe) neben den traditionellen Erziehungsinstitutionen etabliert, die in einer zweiten Phase (1936-40) in ein Konkurrenzverhältnis zueinander traten.

Seit 1940 führte dann die Dominanz der Ausnahmesituation des Krieges tendenziell zur Auflösung der alten Institutionen (Verkürzung des Schulunterrichts, Ausschaltung des Elterneinflusses durch Verlegung des Schulangebots in Internate und Lager, Verhinderung des Einflusses der Kirchen), aber auch zur Entleerung des politischen Engagements von persönlichen Motivationen (Einführung der Jugenddienstpflicht, Begrenzung persönlicher Perspektiven auf die Erringung des "Endsieg"). Umerziehung mündete in einen realitätsblinden Fanatismus oder in den selbstbezogenen Willen zum Überleben ein.

Vom Funktionswandel der Umerziehung her ist die inhaltliche Füllung des nationalsozialistischen Verständnisses von Erziehung zu entschlüsseln (das sich nur bei wenigen Wortführern, z.B. Baeumler, bewußt pragmatisch an dem situativ bedingten "Schicksal" orientierte). Die politische Einflußnahme auf Erziehung kann als Abfolge: Kontrastierung von Erziehungseinflüssen, Versuch zu einer Synthese und Instrumentalisierung für die imperialistische Kriegführung begriffen werden. Die erste Phase setzte Kontraste zwischen "Führen" auf Kommando und pädagogischer Einflußnahme, "Schulen" und "Unterrichten".

Die auf Disziplinierung, Härte und persönliche Bindung an vorbildliche Führer ansprechbare Jugend konnte sich als Avantgarde fühlen.

Vorübergehend konnte sich auch die Schule an der politischen Einordnung der nicht zur HJ gehörigen Schüler beteiligen ("Staatsjugendtag" 1934-36). Bei den schon berufstätigen Jugendlichen wurde durch Einführung des "Reichsberufswettkampfes" von 1934 an die Hoffnung auf größere soziale Mobilität angesprochen.

In der zweiten Phase wurde durch Betonung der "Auslese", die den ganzen Menschen in seiner sozialen Situation betrifft, der Versuch zur Integration politischer Kriterien in den Prozeß der Jugenderziehung unternommen. Der große Bedarf an Funktionären und die Bereitschaft, an der Machtsteigerung des Regimes auf nicht oder wenig bezahlten Posten teilzuhaben, erhöhten die Bedeutung der Auslese bei der Umerziehung.

Die neuen Einrichtungen konnten jetzt mit den traditionellen um den Einfluß auf die Jugendlichen konkurrieren, weil sie neben der politischen Sozialisation Bedürfnisse zur Entwicklung von Fertigkeiten zu wecken verstanden, die den Kanon der schulischen Ausbildung ergänzten (z.B. "Sondereinheiten" der HJ, "Arbeitsgemeinschaften" des BDM-Werkes Glaube und Schönheit). Die Instrumentalisierung des Erziehungssektors für den Krieg und die totale Kontrolle des Freizeitverhaltens der Jugendlichen wurden erprobt.

Der Krieg entlastete das System von der Einlösung der durch die Auslese geweckten Erwartungen auf sozialen Aufstieg. Die Privilegien einer erweiterten Ausbildung wurden breiteren sozialen Schichten angeboten (Lehrerbildungsanstalten, Deutsche Heimschulen, Unteroffiziers-Vorschulen), aber die Jugendphase wurde bald darauf verkürzt. 15-/16-jährige Mittel- und Oberschüler dienten von 1943 an als "Flakhelfer".

Die neuen Internatsschulen, die Lager der Kinderlandverschickung (KLV), das "Pflichtjahr" für Mädchen sowie der Reichsarbeitsdienst (RAD) und das Landjahr wurden auch dazu genutzt, die Präsenz des Reiches in den okkupierten Gebieten zu unterstreichen. Der politische

Anspruch an die Erziehung reduzierte sich zunehmend auf eine Bewährung der geforderten Dienstbereitschaft.

Erziehung auf der Ebene der Interaktion wurde jenseits der traditionellen Institutionen immer mehr von der Legitimation durch persönliche Autorität abgekoppelt: Die "Selbstführung" in der HJ basierte auf Einsetzung und Bewährung in Führungsfunktionen. Ständige "Versetzungen" von Unterführern sorgten dafür, daß eine Führer-Gefolgschafts-Bindung nur noch gegenüber den höchsten Repräsentanten des Regimes kontinuierlich bestand.

Die Fixierung des Bewußtseins auf Symbole (Schlagworte, aber auch die visualisierte Machtdarstellung in der Ritualisierung des öffentlichen Lebens) lief auf die Identifikation mit dem "Führerwillen" zur Rechtfertigung des persönlichen Handelns hinaus, weil der einzelne nur so den von ihm erfahrenen Autoritätskonflikten entgehen konnte. Wenn Selbstwertgefühl ("Ehre") nur innerhalb eines politisch definierten Kollektivs entwickelt werden sollte, war es auf diese Symbole der Zusammengehörigkeit verwiesen.

"Gemeinschaftserziehung" sollte der Ritualisierung konformen Verhaltens zur Erreichung leicht kontrollierbarer Tugenden dienen: Sauberkeit, Disziplin, Kameradschaftlichkeit, Treue, Härte gegen sich selbst, Dienstbereitschaft, aber keineswegs der Kultivierung mitmenschlichen Beziehungen.

Aus sich heraus konnte das System der Umerziehung nicht zu den höherwertigen Leistungen motivieren, die für den Bestand einer differenzierten Gesellschaft unerlässlich sind. Deshalb mußte, entgegen der in ihm angelegten Tendenz zur Ausschaltung persönlicher Motive und Entscheidungen, auf die Idee der Selbstverwirklichung zurückgegriffen werden.

"Auslese" durfte sich nicht nur am erreichten Konformismus orientieren. Sie mußte die aus Frustrationen resultierenden aggressiven Antriebe ebenso auszubeuten suchen wie die vorangegangene Entfaltung von Leistungsdispositionen im Erziehungsprozeß durch Elternhaus und Schule. Doch als Ziel der Auslese mußte dann eine gesicherte soziale Position vorgespiegelt werden, die das Regime zur Einschränkung seiner Verfügungsgewalt über den einzelnen genötigt hätte. Deshalb blieben die Ausbildungseinrichtungen für Spitzenpositionen (Ordensburgen, die Hohe Schule der NSDAP) mehr Propaganda als Realität.

Die Machtausübung der Reichsjugendführung gegenüber den Jugendlichen durch eine programmierte Unterweisung und zahllose Vorschriften war weder theoretisch kontrolliert, noch beruhte sie - wie "Vereinbarungen" zu vielen Einzelfragen zeigen - auf einer erziehungspolitischen Gesamtkonzeption.

Dadurch gelang es zwar, bei den an sozialer Mobilität interessierten Jugendlichen (weniger aber bei denen aus der besitzenden und der proletarischen Schicht) das Prestigestreben für die Entfaltung einer hektischen Betriebsamkeit zu nutzen, aber gleichzeitig wurde die "Muße" als Voraussetzung für die Entwicklung höherer Leistungsdispositionen gefährdet. Sendungsbewußtsein und Dienstbereitschaft waren funktional für eine aggressive Kriegführung; rationales Verhalten im Fall von Mißerfolgen war durch sie nicht programmiert.

Der Sozialdarwinismus erwies sich als untaugliches Rezept, um Niederlagen durchzustehen. Der Rückzug auf eine unpolitische "Innerlichkeit" war teilweise von politisch resignierenden Lehrern schon vorbereitet worden. Dieser Tendenz kam der Machtpragmatiker Baeumler entgegen, der der Schule die Aufgabe zuwies, sich auf die "formale Bildung" zu konzentrieren. Doch die Schule suchte sich der Einbuße an Autorität durch politisch konforme Ideologieproduktion zu erwehren. Diese war jedoch einem raschen Verschleiß ausgesetzt.

Der Flüsterwitz, daß ein "Rust" (Name des für die Schulen von 1934-45 zuständigen Reichsministers) die Zeiteinheit zwischen einem Erlaß und seiner Aufhebung sei, kennzeichnet das vergebliche Bemühen des Ministeriums, der machtpragmatischen Instrumentalisierung des Schulwesens entgegenzuwirken.

Immerhin reichte es dazu aus, die politische Loyalität der weitgehend nur an der Schulgestal-

tung interessierten Öffentlichkeit in einem beschränkten Umfang zu sichern, trotz der Einführung der nicht mehr konfessionell unterschiedenen Gemeinschaftsschulen, der Auflösung der Privatschulen und der Infragestellung der Mittelschule durch die Einführung der Haupt- neben der Volksschule und trotz der drastischen Reduzierung des Religionsunterrichts.

Die Möglichkeit, früher heiß umstrittene Fragen der Schulgestaltung herunterzuspielen, weil das politische Interesse auf die Außenpolitik abgelenkt werden konnte, wurde voll genutzt. Da die Umerziehung vornehmlich junge Lehrer beeinflusste und der Lehrerberuf bis zum Krieg weithin von Männern ausgeübt wurde, konnte die Schulerziehung während des Krieges meist wieder zur Leistungsorientierung zurückkehren oder, in den KLV-Lagern, unter älteren Lehrkräften, reformpädagogische Zielsetzungen wiederbeleben.

Die nationalsozialistische Umerziehung hat vornehmlich auf Maßnahmen zu Umgewichtungen im Erziehungsfeld beruht. Sie hatte deshalb keine traditionsbildende Kraft für die Jugenderziehung über den Zusammenbruch des Systems hinaus.<<

Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (x051/401-402): >>Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NPEA, auch Napola), höhere Schulen in Internatsform, denen die Kultusministerien der Länder einen politischen Sonderstatus als Ausleseschulen zuerkannten.

Am 19.4.33 wurden in Preußen die ersten "Staatlichen Bildungsanstalten", die aus den 1919 verbotenen Kadettenanstalten entstanden waren, umgewandelt in dem Ministerium direkt unterstellte Schulen, deren Lehrer und Schüler "neu zusammengesetzt" und mit einer "Hitleruniform" versehen werden sollten. Ihr Unterrichtsplan sollte "völlig neu" gestaltet werden, wurde aber 1939 dem Lehrplan der Oberschulen bzw. Gymnasien wieder angepaßt.

Preußen richtete eine "Inspektion" für diesen Schulverband ein, die 1936 vom Organisationsleiter der SS, Heißmeyer, zunächst im Nebenamt, übernommen wurde. Im November 38 konnte er die Schulaufsicht über alle Schulen des neuen Typs, auch in den außerpreußischen Ländern, beanspruchen. 1944 gab es in Preußen 13, in den anderen Ländern neun und außerhalb des "Altreiches" 13 NPEA, davon eine für Mädchen. Vier Anstalten waren Gymnasien, drei hatten Aufbauzweige und zwei "Sonderzüge" für die fliegerische Ausbildung eingerichtet.

Der ursprüngliche Plan, die Schulen nach dem Vorbild der englischen public schools in weitgehender Eigeninitiative der Anstaltsleiter als "nationalpolitische" Organisation von Lehrern und Schülern aufzubauen und altersmäßig gemischte Erziehungsgruppen unter jugendlichen Führern einzurichten, wurde bald zugunsten einer schematischen Lösung der Führung von "Zügen" und "Hundertschaften" durch Erzieher und durch Schüler aufgegeben. Heißmeyer verfügte 1936 die Eingliederung der Schüler in die HJ, nicht aber der Erzieher, wie es an den mit den NPEA konkurrierenden Adolf-Hitler-Schulen geschah.

Die Betonung des Wehrsports und der musischen Ausbildung erfuhr durch drei außerschulische "Einsätze" noch eine Ausweitung: Landdienst im "Osten", Fliegerschulung und Arbeit im Industriebetrieb, später im Bergwerk. Auch die Tradition der Schülerfahrten ins Ausland wurde fast ausschließlich von der NPEA weitergeführt.

Reichsminister Rust bezeichnete sie als Versuchs-, aber auch als Musteranstalten, in denen die Verkoppelung von Schulunterricht, nationalsozialistischer "Formationserziehung" und Bewährung in "Einsätzen" erprobt werden konnte, wie sie von 1941 an tatsächlich in vielfältigen Typen von Internatsschulen (Deutsche Heimschulen, Lehrerbildungsanstalten, Lager der Kinderlandverschickung) praktiziert wurde. Das Prestige von Ausleseschulen wurde z.T. durch strenge innerschulische Auslese gewahrt, den Absolventen (1 % der Abiturienten) aber die Berufswahl freigestellt. Erst ab 1943 war der Besuch generell kostenlos.

Dem Verband der NPEA sind auch die "Reichsschulen" zuzurechnen, von denen zwei in den Niederlanden und eine 1943 in Belgien eingerichtet wurden. Schon zuvor waren "Tochter-

gründungen" einzelner NPEA jenseits der Reichsgrenzen erfolgt. Die Verlegung von Schulinrichtungen in politisch renitente Gebiete spricht dafür, daß nach 1941 ihre politische Funktion als Jugendgarnison höher bewertet wurde als die Ausbildung einer "Elite".<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Alfred Baeumler (x051/57):

>>Baeumler, Alfred, geboren in Neustadt an der Tafelfichte (Böhmen) 19.11.1887, gestorben Eningen bei Reutlingen 19.3.1968, deutscher Philosoph und Pädagoge; 1929 Professor an der Technischen Hochschule Dresden, 1933 Professor für "politische Pädagogik" in Berlin und bald darauf Hauptstellenleiter des "Amtes Wissenschaft" bei Rosenberg.

Baeumler begrüßte im Mai 33 die Bücherverbrennung als Beseitigung von "Giftstoffen" und forderte auch im Geistesleben die "Ersetzung des Gebildeten durch den Typus des Soldaten". Nach Baeumler führte ein direkter Weg von Nietzsches "Willen zur Macht" zur nationalsozialistischen Machtergreifung, die ein "männliches Zeitalter" eingeleitet habe. Insbesondere als Sportideologe machte sich Baeumler einen Namen durch die Entwicklung der "politischen Leibeserziehung", die das "individualistische Rekordstreben" ebenso verwarf wie das Spielen, das Frauen und Kindern zu überlassen sei.

Er propagierte statt dessen die "politisch ausgerichtete Mannschaft", wie sie schon "Turnvater" Jahn geprägt habe und die der "völkischen Kraftentfaltung" diene. Sport wurde so ganz im Sinn des nationalsozialistischen Wehrsport-Konzepts zur militärischen Hilfsdisziplin und konnte "rassische Überlegenheit" demonstrieren helfen. Neben zahlreichen Einzelpublikationen gab Baeumler die kulturpolitische radikale Zeitschrift "Weltanschauung und Schule" heraus.<<

Die spanischen Nationalisten zogen am 28. März 1939 kampflos als Sieger in Madrid ein.

England und Frankreich beendeten nach der Nichtbeachtung des Münchner Abkommens am 31. März 1939 ihre Appeasement-Politik gegenüber Hitler und gaben Garantieerklärungen ("Blankoschecks") für die Unabhängigkeit Polens ab (x041/97).

Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gab der polnischen Regierung z.B. die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x069/175).

Henning von Tresckow (1901-1944, seit 1944 Generalmajor) erklärte im Frühjahr 1939 gegenüber Freunden, daß man Hitler beseitigen müsse (x084/232-233): >>... Das alles kann nicht gut gehen. Hitler macht Krieg.<<

Der Sicherheitsdienst (SD) meldete im März 1939 aus Bayern (x149/85): >>Der evangelische Pfarrer Friedrich Seggel in Mistelgau (Landkreis Bayreuth) wurde am 28. Februar 1939 wegen Vergehens gegen § 2 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat angezeigt.

Seggel hat am 16. November 1938 (Buß- und Betttag) bei seiner Predigt ... die Juden in Schutz genommen. Dabei sagte er u.a.: Die in den vergangenen Tagen (8., 9., 10. November 1938 ... gegen die Juden durchgeführten Empörungsaktionen seien vom christlichen Standpunkte aus in keiner Weise gut zu heißen, sondern zu verurteilen. Ein Christenmensch mache so etwas nicht. ...<<

Der Deutschlandbericht der SPD informierte im März 1939 über den NS-Gruß in den Schulen (x050/52): >>(Ein Kind erzählt:) Wenn der Lehrer den Saal betritt, müssen wir alle aufstehen und gemeinsam mit "Heil Hitler" grüßen. Wenn der Pfarrer kommt, sagen wir "Heil Hitler" und "Gelobet sei Jesus Christus". Jeder Lehrer, der während des Unterrichts den Saal betritt, wird durch Aufstehen und "Heil Hitler" begrüßt. Auf der Straße begrüßen wir den Lehrer mit "Heil Hitler" und den Pfarrer mit "Grüß Gott".

Am Anfang und am Ende wird gebetet für den Führer. ... Wenn ein Fest ist oder eine hohe Persönlichkeit kommt, werden wir von der Schule aus an den Platz geführt, wo uns dann der

Lehrer das Zeichen gibt, wenn wir "Heil" oder "Sieg Heil" rufen müssen. Er verlangt, daß es immer frisch und laut geschieht und daß alle mitmachen. ...<<

In Slowenien fanden im März 1939 erstmalig Anschlußkundgebungen der Volksdeutschen statt, die scharfe Maßnahmen der jugoslawischen Behörden hervorriefen (x006/41E).

General Franco siegte nach fast 3 Jahren und beendete am 1. April 1939 offiziell den Bürgerkrieg.

Ende des Spanischen Bürgerkrieges

Während des mit großer Grausamkeit geführten Spanischen Bürgerkrieges kamen etwa 500.000 bis 1.000.000 Menschen um (x051/552, x054/213). Nach dem Kriegsende flohen ungefähr 150.000 Spanier nach Mittel- oder Südamerika und 150.000 nach Frankreich (x191/79). Hunderttausende von republikanischen Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Franco ließ damals fast alle gefangenen Offiziere der Republikaner erschießen (x191/79). Die kriegsversehrten Soldaten der Regierungstruppen bekamen jahrelang keine Rentenzahlungen.

Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges schaffte Franco sofort die parlamentarische Demokratie ab und regierte bis zu seinem Tod (1975) diktatorisch. Er wurde in Spanien Caudillo (Bezeichnung bzw. Titel des ersten spanischen Anführers gegen die Mauren) genannt, weil er angeblich die Rückeroberung Spaniens (Reconquista) durchgeführt hatte.

Francos Regime ging ab April 1939 mit äußerster Härte gegen die politischen Gegner vor und unterdrückte alle demokratischen oder regionalistischen Bestrebungen in den spanischen Provinzen. Von 1939-1942 wurden etwa 2.000.000 politische Gegner in spanischen Konzentrationslagern interniert. In den Jahren 1939-1945 wurden etwa 100.000 Regimegegner hingerichtet (x191/79).

Francos diktatorisches Regime förderte vor allem die katholische Kirche und traditionelle Werte der spanischen Monarchie (Historiker sprechen deshalb von "Klerikalfaschismus").

Die katholische Kirche, die Familie, der Schutz des Privateigentums und die staatliche Lenkung des Arbeitsmarktes waren für das Franco-Regime von besonderer Bedeutung. Obgleich Franco die spanischen Streitkräfte mit allen Mitteln unterstützte, schloß er fast alle Offiziere von politischen Positionen aus. In der Regierung wurden überwiegend zivile Fachleute eingesetzt.

Während des Zweiten Weltkrieges (1939-1945) blieb Franco neutral, obgleich Spanien seit 1939 Mitglied des deutsch-japanischen Antikomintern-Paktes und später auch Mitglied des Stahlpaktes wurde. Bis 1944 lieferte Spanien kriegswichtige Rohstoffe (Wolfram etc.) an das NS-Regime. Militärisch beteiligte sich nur die "Blaue Division" ("Division Azul", ein Verband von spanischen Freiwilligen) bis 1943 am Ostkrieg gegen die Sowjetunion.

Dr. Reinhard Barth schrieb später über den Spanischen Bürgerkrieg (x051/552): >>Spanischer Bürgerkrieg, 1936-39 führte Auseinandersetzung in Spanien zwischen nationalistischen, traditionalistischen, falangistisch-faschistischen und konservativen Kräften auf der einen Seite und republikanischen, sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen auf der anderen.

Der Krieg begann mit einem Aufstand v.a. der in Nordafrika stationierten Truppen (General Franco) gegen die republikanische Regierung nach Ermordung des Monarchistenführers Calvo Sotelo am 13.7.36. Der Vormarsch auf Madrid stockte im November 36; es gelang den nationalistischen Truppen während des Krieges nicht, die Hauptstadt einzunehmen.

Dafür fielen nach und nach die republikanischen Bastionen in den Nordprovinzen, Aragonien und Katalonien. Im März 39 erlosch der Widerstand, am 1.4.39 erklärte Franco den Bürgerkrieg für beendet und etablierte ein diktatorisches Regime, das 40 Jahre dauern sollte. Der mit äußerster Grausamkeit geführte Krieg kostete mehr als einer halben Million Menschen das Leben.

In der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit erregte der Spanische Bürgerkrieg heftige Anteilnahme, die Sympathien lagen dabei zumeist auf Seiten der angegriffenen Republik.

Tausende von Freiwilligen meldeten sich zu den Internationalen Brigaden, deren Einsatz im November 36 bei der Verteidigung Madrids begann. Mexiko und die UdSSR lieferten Kriegsmaterial.

Für die Seite Francos ergriffen das Deutsche Reich und Italien Partei mit umfangreicher Militärhilfe. Italien schickte ca. 20.000 reguläre Soldaten und 27.000 Mann "Milizia volontaria", Deutschland die Legion Condor in der Stärke von 6.000 Mann, die in rascher Folge ausgetauscht wurden.

Dem deutschen Engagement in Spanien lagen verschiedenartige Motive zugrunde; zu den ideologischen (der "Ausweitung des Kommunismus" entgegenzutreten) kamen außenpolitische (Verbesserung der Beziehungen zu Mussolini, Lösung Italiens vom britischen Einfluß), ökonomische (Erweiterung der Rohstoffbasis durch Erwerb spanischer Bergwerke) und militärische (Erprobung von Waffensystemen u.a.) Interessen.

Die Nichteinmischung der Westmächte in den Spanischen Bürgerkrieg und die offensichtliche Duldung der deutschen und italienischen Intervention bestärkten Hitler in seinem außenpolitischen Risikokurs (Außenpolitik).<<

Der polnische Außenminister Beck schloß am 6. April 1939 mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die britische Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg (x364/155-161): >>... Chamberlain mußte gehen

Zwar waren nun Hitler in Deutschland und Roosevelt in den USA in gesicherten Machtpositionen, aber es gab immer noch ein größeres Hindernis auf dem Weg zu überwinden, der unausweichlich zu einem weiteren Weltkrieg führte. Die politische Bühne Englands galt es soweit zu manipulieren, daß das Volk bereit sein würde, sich in einen weiteren "Krieg zur Beendigung aller Kriege" zu stürzen - einen weiteren Krieg, "um die Welt zu einem sicheren Ort für die Demokratie zu machen".

Ende der 30er Jahre löste Neville Chamberlain Stanley Baldwin als Premier ab. Keiner dieser beiden Männer hat sich jemals vollständig in der Hand der Geldmonopolisten befunden. Chamberlain, die grundlegende Schwäche der englischen Position erkennend, hatte kein Verlangen, seine Nation in ein weiteres ausgedehntes Blutbad zu verwickeln.

Er bemühte sich auf jede nur erdenkliche Weise, einen solchen Eventualfall zu verhüten. In dieser kritischen Phase bemühten sich Sir Barry Domville und Captain A. M. H. Ramsey, denen das Ränkespiel der internationalen Banker sehr gut bekannt war, die britischen Führer vor deren Pläne zu warnen.

Der englische Premier besiegelte sein Schicksal, als er in London unverhofft eine Palästina-Konferenz einberief, bei der auch zum ersten Mal seit 1919 - die Araber vertreten waren. Ergebnis dieser Konferenz war im März 1939 ein Weißbuch der Regierung, in dem sich England zu "der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den nächsten zehn Jahren" verpflichtet sowie zu "der Beendigung des Mandats".

In diesem neuen Staat sollten die eingesessenen Araber und die eingewanderten Zionisten die Regierungsmacht dergestalt miteinander teilen, daß die Interessen beider Volksgruppen geschützt würden. Die Einwanderungszahl der Juden in diesen neuen Staat sollte auf jährlich 75.000 begrenzt sein, und zwar für einen Fünf-Jahres-Zeitraum.

Diese Handlung rief den Zorn der Zionisten hervor, die sich Palästinas bemächtigen wollten, um es ausschließlich für sich selbst zu haben und die eingesessenen Araber in keinsten Weise an der Verwaltung des Gebietes zu beteiligen. Damit hatte sich Chamberlain in die gleiche Situation gebracht wie einst Asquith 1916: er mußte gehen!

Die Wiedergeburt von Churchill

An dieser Stelle nun ereignete sich auf der politischen Bühne Englands ein merkwürdiges po-

litisches Phänomen. Winston Churchill, der seit mehr als zehn Jahren in politischem Dornröschenschlaf versunken gewesen war, kehrte in Triumphzug in den Mittelpunkt des Rampenlichtes zurück.

Douglas Reed hat Churchills Verhältnis zu den Zionisten (mit Churchills eigenen Worten) als "ein Rätsel in einem Rätsel in einem Rätsel" beschrieben. Die Geschichte vermerkt, daß Churchill zu den ersten Politikern Englands gehörte, die für die zionistische "Sache" eingetreten sind. In seiner Autobiographie "Trial and Error" beschreibt Chaim Weizmann, ein führender Zionist, Churchill als einen "Vorkämpfer für die zionistische Sache im englischen Unterhaus".

In seiner Eigenschaft als Kolonialminister in den 20er Jahren gab Churchill ein Weißbuch heraus, welches die Zionisten als eine "gravierende Verwässerung der Balfourekklärung" ansahen. Zum Beispiel wurde damit "TransJordanien von dem Gebiet der zionistischen Verwaltung abgetrennt und die Frage nach einem gesetzgebenden Rat aufgestellt", dessen Mehrheit aus gewählten Vertretern bestehen sollte.

Dies war für die Zionisten absolut indiskutabel, denn es hätte nicht nur die Abschaffung von Wahlen bedeutet (was Dr. Weizmann ganz entschieden ablehnte), sondern auch, daß die eingewanderten Araber schließlich ihr eigenes Land regiert hätten. Das "Churchill-Weißbuch" brachte den "Vorkämpfer des Zionismus" in politisch brisantes Gewässer und man setzte ihn in den nächsten sieben Jahren politisch aufs Trockene.

In den zehn Jahren seiner politischen "Verbannung" war Churchill "ein höchst unpopulärer Mann, nicht wegen bestimmter Taten oder Qualitäten, sondern weil er ständig eine schlechte Presse" erhielt, die die stärkste Waffe in den Händen jener ist, die die politische Beförderung steuern.

Diese organisierte Feindschaft trat besonders während der Abdankungskrise 1937 zutage, als seine Bitten um mehr Zeit sehr viel heftiger attackiert wurden, als sie es verdient hatten, und er im Unterhaus niedergeschrien wurde. Seine Biographen zeichnen ihn als Mann, der in diesen Jahren unter Depressionen litt und sich für "politisch" erledigt hielt." Sein eigenes diesbezügliches Empfinden spiegelt sich in seinen veröffentlichten Worten an Mr. Bernard Baruch zu Beginn des Jahres 1939 wider:

"Es wird bald Krieg geben. Sie werden dort drüben die Dinge lenken, ich dagegen werde hierorts auf der Seitenlinie stehen."

Endlich standen die Kulissen

Kurz vor dieser Bestätigung, daß Baruch - "das bekannteste Symbol der weitreichenden und weltweiten Geldmacht" in Amerika "die Dinge lenken" würde, hatte der "ehrenwerte" Herr Churchill begonnen, eine ganz erstaunliche Transformation seines politischen Glücks zu erleben. Er wurde "wiedergeboren" - politisch.

Der Grund für dieses politische "Wunder" ist damals nicht sehr klargeworden, dafür aber später. Er hatte seine Einstellung gegenüber den zionistischen Plänen zur Errichtung eines Zionistenstaates in Palästina geändert.

In "Trial and Error" berichtet uns Dr. Weizmann, daß er im Jahre 1939 im Kielwasser einer weitverbreiteten Opposition gegen die zionistische Bewegung und im Anschluß an die Veröffentlichung von Chamberlains Weißbuch mit einem Mal "Winston Churchill traf und er sagte mir, er werde an der Unterhausdebatte teilnehmen und selbstverständlich Position gegen das vorgeschlagene Weißbuch beziehen".

Der gelehrte Doktor unterläßt es seinen ungelehrten Lesern, zu berichten, warum es Churchill "selbstverständlich" auf sich genommen hatte, im englischen Parlament Position gegen die Vorschläge zu beziehen. Noch am 22. Oktober 1938 hatte er wie der Verfasser seines Weißbuches von 1922 gesprochen, das ihm den Zorn der Zionisten eingebracht hatte.

Dr. Weizmann erinnert sich, daß er am Tag der Unterhausdebatte mit Churchill gemeinsam zu

Mittag gegessen hat. Anregungen seiner Kollegen, er möge Churchill doch auf dem Weg ins Unterhaus instruieren, ablehnend - war Weizmann "ganz sicher, daß ein Redner von Mr. Churchills Kaliber seine Ansprüche bereits komplett ausgearbeitet hat und es nicht wünschen würde, wenn irgend jemand eine Stunde oder so vorher mit Anregungen daherkäme".

"Churchill hatte sich gründlich vorbereitet. Er holte einen ganzen Stapel kleiner Karten hervor, und las uns seine Rede vor. Der Aufbau der Rede war perfekt." In dieser Debatte "hielt Churchill gegen das Weißbuch eine der großartigsten Reden seiner Laufbahn."

Aber selbst die "Magie" von Churchills brillanter Rhetorik vermochte das Blatt nicht zugunsten der zionistischen Sache zu wenden. Das Unterhaus stimmte mit 268 zu 179 Stimmen für die Annahme des Vorschlages von Chamberlain.

Mit dieser großartigen Rede gegen das Weißbuch hatte Churchill eindeutig zu verstehen gegeben, daß er die Seiten gewechselt hatte und nunmehr zur Verfügung stand, um sein Land zu "führen", wie es jenen auf das Beste zu gefallen sein würde, die hinter den Kulissen die Fäden zogen. Nur einige Monate danach sollte Churchill Englands neuer Premierminister werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die französisch-britischen Garantieerklärungen für Polen (x309/85-86): >>Ein entscheidender Schritt

auf die "unvermeidliche deutsche Katastrophe" war dann der Ausbau der bereits bestehenden französisch-britischen Polengarantie zu einem dreiseitigen Beistandspakt im April 1939. Die Parteien verpflichteten sich, der jeweils anderen, sollte sie von einer "europäischen Macht" angegriffen werden, "nach Kräften Unterstützung und Hilfe zu leisten". ...

Der frühere US-Botschafter in Moskau, J. Davis, sah in dieser Konstruktion einen "Blankoscheck" für die Polen, und auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, bemerkte, zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens habe das Land die letzte Entscheidung über einen Krieg außerhalb seiner Grenzen einer anderen Macht überlassen.

Polen konnte also wie ein Torero den deutschen Stier beliebig reizen, um dann im Konfliktfall nach der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" den "höchsten Gewinn" einzufahren.

Konsequenterweise äußerte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, gegenüber dem englischen Botschaftsvertreter Orgilvie-Forbes, man habe nun keine Veranlassung sich für irgendwelche deutschen Angebote zu interessieren: Die polnischen Truppen würden bald auf Berlin marschieren. Tatsächlich baute man auf die eigene Stärke, auf eine schnelle militärische Unterstützung – vor allem durch Frankreich – und auch auf die deutsche Kriegsmüdigkeit. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 15. Mai 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten (x962/...): >>**Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie**

Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: *"Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")

Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.

"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, *"daß die Briten die schlauesten Menschen auf Erden sind,*

die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."

Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.

Die britische Fassade

Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.

Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der Mythos vermittelt, *"Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen."* Preparata fügt lapidar an: *"Die Wahrheit sieht anders aus."*

Die britische Strategie

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen solle. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*

Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.

Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."*

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstreitende Gruppierungen in der britischen Politik:

- 1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);
- 2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und
- 3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)

Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder han-

delte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:

"Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.

Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."

Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanzten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. *"Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat *"für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er *"alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust*, *The Times aus London*, *The Observer*, das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als *The Round Table* bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grun-

de um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänkclern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.

Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichtendienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.

Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. *"Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*

Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.

"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."

Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandi-

daten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.

Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.

Die Gespräche *"endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil' zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.

Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, *"während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*

Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erinnerung an die alten Tage in den Schützengräben, *"und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*

Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.

Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.

"Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden." Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März *"verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*

Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. *"Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossener und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*

Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand,

einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.

Doch Lloyd George *"lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*

Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, *"den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."* Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.

Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."*

Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatzpunkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz. Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freigemacht wurde.

Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: *"England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der (deutschen) Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.

"Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig." Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.

Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er *"die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."*

Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten. *"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein*

unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde.

Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht.' Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.

Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.

"Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."

Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. *"Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Churchills Unterstützung durch britische Banken (x364/162-166: >>VIII. Sanierung als Zerstörung der Welt

Zur Jahrhundertwende gab es auf der Weltbühne drei Großmächte, die zwischen den illuministischen Verschwörern und der Verwirklichung ihres Endzieles standen - der Schaffung einer totalitären Eine-Welt-Regierung. Diese Mächte waren Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Durch den subversiven Einfluß der Geheimgesellschaften und die immense Kapitalhilfe, die die internationalen Bankiers bereitgestellt hatten, war bis zum Jahre 1920 das zaristische Rußland erfolgreich von der Bahn verdrängt worden.

England erwies sich als eine etwas härter zu knackende Nuß. Obwohl der Krieg 1914 bis 1918 von England ein ungeheures Opfer an Menschenleben und Kapitaleinsatz gefordert hatte, blieben der moralische Charakter und die Zähigkeit, die England zu einer Großmacht hatten werden lassen, ungebrochen stark zurück.

Eine Feder im Bewußtsein der Nation zersprang

Der Erste Weltkrieg brachte aber eine entscheidende Wende in der Geschichte Englands. Er signalisierte den Anfang vom Ende einer einstmals stolzen Nation. Die 20er Jahre wurden Zeuge eines wachsenden Einflusses, den die illuministische "Fabian Society" auf die englische Politik nahm.

Sie waren außerdem von einem spürbaren Verfall der nationalen Entschlossenheit und Zweckbestimmtheit gekennzeichnet. Das England der Nachkriegszeit wurde von wirtschaftlichen Umwälzungen, sozialen Unruhen, massiven Arbeitskämpfen und gravierender Arbeitslosigkeit erschüttert.

In seiner Rede an die Navy League bemerkte Winston Churchill am 26. Februar 1930, daß "in den vergangenen Jahren ein Gefühl der Machtlosigkeit über jene gekommen sein muß, die an den triumphalen Bestrebungen teilgenommen haben, die das British Empire während des laufenden Jahrhunderts unternommen hat. Es scheint, als ob eine Feder im Bewußtsein der Nati-

on zersprungen ist.

Es ist eine Bereitschaft vorhanden, alles, was durch unermeßliche Opfer und Anstrengungen erworben worden ist, wegzuerwerfen. Wir scheinen die einzige große Nation zu sein, die nicht für sich selbst zu sprechen wagt, die das Vertrauen in ihre Mission verloren hat, die bereit ist, ihre hart erkämpften Rechte aufzugeben."

Die vorsätzlich ins Werk gesetzte Große Depression der 30er Jahre und die sie begleitende soziale Misere sind für die Entwicklung einer starken Gewerkschaftsbewegung und den Aufstieg der Socialist Labour Party zur überragenden Partei ursächlich gewesen.

"Er will das Elend abschaffen"

Der Zweite Weltkrieg gab England den Rest. Es war das Ereignis, das den Verschwörern die goldene Chance bot, ihr Sanierungs-Programm für die Britischen Inseln ein schönes Stück voranzutreiben.

Im Dezember 1942, während das englische Volk unter dem tagtäglich zunehmenden Kriegsdruk schwankte, wurde von der Fabian Society, einer englischen "Paraorganisation" der Illuminaten-Verschwörer, die Veröffentlichung eines Dokuments veranlaßt, das den Titel "Beveridge Report" trug. Geschrieben hatte es Sir William - später Lord - Beveridge, ein "Gesellschaftslöwe, dessen olympische Würde, rednerische Gaben und das Talent, sich in der High-Society zu bewegen, ihn zu einem unbezahlbaren Werkzeug für die Durchsetzung der Fabian-Gesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks machten".

Im Gegensatz zu Winston Churchill, der rund dreißig Monate zuvor dem englischen Volk "nichts als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß" versprochen hatte, versprach Sir William den Briten das Paradies auf Erden, wenn sie nur sein kunstvoll verschnürtes Paket mit sozialen Reformen "kaufen" würden. Ungeahnte Vorteile würden dem englischen Volk erwachsen und sich von der Wiege bis zur Bahre erstrecken. Das Ergebnis wäre ein Arbeiterparadies.

"Auf die von Bomben ramponierte, blitzgeschockte Nation und die von Furcht geplagten Truppen in Übersee wirkte seine Botschaft verlockend. Und genau das hatten die Fabians mit ihrem zynischen Verständnis der Massenpsychologie gewollt." Mittels der uneingeschränkten Zusammenarbeit der manipulierten englischen Presse machte der "Beveridge Report" am Tage nach seiner Veröffentlichung die Schlagzeilen, neben denen sogar die Kriegsmeldungen aus Nordafrika verblaßten.

Als 1945 der Friede in Europa zurückkehrte, war das englische Volk psychologisch soweit bearbeitet worden, daß es die in dem "Beveridge Report" niedergeschriebenen Fabianschen Fabeln bereitwillig "kaufte". Im Juli 1945 gewannen die Fabianschen Sozialisten unter Führung von Clement Attlee bei den Wahlen einen überwältigenden Sieg. Seit dieser Zeit, mit Ausnahme einiger flüchtiger, aber spürbarer Augenblicke, in denen die Nation klarsichtig den Feind vorübergehend bremsen konnte, ist England immer tiefer in die sozialistische Schlängengrube gefallen.

Fabiansche Fabeln

Englands Vorgeschmack von dem sozialistischen Paradies war alles andere als ein erfreuliches und berauschendes Erlebnis. Während die Sozialisten die Grundmauern der englischen Gesellschaft durchlöcherten, entschwand der "Traum" des "Beveridge Report" in immer dichterem Nebel. An seiner Stelle tauchte der soziale und finanzielle Alptraum auf, der die wahre Erscheinungsform der irrealistischen Lehrsätze der Sozialisten ist.

In nur wenigen Jahren haben die Sozialisten praktisch die englische Wirtschaft verstaatlicht, und zwar einmal durch die direkte Übernahme der Kontrolle über rund ein Viertel des gesamten Wirtschaftsprozesses und zum anderen indirekt durch ein Gesamtplanungssystem, mit dessen Hilfe die Regierung sowohl die Produktion als auch die Kreditvergabe steuerte.

Die Grundstoffindustrie sowie Hauptdienstleistungen wurden verstaatlicht, das heißt der Regierungskontrolle unterstellt. "Die Nachteile, die diese staatlich betriebenen Unternehmen mit

sich brachten, wurden nur noch von ihrer Leistungsschwäche übertroffen."

Die von den Rothschilds kontrollierte "Bank of England" wurde angeblich von der Regierung "übernommen", doch war dies nur ein geschickter Vorwand, um die englischen "Bauern" von der richtigen Fährte abzubringen. Dieser Schritt hat allein dazu gedient, die Macht der Rothschilds zu festigen und zu verstärken, da nun alle Banken gezwungen waren, die von den Rothschilds herausgegebenen Bank-of-England-Noten zu benutzen und nicht mehr ihre eigenen. Infolgedessen erhielten die Rothschilds und ihre Freunde von allem einen Beuteanteil.

Das englische Volk mag "den Krieg gewonnen" haben, aber es hat sich selbst sofort in die Sklaverei verkauft, indem es für die Fabians stimmte, die gelobt hatten, jeden Aspekt des Lebens in England zu beherrschen.

Die Folgen eines solchen Wahnsinns waren vorhersehbar. Sämtliche von der Regierung übernommenen Industrien verfielen in den verwickelten Maschen eines bürokratischen Papierkrieges und trieben hilflos in einem Meer roter Tinte. Die Kohleförderung sackte mit 7 Millionen Tonnen unter das Niveau von 1937 ab, obwohl man Hunderte Millionen Pfund für neue Ausrüstungen investiert hatte. Die Folge war ein dreiwöchiger Stromausfall in London und den Midlands, der 75 Prozent der englischen Wirtschaft lahmlegte und das Land rund 250 Millionen Pfund an verlorengegangenen Exportaufträgen kostete. Man entließ 2 Millionen Arbeiter.

Während andere europäische Nationen bemüht waren, die durch den Krieg auferlegten Einschränkungen abzubauen, haben die Fabianer diese vermehrt. Täglich spuckten die Regierungsbürokratien neue Vorschriften, Verordnungen und Erlasse aus mit dem Ziel, den Einflußbereich der Bürokraten über das Leben des englischen Volkes auszudehnen. ...<<

Mussolini ließ am 7. April 1939 Albanien durch italienische Truppen besetzen, um sich seinen Wunsch nach einem "eigenen Meer" (die Adria) zu erfüllen.

Aufgrund der italienischen Mittelmeerpolitik verstärkte die französische Regierung am 7. April 1939 die politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion.

Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Häftlinge in den Konzentrationslagern oder Zuchthäusern inhaftiert (x050/167). Das NS-Regime verstärkte damals die Terrormaßnahmen gegen die vermeintlichen "Staatsfeinde". Überall trieben NS-Spitzel und sogenannte "NS-Vertrauensmänner" ihr Unwesen, die Tag und Nacht verdächtige Personen kontrollierten und überwachten.

US-Präsident Roosevelt forderte Hitler und Mussolini am 14. April 1939 auf, für 30 namentlich genannte Staaten Nichtangriffs-Erklärungen zu geben (x032/522).

Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund").

Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176).

Stalin ließ das "geheime Doppelspiel" danach jedoch monatelang fortsetzen (x041/97).

Die NS-Presse feierte am 20. April 1939 Hitlers 50. Geburtstag ("Wie kann nur ein Mensch so groß sein! ...").

Außenminister Beck führte am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.

Ein deutscher Testpilot erzielte am 27. April 1939 mit der Jagdmaschine Me 109 einen neuen Geschwindigkeitsrekord von 755,11 km/h.

Das britische Parlament ordnete am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffpakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).

In Danzig forderte die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/528).

Das polnische Innenministerium erteilte am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.

Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollten das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigos abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<

Der Luxusdampfer "St. Louis" startete am 13. Mai 1939 in Hamburg mit fast tausend Juden an Bord zu einer Irrfahrt zwischen Europa und Nordamerika.

Irrfahrt der "St. Louis"

Die "St. Louis" erhielt später in Kuba und von den Nordamerikanern keine Landeerlaubnis und mußte mit den 937 jüdischen Passagieren nach Europa zurückkehren. Die Irrfahrt der "St. Louis" endete schließlich am 18. Juni 1939 in Antwerpen. Später kamen etwa 600 ehemalige Passagiere der "Sankt Louis" während der sogenannten "Endlösung" um (x032/531).

Die jüdischen Auswanderungsschiffe erhielten damals fast nirgends eine Landeerlaubnis und wurden deshalb nicht selten "schwimmende Särge" genannt. Viele Juden sahen zwar im New Yorker Hafen die nordamerikanische Freiheitsstatue, aber die Ausgestoßenen durften ihre "schwimmenden Särge" meistens nicht verlassen, weil die nordamerikanische Regierung in jener Zeit nicht über die erforderliche Nächstenliebe verfügte.

In jener Zeit wurde der Leitspruch der US-Freiheitsstatue leider nicht verwirklicht (x043/434): >>Gebt mir eure müden, eure armen, eure zusammengedrängten Massen, die sich nach Freiheit sehnen.<<

Als das NS-Regime ab 1939 die Austreibung der Juden verstärkte, verweigerten die sogenannten "zivilisierten Völker" größtenteils ihre Hilfe und ließen die heimatlosen, gehetzten Juden schmachvoll im Stich. Tausende von ausgestoßenen Juden standen an den ausländischen Grenzen und vor den Konsulaten, aber sie bettelten fast immer vergeblich, denn kein Land wollte Ausgeplünderte und Bettler aufnehmen.

Das "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz verursachte am 13./14. Mai 1939 eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

Die britische Besatzungsbehörde entschied am 17. Mai 1939, daß in den nächsten 5 Jahren nur 10.000 Juden jährlich in Palästina einwandern dürfen ("White Paper").

Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion) verurteilte damals die britische Einwanderungspolitik in Palästina (x172/141): >>...

Jeder, der sich der Lage der Juden in Ost- und Mitteleuropa bewußt ist, dürfte nicht einen Moment glauben, daß sie aufhören werden, in ihr Heimatland zu kommen, weil irgendein Gesetz das als illegal bezeichnet. Juden, die sich zwischen völliger Vernichtung und der Immigration nach Palästina unter sogenannten illegalen Bedingungen entscheiden müssen, werden natürlich keinen Augenblick in ihrer Entscheidung zögern.<<

Joseph Goebbels erklärte am 19. Mai 1939 während einer Massenkundgebung in Köln (x032/533): >>... Die deutsche Nation will keinen Krieg. ... Der Führer ist ein Friedensfreund. Er will wirklich den Frieden. Die Wahl liegt bei den anderen nicht bei uns. Wir sind bewaffnet bis an die Zähne und vertrauen blind auf den Mann, der Deutschland aus seinem tiefsten Fall von 1919 zur Höhe 1939 emporführte. ...<<

Der NS-Staat und Italien schlossen am 22. Mai 1939 in Berlin den "Stahlpakt".

Im Artikel III des "Stahlpaktes" hieß es (x256/155): >>... Wenn es entgegen den Wünschen und Hoffnungen der Vertragsschließenden Teile dazu kommen sollte, daß einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten gerät, wird ihm der andere Vertragsschließende Teil sofort als Bundesgenosse zur Seite treten und ihn mit allen seine militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft unterstützen.<<

Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hatte, kündigte er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155, x023/238): >>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...

Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<

>>... Wir müssen, wenn bei polnischem Krieg England angreifen will, blitzartig Holland angreifen. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie mit holländischem Gebiet bis Zuydersee zu gewinnen. ... Es handelt sich nicht mehr um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Deutschen.<<

NS-Außenminister Ribbentrop unterzeichnete am 31. Mai 1939 in Berlin einen deutsch-dänischen Nichtangriffsvertrag, um "unter allen Umständen" den Frieden zwischen beiden Ländern zu erhalten.

Der sowjetische Außenminister Molotow erläuterte am 31. Mai 1939 vor dem Obersten Sowjet die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich und berichtete über die geplante Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen (x032/537).

Ab Mai 1939 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.

Deutsche Dörfer wurden von polnischen Banden überfallen. Es ereigneten sich mehrere Morde. Höfe wurden ausgeplündert und gingen in Flammen auf. Viele Volksdeutsche verließen nachts ihre Höfe, um sich in den Wäldern oder in Feldscheunen zu verbergen. Es kam zu Massenentlassungen von deutschen Arbeitnehmern. Deutsche Kinder und Erwachsene mußten ständig damit rechnen, auf offener Straße und in Geschäften verprügelt zu werden (x025/43). Zehntausende von Polen-Deutschen flüchteten in jener Zeit über die deutsche Grenze und wurden vorerst in Niederschlesien, Ostpommern und Ostpreußen untergebracht.

Der polnische Staat beteiligte sich aktiv an der Verfolgung der Volksdeutschen und führte systematische Willkür- und Zwangsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen durch. Im polnischen Rundfunk und in polnischen Zeitungen verbreitete man regelmäßig antideutsche Propaganda. Alle deutschsprachigen Zeitungen wurden verboten (x025/43).

Der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki erklärte im Mai 1939 in Frankreich (x352/59): >>... Wir haben keine (Befestigungen), denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.<<

Franco trat im Mai 1939 aus dem Völkerbund aus.

Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündete am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/-277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<

Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) erklärte am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder

stützen kann.<<

Goebbels erklärte am 25. Juni 1939 während einer Rede in Essen (x032/544): >>... Wir wollen natürliche, gerechte Lebensbedingungen. Wir wollen das Unrecht von Versailles beseitigen. Wir wollen nicht für immer zu den Habenichtsen gehören ...<<

Die französisch-britischen Garantieerklärungen (vom 31. März 1939) förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich.

Polnische Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły erklärte im Sommer 1939 vor polnischen Offizieren (x352/60): >>Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.<<

Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrierten im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wurde, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183).

Dieser Geheimbericht schilderte nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informierte auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren wollte.

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 über einen Reisebericht, den zwei englische Diplomaten am 9. Juni 1939 dem britischen Außenministerium vorlegten (x853/...): >>... Seine Verfasser sind Sir William Strang, damals Leiter der Deutschland- und Osteuropa-Abteilung im Londoner Foreign Office, und der Privatsekretär des Ständigen Unterstaatssekretärs im britischen Außenamt, Hubert Miles Gladwyn Jebb.

Das amtliche Deckblatt des britischen Außenamts führt die Niederschrift unter dem Titel "Visit of Mr. Strang and Mr. Jebb to Poland" und ist mit Datum vom 13. Juni ("13th June, 1939") handschriftlich vom zuständigen Sachbearbeiter Kirkpatrick abgezeichnet. Aus der von ihm angebrachten Vorbemerkung ("This is an interesting account of the visit of Mr. Strang and Mr. Jebb to Poland.

Mr. Strang has seen it and concurs") wie auch aus der alleinigen Unterschrift Jebbs am Ende des Berichts ... geht hervor, daß das vorgelegte Reiseprotokoll vom niedrigerrangigen Jebb entworfen und verfaßt und dann von Strang gebilligt worden ist, jedoch die Beobachtungen beider enthält. Diese konnten sie im Mai 1939 anlässlich einer informativen Erkundungsreise durch das verbündete Polen sammeln.

Ihrer Visite vorausgegangen waren die britisch-französische Garantie für Polen vom 31. März 1939 und die polnisch-englische Übereinkunft vom 6. April 1939, in welcher festgestellt wurde, "daß die beiden Länder bereit sind, ein Abkommen abzuschließen, das bleibend und gegenseitig sein und das die gegenwärtige, vorübergehend gültige und einseitige Zusicherung der Regierung Seiner Majestät an die polnische Regierung ersetzen soll" und die den Zweck verfolgte, "Großbritannien und Polen des gegenseitigen Beistandes zu versichern für den Fall einer unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit jedes der beiden Länder".

Die ersten psychologischen Auswirkungen dieser anglo-französischen Beistandsversprechen konnten die beiden Londoner Diplomaten bereits auf ihrer ausgedehnten Informationsreise beobachten, stellen sie doch gleich am Anfang ihres Berichtes fest: "Der britische Vizekonsul von Kattowitz erzählte beispielsweise, daß die dortigen polnischen Beamten sich seit unserer

Garantie 'schrecklich anmaßend' gezeigt hätten und von einer schnellen Niederlage Deutschlands und einer Besetzung Breslaus sprächen", um dann auf die Stimmung der Bevölkerung auf dem Lande zu sprechen zu kommen.

Gladwyn Jebb schreibt: "Wieder einmal verlangte es die Bauern auf einen Besitz südlich von Thorn nach einem Gang gegen die Deutschen. Dieses bestätigte der geistig hochgebildete Leiter der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium, Herr Wezelaki, der sagte, daß der Krieggeist und die antideutsche Einstellung der Bauern teils auf rassische und teils auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sei (Bevölkerungswachstum und daraus folgender Appetit auf deutsches Bauernland)."

Geradezu prophetisch muten die Feststellungen an, welche Gladwyn Jebb vom Warschauer Regierungsbeamten Wezelaki über mögliche polnische Ausschreitungen gegen Deutsche überliefert, wenn er in seinem Bericht schreibt:

"Wezelaki ging tatsächlich so weit zu sagen, daß er im Falle eines Kriegsausbruchs fürchte, ein furchtbares Massaker unter den Volksdeutschen könnte schwer zu verhindern sein." ...

Und wenn man an die blutigen Pogrome von Bromberg, Warschau und in anderen polnischen Bezirken denkt, denen Anfang September zahlreiche Volksdeutsche zum Opfer fielen.

- Ebenso zutreffend erwiesen sich die Beobachtungen, die die beiden britischen Diplomaten über die außenpolitische Haltung der Polen machten. So notierten sie hinsichtlich einer Verständigungsmöglichkeit mit Berlin über die Danziger Frage: Jedenfalls gibt es hinsichtlich Danzigs bestimmte Konzessionen, die kein Pole freiwillig machen würde.

Sie könnten genaugenommen weder die Anwesenheit deutscher Soldaten auf Danziger Gebiet noch einen wirtschaftlichen Anschluß Danzigs an das Reich zulassen. Ersteres bedeute, der Korridor würde militärisch nicht zu halten sein; und das zweite würde Polens Handel, von dem nicht alles über Gdingen laufen könne, abwürgen. In beiden Fällen würde Polens Unabhängigkeit ernstlich eingeschränkt ...

Kurzum, alle Polen seien zutiefst von der dem gegenwärtigen Arrangement innewohnenden Gerechtigkeit überzeugt, und es erschrecke sie, Engländer von der Rechtmäßigkeit der Ansprüche Herrn Hitlers sprechen zu hören."

Wie aus der weiteren Darstellung des Diplomatenberichts von Jebb hervorgeht, sperrten sich die Polen nicht nur wegen der befürchteten Parallele ihres möglichen Schicksals zu jenem der Tschechen im März 1939 - wobei man in Warschau ausdrücklich nichts gegen die vollzogene Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich hatte -, sondern bauten bei ihrem entschiedenen Ablehnungskurs auch auf den Sieg ihrer Waffen.

Dies bestätigte deutlich ein Gespräch, das Gladwyn Jebb anläßlich eines Banketts mit dem Hauptmitarbeiter des polnischen Generalstabschefs, General Stachiewicz, in Warschau hatte. Er schreibt darüber:

"Ich kann nur soviel sagen, daß der Oberst, der während des Essens neben mir saß, ein intelligenter und vernünftiger Mann ist. Er bekundete freimütig, daß die polnische Armee in einiger Hinsicht ihre Mängel habe, daß er aber darauf baue, daß sie, wenn nötig, ihre Sache gut machen würde."

Obwohl es bis zum tatsächlichen Ausbruch der Kampfhandlungen noch über ein Vierteljahr hin war, hatte man im polnischen Generalstab bereits konkrete Vorstellungen über die zu ergreifenden operativen Maßnahmen, was freilich zu den selbstverständlichen Pflichtübungen jeder Heeresleitung gehört.

Gladwyn Jebb berichtet von seiner Unterhaltung mit dem erwähnten Oberst und anderen polnischen Offizieren über die geplante militärische Strategie der polnischen Armee:

- "Teils von ihm (dem Oberst) und teils von anderen Herren erfuhr ich, daß man daran denke, zu Beginn des Krieges Ostpreußen anzugreifen, weil es für die Deutschen schwierig sein würde, die Provinz rasch und ausreichend zu verstärken. Darüber hinaus sei es dort möglich, von

vielen Punkten aus gleichzeitig anzugreifen. Die belebende Wirkung einer Besetzung Königsbergs könnte, so hoffe man, ein Gegengewicht zu einem unvermeidlichen Rückzug vom Vorpreschen im Westen bilden ...

Die Polen glauben, daß in dem allgemeinen Krieg, der nach ihrer Ansicht einem deutschen Angriff gegen Polen folgen würde, Deutschland am Ende besiegt werden würde und daß die polnische Armee, wenn auch böse angeschlagen, dann aus den Pripjet-Sümpfen oder dem "Urwald" von Bialowiecza wieder hervorkommen und darangehen würde, sich eines Großpolens unter den durchaus gleichen Umständen wie 1919 zu bemächtigen ...

Sie vertreten den Standpunkt, daß irgendeine Art von deutschem Zusammenbruch innerhalb eines Jahres nach dem Ausbruch eines allgemeinen Krieges eine sehr reale Möglichkeit sei; und wenn sie auch keinen Zweifel hegen, daß die Deutschen im Anfangsstadium außerordentlich gut kämpfen werden, sind sie zuversichtlich, daß der Ring halten und die Wirkung einer Blockade sich sehr viel eher bemerkbar machen wird als 1914-1918."

- Dieser Siegeszuversicht, die sich nicht zuletzt auf den Ausbruch eines "allgemeinen Krieges" stützte, entsprach im übrigen auch ein Gemälde, das der polnische Oberkommandierende, Marschall Rydz-Smigly, bereits im Sommer 1939 in Auftrag gab und das ihn hoch zu Roß in voller Gala-Uniform als Sieger unter dem Brandenburger Tor zu Berlin zeigt.

Und laut Gedächtnisprotokoll des damaligen französischen Außenministers Georges Bonnet über seine Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Paris, Graf Juliusz Lukasiewicz vom 15. August 1939, erwiderte der polnische Missionschef auf den Hinweis, daß Hitler die polnische Armee innerhalb von drei Wochen zu besiegen gedenke, wörtlich: "Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage nach Deutschland eindringen."

Daß die polnischen Erwartungen hinsichtlich eines Sieges über die deutsche Wehrmacht durchaus nicht überzogen waren, beweist eine scharfsinnige Studie des britischen Militärhistorikers John Kimche, in welcher anhand der beiderseitigen Truppenstärken (der Polen, Frankreichs und Großbritanniens einerseits und der Deutschlands andererseits) dargestellt wird, daß Deutschland dieser rund dreifachen Übermacht bei gleichzeitigem alliierten Angriff im Westen auf die Dauer nicht hätte standhalten können und vermutlich bereits an Weihnachten 1939 die Waffen hätte strecken müssen.

Bekanntlich unterließen es aber die Briten und die Franzosen, ihrem Bündnispartner Polen durch Eröffnung einer effektiven Front im Westen entlastend zu Hilfe zu kommen und verhielten sich in den Augen der Polen letztendlich ähnlich, wie knapp fünf Jahre später die Rote Armee, die an der Weichsel Gewehr bei Fuß stand, als die deutschen Truppen den Warschauer Aufstand der nationalpolnischen "Heimatarmee" niederschlugen; bittere Erfahrungen der Polen mit ihren Alliierten in West und Ost.

- Im Mai 1939 mochten sie aber an solche Enttäuschungen durch ihre Beistandspartner ganz und gar nicht denken, vielmehr hatten sie bereits optimistisch für die Zeit nach dem Sieg über Deutschland geplant und aus ihren diesbezüglichen Plänen den britischen Diplomaten gegenüber auch gar keinen Hehl gemacht. So konnten Strang und Jebb im Juni 1939 ihrem Foreign Office melden:

"Jedenfalls schien es die allgemeine Auffassung zu sein, daß Ostpreußen von Polen annektiert werden müsse. Der stellvertretende Leiter der Abteilung Ost im Außenministerium ging tatsächlich so weit, klar zu sagen, daß dieses der polnische Plan sei. Er rechtfertigte ihn mit der Begründung, die Bevölkerung Ostpreußens sei im Abnehmen begriffen; daß vieles von dem Gebiet in Wirklichkeit sowieso polnisch sei, daß man jedenfalls Umsiedlungen vornehmen könne, und daß die Polen als junger und rasch wachsender Staat eine seiner Bedeutung angemessene Küstenlinie haben müsse."

Wie aus dem geheimen Diplomatenbericht weiter hervorgeht, hegten polnische Regierungskreise aber auch noch andere Vorstellungen über ein künftiges Großpolen nach dem Sieg über

Deutschland. Gladwyn Jebb schreibt darüber:

"Aber da gibt es noch ein größeres Projekt für Polens Zukunft nach einem siegreichen Krieg gegen Deutschland. Es ist die Konzeption eines Bundes-Polen, wozu Litauen gehört, mit einer Art Autonomie für die Ruthenen. Entsprechend diesem Traum würde Warschau das Zentrum einer gewaltigen Zusammenballung sein, deren westliche Grenzen bis fast zur Oder ausgreifen und mit einem südlichen Grenzland mit einem wiederhergestellten Ungarn."

Nahmen die Planungen mit Ostpreußen in gewissem Sinne schon die Vertreibungen oder Zwangsumsiedlungen der Deutschen vorweg, zeichnete sich in diesem Plan zum Teil bereits die Oder-Neiße-Grenze ab; freilich nicht im gleichen Landanspruch, wie er dann auf Wunsch und Druck Moskaus bis zur westlichen Neiße ausgedehnt wurde. Die Nationalpolen hätten sich mit dem Gebiet östlich der Oder begnügt und damit den Deutschen immerhin noch ein Gebiet von rund 30.000 Quadratkilometern mit annähernd fünf Millionen Einwohnern belassen.

- Auf fast unheimliche Art sollte schließlich das weitgehend Wirklichkeit werden, was die Polen mit dem besiegten Deutschland vorhatten beziehungsweise gern gesehen hätten.

Gladwyn Jebb notierte zu dieser Frage in seinem Bericht:

"Um meine polnischen Freunde auszuhorchen, habe ich sie gewöhnlich in einem bestimmten Stadium gefragt, was sie hinsichtlich der Deutschen vorzuschlagen hätten, wenn sich das Kriegsglück - wie sie es für wahrscheinlich hielten - zu ihren Gunsten entschieden hätte ... Die allgemeine Richtung schien zu sein, daß Deutschland in zwei oder drei Stücke geschnitten werden müsse und daß der größere Abschnitt aus einem südlichen und katholischen Block bestehen müsse, vielleicht unter dem Erzherzog Otto."

Sieht man von ein paar Äußerlichkeiten ab, wie etwa von dem Umstand, daß die Bundesrepublik nicht von Erzherzog Otto (von Habsburg) regiert wird und daß aus dem süddeutschen Staat ein westdeutscher wurde, findet man die hauptsächlichsten Zukunftserwartungen der Polen von 1939 bezüglich Deutschlands erfüllt; freilich das alles nicht auf eigene Veranlassung, sondern durch den Siegerspruch der "Großen Drei" von Jalta und Potsdam, und für Polen unter der drückenden Hypothek sowjetischer Mitbestimmung im eigenen Land, ein teurer, wohl zu hoher Preis für die weit ausgreifenden Großmachtpläne am Vorabend des Zweiten Weltkriegs.

Gladwyn Jebb, der nachmalige stellvertretende Unterstaatssekretär im britischen Ministerium für Kriegswirtschaft und spätere UN-Generalsekretär, beschließt den Bericht mit einer persönlichen Bemerkung. Darin stellt er fest:

"Abschließend ist es meine persönliche Ansicht, daß, wenn wir versuchen, uns um unsere Garantie herumzudrücken, die Polen ernsthaft in Erwägung ziehen werden, ihre gegenwärtige Haltung zu Deutschland zu revidieren.

Selbst wenn es ihnen nicht gelingt, die Deutschen zu versöhnen (und das werden sie wahrscheinlich tun), dann könnte das erste Anzeichen wirklicher Schwäche unsererseits zu einem Signal für die Russen werden, sich mit den Deutschen auf der Grundlage einer vierten Teilung zu verständigen. Wenn das geschieht, dann werden die Auswirkungen auf unsere Stellung in der Welt auch der mittelmäßigsten Intelligenz klar."

Wenn auch der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 unter anderen Gründen und Auspizien geschlossen wurde, so trifft Jebbs Prognose doch um so stärker für den Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen am 17. September 1939 und auf den deutsch-sowjetischen Grenzvertrag vom 28. September 1939 zu. ...<<

Das Pariser "Neue Tagebuch" berichtete am 1. Juli 1939 über die vergeblichen Versuche jüdischer Flüchtlinge, nach Nordamerika, Kuba, Ecuador, Palästina oder Griechenland zu fliehen (x032/546): >>... Die sichtbaren Opfer des modernen Pharao. Es sind Juden, die über die Meere irren. Derer, die durch die Lande irren, sind es mehr.<<

Vor Palästina wurden die jüdischen Flüchtlingsschiffe nicht nur abgewiesen, sondern sie wurden damals sogar von der britischen Küstenwache beschossen.

Die "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" wurde am 6. Juli 1939 durch die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" ersetzt. Diese Vereinigung beschäftigte sich vor allem mit der jüdischen Auswanderung nach Palästina und der Wohlfahrtsarbeit. Wegen der Berufsverbote waren etwa 84 % der Juden arbeitslos. Sie erhielten keine staatliche Unterstützung (x092/896).

Während der polnischen Siegesfeiern am 15. Juli 1939 (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) propagierten polnische Politiker schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete.

Die Deutschen sollten ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).

Ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag wurde zwar am 24. Juli 1939 abgeschlossen, trat jedoch später nicht in Kraft (x041/98). Stalin entschied danach, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen und begann geheime Verhandlungen mit dem NS-Regime.

Die Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligten, steigerten im Juli 1939 die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzte die Gelegenheit und verstärkte die antipolnische Hetzkampagne.

Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" (Posener Tageblatt) veröffentlichte im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beanspruchte (x025/178).

Die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime scheiterten am 14. August 1939, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).

Am 15. August 1939, um 4.40 Uhr, wurde die deutsche Botschaft in Moskau per Telegramm über die deutsch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen und den Besuch des deutschen Außenministers informiert (x125/172).

Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.

Die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht scheiterten am 18. August 1939.

Außenminister Beck lehnte am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<

Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag.

Stalins Doppelspiel

Infolge des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 19. August 1939 wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich verstärkt, so daß die spätere britische Blockade zunächst weitgehend wirkungslos blieb (x051/125).

In den Kriegsjahren 1939/40 verlief die wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit reibungslos. Die Sowjets erhielten Kredite, Waffen und deutsche Industriegüter, während man den Deutschen wichtige Rohstoffe, Getreide etc. über die sowjetischen Fernost-Häfen und Eisenbahnlinien lieferte, die wegen der britischen Seeblockade sonst nirgends zu bekommen waren.

Stalin erteilte damals Befehle, das NS-Reich mit allen Mitteln zu begünstigen, denn Hitlers Entschluß, Polen und die europäischen Westmächte anzugreifen, sollte durch die sowjetischen Rohstofflieferungen erleichtert und beschleunigt werden.

Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hielt, versuchte etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern.

Für Stalin zählte grundsätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielte eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend war nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen mußte.

Da die sowjetischen Ostgrenzen durch Japan bedroht waren, benötigte Stalin vor allem Zeit. Stalin führte bis zum deutschen Angriff gegen die UdSSR im Jahre 1941 ein geschicktes Doppelspiel und hatte praktisch ständig "2 Eisen im Feuer". Der kaltblütige sowjetische Diktator unterhielt enge Geheimkontakte zu Hitler und verhandelte gleichzeitig unentwegt heimlich mit den westlichen Alliierten.

Stalin ("der lachende Dritte") kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.

Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen (1.09.1939) war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbsterfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.

Stalin rechnete damals bereits fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" und hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.

Die französische Regierung gewährte Polen am 19. August 1939 einen Rüstungskredit.

Die polnische Regierung erläuterte am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<

Hitler erläuterte am 22. August 1939 vor Heeresgruppen- und Armeeführern der drei Wehrmachtsteile seine Kriegstaktik und wesentliche Kriegsziele (x058/364-365, x073/178, x075/-74): >>... Eiserne, unerschütterliche Haltung vor allem der Vorgesetzten, feste Zuversicht, Siegesglauben, Überwindung vergangener Zeiten durch Gewöhnen an schwerste Belastung. Eine lange Friedenszeit würde uns nicht guttun.

Es ist also notwendig mit allem zu rechnen. Mannhafte Haltung. Nicht Maschinen ringen miteinander, sondern Menschen. Bei uns qualitativ der bessere Mensch. Seelische Faktoren ausschlaggebend. Auf der Gegenseite schwächere Menschen. 1918 fiel die Nation, weil die seelischen Vorbedingungen ungenügend waren. Friedrich der Große hatte seinen Enderfolg nur durch seine Seelenstärke. ...<<

>>... 1. Rücksichtslose Entschlossenheit: Gegenzüge Englands – Frankreichs werden kommen. Es muß durchgehalten werden. West-Aufmarsch wird gefahren. ...

2. Ziel: Vernichtung Polens – Beseitigung seiner lebendigen Kraft. Es handelt sich nicht um Erreichen einer bestimmten Linie oder einer neuen Grenze, sondern um Vernichtung des Feindes, die auf immer neuen Wegen angestrebt werden muß. ...

4. Durchführung: Hart und rücksichtslos! Gegen alle Erwägungen des Mitleids hart machen!

5. Neue Grenzziehung: Neues Reichsgebiet: Vorgelagertes Protektoratsgebiet. Militärische Operationen haben keine Rücksicht zu nehmen auf spätere Grenzziehung.<<

>>... Von Ribbentrop wird übermorgen den Vertrag schließen. Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte. Wir brauchen keine Angst vor (einer) Blockade zu haben. Der Osten liefert uns Getreide, Vieh, Kohle, Blei, Zink ...<<

Reichsaußenminister von Ribbentrop unterzeichnete am 23. August 1939 in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Japan reagierte nach dem deutsch-sowjetischen Bündnis verunsichert und rückte vom NS-Regime ab, so daß Stalin die angestrebte zusätzliche Zeit gewann, um die radikale Neuorganisation der Roten Armee zu beenden.

Hitler und Stalin legten in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest (x041/98). Estland, Lettland, Bessarabien und Polen (östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel) wurden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollten.

Aufgrund der Tatsache, daß der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt keine üblichen "Angriffsklauseln" enthielt, deutete manches darauf hin, daß beide Vertragspartner Aggressionen erwarteten (x051/125).



Abb. 66 (x149/95): Hitler und Stalin nach der Niederlage Polens. Karikatur im "Evening Standard" (David Low). Hitler: "Der Abschaum der Menschheit, denke ich." Stalin: "Der blutige Mörder der Arbeiter, nehme ich an."

Das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 enthielt folgende Vereinbarungen (x243/68): >>1. Für den Fall einer territorial politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen)

gehörenden Gebieten werden diese Länder der sowjetischen Interessensphäre zugehörig erklärt.

2. Polen wird längs einer Linie, die von der Ostgrenze Ostpreußens bis zur Karpato-Ukraine reicht und Warschau und Lublin einschließt, vollständig in eine deutsche und sowjetische Interessensphäre aufgeteilt.

3. Während Deutschland hinsichtlich des Südosten Europas sein Desinteresse erklärt, wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. ...<<

Bei der anschließenden Feier brachte Stalin folgenden Trinkspruch auf Hitler aus (x073/177): >>Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, und möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken. ...<<

Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion!<<

In einem politischen Wörterbuch, das 1940 in Moskau erschien, berichtete man wie folgt über den Stalin-Hitler-Pakt (x058/362-363): >>... Im Zusammenhang mit der ersten Verschlechterung der internationalen Lage im April bis August 1939 wurden zwischen der UdSSR einerseits und England sowie Frankreich andererseits Verhandlungen geführt betreffend der gemeinsamen Maßnahmen, die den europäischen Krieg vereiteln könnten. England und Frankreich, die in Wirklichkeit kein Übereinkommen mit der UdSSR wollten und lediglich bestrebt waren, die UdSSR zu isolieren und den Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland zu provozieren, haben diese Verhandlungen zum Scheitern gebracht.

Die heimtückischen Pläne der Kriegshetzer wurden demaskiert, und sie haben dank der weisen Politik der sowjetischen Regierung einen Schiffbruch erlitten. Am 23. August 1939 wurde zwischen der UdSSR und Deutschland ein Nichtangriffspakt geschlossen, der die Feindschaft zwischen den beiden Ländern ein Ende gesetzt hat und eine entscheidende Wende in den internationalen Beziehungen im Zeitabschnitt des zweiten imperialistischen Krieges bedeutet. ... Das hat sich mit besonderer Kraft dann bestätigt, als der polnische Staat zusammenstürzte und Polen ein geeignetes Feld für alle möglichen Zufälligkeiten und unerwartete Situationen sein konnte, die eine Gefahr für die UdSSR heraufbeschwören konnten.

Um die Möglichkeit solcher Ereignisse zu verhindern und um die Ukrainer und Bjelo-Russen, die gemeinsamen Blutes sind, zu beschützen, die die bankrotte polnische Regierung dem Schicksal des Verfalls überließ, hat die Rote Armee auf Weisung der sowjetischen Regierung am 17. September 1939 die polnische Grenze überschritten und hat die Westukraine und das westliche Bjelo-Rußland von dem Joch der polnischen Herren befreit.

Einen weiteren leuchtenden Erfolg der sowjetischen Außenpolitik bedeutet der am September 1939 unterzeichnete deutsch-sowjetische Vertrag über Freundschaft und Grenze der UdSSR und Deutschland. ...

Im Verhältnis zu dem imperialistischen Krieg, der im Westen vorgeht, hat die sowjetische Regierung zusammen mit der Regierung Deutschlands den Wunsch und die Unerläßlichkeit nach einer möglichst schnellen Liquidierung dieses Blutvergießens geäußert. Aber diese Erklärung hat kein Mitgefühl Englands und Frankreichs gefunden: beide Staaten setzen als offenkundige Kriegshetzer und Aggressoren den Krieg weiter fort.<<

In einem sowjetischen Schulgeschichtsbuch hieß es später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Überzeugt davon, daß England und Frankreich danach strebten, das faschistische Deutschland gegen die Sowjetunion zu benützen, entschloß sich die sowjetische Regierung dazu, einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen, der von der deutschen Regierung vorgeschlagen wurde.

Dabei ging unsere Regierung von dem Leninschen Prinzip aus, daß man Meinungsverschiedenheiten unter den imperialen Mächten ausnützen muß, damit sie sich nicht gegen die Sowjetunion zusammenschließen. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die Reaktionen der Alliierten nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x311/125-127): >>...

Chamberlain bewahrte seine Kaltblütigkeit, und Roosevelt war ratlos. Da war aber noch ein Mann, der eigentlich hätte völlig kopflos sein müssen: Oberst Beck (polnischer Außenminister)

Er befand sich im Zentrum des Sturmes, und ihn trennten von Deutschland weder ein Meer noch ein Ozean. War er sich nun darüber im klaren, daß die Einkreisung Polens mit der Unterzeichnung des deutsch-russischen Paktes vollendet war, daß immer zahlreichere deutsche Divisionen an seinen Grenzen aufmarschierten und daß inzwischen unter dem Vorwand der Feiern des 25. Jahrestages der Schlacht von Tannenberg 150.000 Mann in Ostpreußen zusammengezogen waren.

Nicht im mindesten! Beck, der noch immer unerschrocken war, schien noch entspannter als an den vorhergehenden Tagen.

"Herr Beck ist sehr ruhig", drahtete Botschafter Léon Noel nach Paris. "Er scheint über diese überraschende Wendung keineswegs verwirrt. Er meint, daß sich an der Sache nicht viel geändert habe. Er machte die Bemerkung, daß die Sowjetregierung – wie geschehen – die Frage der militärischen Zusammenarbeit stellte, von vornherein Warschaus Reaktion gekannt habe, und daß sie gesonnen gewesen sei, diese zum Vorwand zu nehmen, ihre Verhandlungen mit Frankreich abubrechen, nachdem sie sie in die Länge gezogen hatte."

Beck war zusammen mit Marschall Rydz-Smigly tatsächlich der Auffassung, die polnische Armee sei durchaus in der Lage, den deutschen Divisionen erfolgreich Widerstand zu leisten, die Geschmeidigkeit ihrer Kavallerie werde die Oberhand über die mechanisierte Starrheit der Wehrmacht behalten und in einigen Tagen würden die polnischen Heere Ostpreußen besetzt haben, denn das bestätigten ihm seine Geheimagenten immer wieder – Deutschland sei weder materiell noch moralisch in der Lage, einen Krieg zu führen, das deutsche Volk werde sich gleich bei Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Hitler erheben, das Nazi-Regime werde innerhalb von 48 Stunden gestürzt sein, und die polnischen Vorhuten würden ohne auf Schwierigkeiten zu treffen, in Berlin einziehen, wo sie den Vorausabteilungen der französischen Armee die Hand reichen würden.

Niemals war ihm die Lage im günstigeren Lichte erschienen und er hatte seine diplomatischen Vertreter beauftragt, das in allen fremden Hauptstädten zum Ausdruck zu bringen. So erklärte der polnische Botschafter in Moskau dem französischen Botschafter Naggiar bei einer Begegnung zuversichtlich:

"Ich sehe die Dinge optimistisch. Das deutsche Angebot und Ribbentrops Besuch in Moskau zeugen für die verzweifelte Lage, in der sich das Reich befindet.<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) schrieb später über den Hitler-Stalin-Pakt (x080/281-284): >>... Ein Abkommen mit Deutschland sicherte zumindest vorläufig den Frieden und ermöglichte die gefahrlose Ausdehnung sowjetischen Territoriums. ...

Ein Pakt mit Hitler bot Stalin ... die Aussicht auf einen beträchtlichen territorialen Zugewinn und Frieden. Außerdem bestand in diesem Fall die Chance, daß Deutschland und die Westmächte sich in einem langwierigen und zermürenden Krieg gegenseitig schwächen würden, so daß die Sowjetunion als der lachende Dritte übrigbleiben würde.

... Stalin gab Ribbentrop sein persönliches Ehrenwort, daß die Sowjetunion ihren Teil des Vertrages uneingeschränkt erfüllen werde. Er fügte sogar das wenig überzeugende Versprechen hinzu, falls Deutschland in die Knie gezwungen würde, werde er hundert Divisionen zur Unterstützung seines Bundesgenossen an den Rhein entsenden. ...

Stalin stand dem Pakt mit Hitler und den Absichten des Deutschen natürlich keineswegs naiv und unbefangen gegenüber. So äußerte er vor dem Politbüro: >>Hitler will uns überlisten,

aber am Ende werden wir die Klügeren sein.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schrieb später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Der Pakt bedeutete das Todesurteil für Polen. ... Für Stalin bedeutete der Pakt, daß dem Bolschewismus nun das Tor in das ... östliche Mitteleuropa geöffnet wurde. ...

Stalin hätte es in der Hand gehabt, den Krieg zu verhindern. ... Wenn er sich trotz der polnischen Bedenken (Ablehnung des russischen Durchmarschrechts durch Polen) mit den Westmächten verbündet hätte, wäre der deutsche Angriff auf Polen unterblieben. ...<<

Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989, seit 1965 Prof. in Marburg, Freiburg und Köln) schrieb später über die sowjetischen Motive des Hitler-Stalin-Paktes (x245/435-436): >>Die Entscheidung Stalins, auf die taktische Schwenkung Hitlers einzugehen und mit ihm einen Pakt auf der Basis der Teilung Ostmitteleuropas abzuschließen, war seit "München" vorbereitet worden.

Um ein in seiner Sicht drohendes Arrangement zwischen England und Hitler-Deutschland zu verhindern, das in sowjetkommunistischer Interpretation nur offensiv gegen die Sowjetunion gerichtet sein konnte, schien ein eigener Vertragsabschluß mit Hitler das am besten geeignete Mittel; denn Hitler mußte diesen Pakt als Ermunterung zum militärischen Angriff auf Polen auffassen (anstatt zum Einlenken auf eine "Kleine Lösung" in Gestalt von Revisionen an der deutsch-polnischen Grenze unter Vermittlung Englands wie es im Falle der Unterzeichnung eines britisch-französisch-sowjetischen Militärbündnisses im August 1939 von Stalins Sicht her befürchtet werden mußte).

Der deutsche Angriff auf Polen aber mußte mit hoher Wahrscheinlichkeit den kriegesischen Konflikt Hitlers mit den Westmächten auslösen.

Davon, daß England "trotz seiner Schwäche schlau und hartnäckig Krieg führen würde", war Stalin überzeugt – wie er Ribbentrop gegenüber in der Nacht vom 23. zum 24. August in bemerkenswerter Offenheit erklärte.

Damit war endlich die Grundvoraussetzung erreicht, die der Verwirklichung des außenpolitischen "Programms" Stalins bisher entgegengestanden hatte. Auch dieses "Programm" lag (wie das Hitlers) bereits seit der Mitte der zwanziger Jahre fest.

Die Spannungen zwischen den "imperialistischen" Mächten mußten sich nach sowjetkommunistischer Auffassung früher oder später in einem Kriege entladen. Dabei galt es zu verhindern, daß es zu einem gemeinsamen Krieg der "kapitalistischen" Mächte gegen die Sowjetunion kam; sie mußten vielmehr untereinander in einen kriegesischen Konflikt gebracht werden.

"Sollte ... (ein solcher) Krieg beginnen" – so hatte Stalin am 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands seine Grundthese dargelegt -, "so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte".

Stalins Entscheidung von August 1939 versetzte damit die Sowjetunion in eine so günstige Position, wie sie sie in ihrer ganzen Geschichte seit 1917 noch niemals eingenommen hatte.

An die Stelle der bisher die sowjetische Gesamtpolitik beherrschenden traumatischen Vorstellung von einer allseitigen Bedrohung durch die "kapitalistischen" Mächte konnte nun das Bewußtsein treten, die Position einer von allen Kriegführenden respektierten, ja umworbenen Großmacht innezuhaben, deren politisches Gewicht in dem Maße wuchs, wie der Krieg in Europa fort dauerte und die Energie der beteiligten Staaten absorbierte (aufsaugte). ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1999) über den Hitler-Stalin-Pakt (x887/...): >>Präventivschlag: Was Stalin vor 60 Jahren wirklich im Schilde führte

"Ich habe Hitler überlistet"

Am 23. August 1999 jährt sich zum sechzigsten Mal der Abschluß des Pakts der beiden Diktatoren in Berlin und Moskau im Jahr 1939, der das Tor öffnete für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des deutsch-sowjetischen Krieges ab 1941.

Die Motive beider Seiten zu diesem Pakt sind heute deutlich: Hitler suchte die sowjetische Rückendeckung für seinen Angriff auf Polen und zugleich dessen Begrenzung ohne ein Eingreifen Englands und Frankreichs. Stalin wollte zunächst einmal Zeitgewinn zur Aufrüstung der Roten Armee, deren Führung er zwei Jahre zuvor brutal dezimiert hatte. Das geheime Zusatzprotokoll des Paktes ermöglichte ihm auch beachtlichen Raumgewinn nach Westen durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten.

Der Mann im Kreml kalkulierte jedoch überlegener als sein Gegenspieler in Berlin. Er war überzeugt, daß sich der Angriff Hitlers auf Polen nicht lokalisieren lassen werde, daß vielmehr durch den Kriegseintritt der beiden Westmächte jener "zweite imperialistische Krieg" entstehen würde, auf den er schon seit zwanzig Jahren gehofft hatte und der seine potentiellen Gegner dann derart schwächen sollte, daß die Partie schließlich durch das Eingreifen der Sowjetunion im Sinne eines neuen Schubs für die Weltrevolution entschieden werde.

Beide Diktatoren schlossen diesen Pakt aus der Perspektive ihrer jeweiligen weitgreifenden politisch-ideologischen Ziele: Hitler mit der Perspektive seines "eigentlichen Krieges" zur Gewinnung deutschen "Lebensraums im Osten", wie er schon in "Mein Kampf" angekündigt hatte. Stalin verstand ihn als Vorbereitung des nächsten Stadiums des "revolutionären Weltprozesses", der 1923 zum vorläufigen Stillstand gekommen sei und dem ein zweiter Weltkrieg der "imperialistischen" Mächte den Weg bereiten sollte.

Mit Recht konnte Stalin am Abend des 23. August, wie Chruschtschow in seinen Memoiren berichtet, im engen Kreis sagen: "Ich habe Hitler überlistet." Seine Meisterleistung bestand darin, Hitler als "Eisbrecher" (Viktor Suworow) des Status quo von 1919 die Eröffnung des Krieges zuzuschieben und der Sowjetunion die schon von Lenin entworfene Rolle des "lachenden Dritten" zuzuweisen.

Die im Pakt des 23. August anvisierten Gewinne hat Stalin in der Folgezeit rasch eingeheimst. Schon am 17. September marschierte die Sowjetunion in Vollzug des Geheimprotokolls in Ostpolen ein.

Am 30. November griff sie das alleinstehende Finnland an. Im Sommer 1940, als die Masse der deutschen Armeen in Frankreich gebunden war, annektierte die Sowjetunion die drei baltischen Staaten, und, vom Abkommen nicht gedeckt, auch Bessarabien und die nördliche Bukowina von Rumänien. Das brachte sie näher an die rumänischen Ölfelder heran.

Zwischen September 1939 und August 1940 hatte die Sowjetunion also alle ihre sechs westlichen Nachbarstaaten, mit denen durchweg Nichtangriffsverträge bestanden hatten, angegriffen. Wenn auch ohne formelle Kriegserklärungen war sie damit faktisch bereits in den Zweiten Weltkrieg eingetreten.

Wenn die sowjetamtliche Geschichtsschreibung von dieser Zeit als der "Vorkriegsperiode" (vor dem 22. Juni 1941) sprach, diene dies der propagandistischen Verhüllung der tatsächlich aggressiven Politik Moskaus und ihrem Bild vom deutschen "Überfall" auf die friedliebende und nichtsahnende Sowjetunion. Bis heute wird dieses Bild nicht zuletzt von deutschen Historikern kolportiert.

Dieser Mythos bröckelt freilich seit einiger Zeit. Deutsche Autoren wie Ernst Topitsch, Ernst Nolte, Joachim Hoffmann, Walter Post und der in den siebziger Jahren in den Westen gegangene sowjetische Militärhistoriker Wladimir Resun, der unter dem Pseudonym Viktor Suwo-

row schrieb, haben jene Sicht während des vergangenen Jahrzehnts erschüttert.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben dann auch russische Historiker an der Demontage der stalinistischen Legende von der friedliebenden Sowjetunion gearbeitet. Der deutsche Rußlandexperte Wolfgang Strauß dokumentierte dies jüngst in seinem Buch "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit".

Wichtig war dabei die Rede Stalins im Politbüro am 19. August 1939, wo der rote Diktator den bevorstehenden Paktabschluß mit Hitler begründete. Diese Rede war lange auch von deutschen Historikern als "antikommunistische Fälschung" abqualifiziert worden. Nachdem sie bereits im November 1939 von der amtlichen französischen Nachrichtenagentur "Havas" veröffentlicht worden war, beteuerte kein Geringerer als Stalin selbst in einem Schreiben an "Havas" ihre Unechtheit. Nun haben Historiker der Universität Nowosibirsk den Redetext im Geheimfundus des Sonderarchivs der Sowjetunion gefunden, und die Historikerin T. S. Buschujewa hat ihn in der Moskauer Literaturzeitung "Nowy Mir" veröffentlicht.

Kurz darauf erschienen "Materialien des geschichtswissenschaftlichen Seminars" der Universität Nowosibirsk mit dem Titel "1. September 1939 - 9. Mai 1945. Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Vernichtung des faschistischen Deutschland im Kontext des Beginns des Zweiten Weltkrieges".

In einem der Beiträge befaßte sich der Historiker W. L. Doroschenko mit der Stalinrede vom 19. August. Er nennt den Redetext "eines der grundlegenden Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges", das beweise, daß Stalin den Pakt mit Hitler in der Absicht geschlossen habe, "den Krieg zu entfachen, einmal mit dem allgemeinen Ziel der Machteroberung in Europa, zum anderen mit einem unmittelbaren Gewinn, der sich aus der Vernichtung Polens und der Eroberung Galiziens ergab ... Der Nichtangriffspakt machte die Hände Hitlers frei, provozierte Deutschland zur Kriegsauslösung. Als Stalin den Pakt schloß, stand für ihn fest, das Abkommen zu brechen, beabsichtigte er doch von Anfang an, zu einem für ihn vorteilhaften Zeitpunkt in den Krieg direkt einzugreifen!"

Hitler hatte sich mit dem Pakt des 23. Augusts 1939 und durch den nur für ihn unerwarteten englisch-französischen Kriegseintritt am 3. September bereits in die Rolle des von Moskau jederzeit Erpreßbaren begeben. Das wurde besonders deutlich in den Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow im November 1940 in Berlin. Es ging hier nicht nur um die Frage der weiteren für den Krieg Hitlers wichtigen sowjetischen Rohstofflieferungen, besonders Öl und Getreide.

Da England noch immer militärisch aufrecht stand, enthüllte sich nun das Damoklesschwert des Zweifrontenkrieges für Deutschland. Unter dem Eindruck der Gespräche mit Molotow und in der hochmütigen Hoffnung, auch die Sowjetunion in wenigen Monaten mit den Methoden des Blitzkrieges niederwerfen zu können, traten nun die Angriffsvorbereitungen Hitlers gegen die Sowjetunion in ihr konkretes Stadium.

Aber auch die sowjetischen Kriegsvorbereitungen hatten bereits am 1. September 1939 mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht begonnen. Am 26. Juni 1940 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets die Verordnung "Über den Übergang zum achtstündigen Arbeitstag und zur siebentätigen Arbeitswoche" sowie das Verbot des eigenmächtigen Verlassens der Betriebe und Büros. 1941 erreichte der Anteil der Militärausgaben am sowjetischen Staatsbudget dreiundvierzig Prozent. Am 7. Mai übernahm Stalin selbst den Vorsitz im Rat der Volkskommissare, also das Amt des Regierungschefs.

Die auf den Krieg vorbereitende sowjetische Propaganda gegen Deutschland hatte schon 1940 begonnen und wurde im Frühjahr 1941 erheblich gesteigert, unter anderem auch mit deutschlandkritischen Filmen wie "Professor Mamlock" (nach Friedrich Wolf, dem Vater von Markus Wolf) oder "Familie Oppenheim" (nach Lion Feuchtwanger).

Im Zusammenhang mit diesen Kriegsvorbereitungen ist auch die Rede Stalins vor den Absol-

venten der sowjetischen Militärakademie am 5. Mai 1941 zu sehen, in der der Diktator offen die deutsche Wehrmacht als potentiellen Feind nannte.

Als 1989 das Buch Viktor Suworows, "Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül", erschien, waren Historiker und veröffentlichte Meinung besonders in Deutschland vielfach bemüht, die Darlegungen des Autors über den offensiven Aufmarsch der Sowjetarmee gegen Deutschland im Frühjahr 1941 unter Verschuß zu halten.

Obwohl Suworow sich fast ausschließlich auf die sowjetischen militärischen Dokumente und die Memoiren der sowjetischen Spitzenmilitärs im Zweiten Weltkrieg stützte, wurden die Schlußfolgerungen des Autors angezweifelt, daß nämlich der Angriff Hitlers in ein bereits weit fortgeschrittenes Stadium des sowjetischen Offensivaufmarsches - und nicht etwa sowjetischer Defensivmaßnahmen - hineinstieß, woraus sich nicht zuletzt die deutschen Erfolge des Sommers 1941 erklärten. Noch immer herrsche die eigentümliche Palmströmlogik vor, "daß nicht sein kann, was nicht sein darf".

Da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch die russischen Militärarchive zunehmend offener werden, haben russische Militärhistoriker die sowjetischen Pläne des Frühjahrs 1941 ausgewertet und teilweise veröffentlicht, welche die früheren Ergebnisse Suworows und anderer westlicher Autoren voll bestätigen. Der Historiker und Oberst a.D. Valij Danilow hat die Pläne des sowjetischen Generalstabs aufgefunden und publiziert, die seit dem März 1941 entwickelt und am 15. Mai von Stalin gebilligt wurden. Nachdem noch die Moskauer "Militärhistorische Zeitschrift" 1996 versucht hatte, die sowjetischen Angriffsvorbereitungen gegen Deutschland 1941 zu leugnen, kam die "Unabhängige Militärrundschau" in ihrem Februarheft 1998 zu entgegengesetzten Ergebnissen.

Danilow zitiert auch aus den Notizen, die der Teilnehmer an einer Absolventenfeier über die Stalinrede am 5. Mai angefertigt hatte mit der "Prognose Stalins, daß wir den Kampf mit Deutschland beginnen ... einen gewaltigen Krieg mit dem Faschismus, gegen den gefährlichsten militärischen Nachbarn, im Namen der Revolutionierung Europas und natürlich auch Asiens".

Danilow ordnete sodann die militärstrategischen Pläne, die in den Generalstabsplänen mehrfach als "Überraschungsschlag" und "Präventivschlag" bezeichnet wurden, in die politisch-ideologischen Rahmenbedingungen der sowjetischen Führung ein: "Es ging also nicht nur um die Abwehr einer ausländischen Aggression, sondern um die Verwirklichung weitgesteckter kommunistischer Ziele einschließlich der Weltrevolution."

Deshalb habe man sich für einen "Krieg mit dem Faschismus" entschieden und dabei die Verteidigung völlig vernachlässigt. Stalin "wollte einfach nicht glauben, daß Hitler die Initiative ergreifen und ihm zuvorkommen könnte. Dabei hatte Stalin in der Tat die Ratio für sich, nicht zu erwarten, daß Hitler selbst sich in den für ihn tödlichen Zweifrontenkrieg stürzen könne".

Danilows Fazit lautet:

"Die Außenpolitik der Sowjetunion der Vorkriegszeit (also vor dem 22. Juni 1941) bestand nicht darin, den Frieden mit allen nur denkbaren Mitteln zu bewahren. Im Gegenteil. Dokumente und praktische Maßnahmen der Sowjetregierung wie auch des Verteidigungsministeriums sprachen davon, daß die sowjetische Außenpolitik auf Angriff ausgerichtet war."

Ein weiterer Autor des Sammelbandes der Universität Nowosibirsk, der Historiker Michail Nikitin, kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie Danilow mit den Hinweisen auf die gigantischen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion in der ersten Hälfte des Jahres 1941, als Panzer und Flugzeuge des modernsten Typs produziert wurden. Im Zeitraum zwischen 1939 und Juni 1941 seien der Roten Armee weiter zweiundneunzigtausend Geschütze und Granatwerfer, siebentausendvierhundert Panzer und siebzehntausendsiebenhundert Kampfflugzeuge zugeführt worden.

"Aus den Dokumenten geht eindeutig hervor, daß die sowjetische Führung im Frühjahr 1941

Deutschland als den Hauptfeind betrachtete. ... Ein Kompromiß kam nicht mehr in Betracht, beide Seiten bereiteten sich darauf vor, ihre Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. ... Das Hauptziel bestand in der territorialen Ausdehnung der 'sozialistischen Welt' Richtung Westen, im Idealfall die Eroberung ganz Europas ... Die Zersplitterung der Wehrmacht an vielen Fronten im Westen erschien Moskau als einmalige Chance, 'in einem Überraschungsschlag Deutschland zu vernichten'."<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über den Hitler-Stalin-Pakt (x320/64-66): >>>**Der Hitler-Stalin-Pakt**

Der Coup vom 23. August 1939

Ein Schock für die westliche Welt: Die Erzfeinde verständigen sich zu Lasten der Polen. Beide Diktatoren ziehen Nutzen aus dem Deal.

Im Sommer 1939 laufen französisch-britisch-polnisch-sowjetische Sondierungen zu einem Kriegsbündnis gegen Deutschland. Als Warschau den antideutschen Kriegspakt zwischen London, Moskau und Paris aus Angst vor der Sowjetunion verhindert, nutzt Berlin die Chance und bietet seinerseits Moskau Gespräche zur Verständigung an. Am 4. August 1939 gewährt der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow dem deutschen Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg daraufhin eine Audienz. ...

Am 19. August teilen die englische und die französische Regierung der sowjetischen mit, daß sie ihren schon ausgehandelten Vertrag aufgrund des Einspruchs der polnischen Regierung nicht unterzeichnen werden. Damit steht Rußlands Seitenwechsel nichts mehr im Weg. Der deutsche Botschafter wird erneut zu Molotow bestellt. Der überreicht ihm einen Textentwurf für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Der Vertragstext enthält noch nicht das Zusatzprotokoll, doch er endet mit dem Satz:

"Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls über die Punkte, an denen die vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet der auswärtigen Politik interessiert sind, gültig."

Die sprichwörtliche Katze ist damit nach wie vor nicht aus dem Sack: das Schicksal der Baltenländer.

Nun folgt Zug auf Zug. Hitler - in der Danzig-Krise unter Zeitdruck - schaut nur auf den Nichtangriffspakt mit Stalin, von dem er hofft, daß er die Polen, Briten und Franzosen zum Nachgeben beim Danzig-Korridor-Problem bewegt. Er schaut nicht auf das Zusatzprotokoll, von dem er immer noch nicht weiß, was die Sowjets damit verbinden werden. Hitler telegraphiert am 20. August an Josef Stalin und teilt mit, daß er den Entwurf des Nichtangriffspaktes akzeptiert. Am 21. August dankt Stalin wiederum Hitler für das Telegramm und lädt von Ribbentrop für den 23. August nach Moskau ein. ...

Hitler, vor die Wahl gestellt, mit Stalins Rückendeckung seine Handlungsfreiheit in der Danzig-Frage zu erhalten, oder ohne Stalin auf Danzig, die exterritorialen Transitwege und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, akzeptiert die Interessensphären-Grenzen, die die Russen fordern. Der deutsche Staatschef, der Stalins Forderungen vorher nicht gekannt hat, entscheidet offensichtlich ohne langes Zögern. Kurz nach Mitternacht, am 24. August, werden der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll von Molotow und Ribbentrop unterschrieben. ...

Die Einigung zwischen Hitler und Stalin, so schnell nach dem Scheitern der französisch-englisch-sowjetischen Verhandlungen, ist ein Schock für London und Paris - und dennoch für Warschau kein Anlaß, in der Danzig-Frage auf Deutschland zuzugehen. ...

Das geheime Zusatzprotokoll spricht nur von Interessensphären. Es bringt nicht zum Ausdruck, daß die Sowjetunion nun Finnland und die Baltenstaaten einkassieren dürfe. So harsch

dieses deutsch-sowjetische Geheimabkommen auch später kritisiert wird, es entspricht den Gepflogenheiten jener Zeit. So schließt beispielsweise auch Großbritannien 1938 mit Italien und mit Spanien derartige Abkommen. Das geheime Zusatzprotokoll ist zudem kein Produkt von Hitlers Strategie, sondern stammt aus der Feder Stalins beziehungsweise Molotows.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27-28): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Zkukov sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".

"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruscev. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.

"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages, die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.

Durch die Angriffskriege gegen Polen und Finnland, durch die erpresserische Annexion der souveränen Republiken Estland, Lettland und Litauen und die Androhung des Krieges gegen Rumänien vermochte die Sowjetunion im Gefolge der Verträge mit Hitler ihr Gebiet um ein Territorium zu vergrößern, das mit 426.000 qkm etwa der Ausdehnung des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.

Damit hatte Stalin die auch ihn schützende Staatenbarriere an seiner Westgrenze niedergerissen und seine Aufmarschbasis nach Westen bedeutend verbessert. Für ihn kam es nun auf den nächsten Schritt an, und die Voraussetzungen hierzu waren günstig. Denn die politisch strategische Lage Deutschlands wurde, seiner Anfangserfolge ungeachtet, in Moskau als kritisch eingeschätzt.

Die Entscheidung im Krieg mit England rückte in immer weitere Ferne. Hinter Großbritannien aber standen mit wachsender Entschiedenheit die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Streitkräfte Deutschlands waren jetzt überall in Europa verzettelt und von Norwegen bis zu den Pyrenäen Großbritannien gegenüber in einer Front gebunden. Zum anderen aber war die Unfähigkeit Deutschlands, einen langen Krieg wirtschaftlich durchzustehen, in Moskau sehr wohl bekannt. Und wie verletzbar war das Deutsche Reich erst im Hinblick auf die Möglichkeit, es von den lebenswichtigen Erdölzufuhren aus Rumänien abzuschneiden! ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x853/...): >>... Die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem Deutschen Reich waren seit 1933 aufgrund der ideologischen Gegensätze äußerst kühl bis feindlich gewesen, aber getreu dem Grundsatz, die "kapitalistischen Imperialisten" gegeneinander auszuspielen, beschloß Stalin, die schwächere Partei in dem sich anbahnenden europäischen Konflikt, und das war Deutschland, zu unterstützen. Moskau signalisierte Berlin seine Bereitschaft, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, und Hitler erkannte die Chance, die drohende Einkreisung und wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands zu verhindern.

Die Geschäftsgrundlage für diesen Nichtangriffspakt war die Aufteilung Polens und Osteuropas in eine deutsche und eine sowjetische Einflußsphäre, wobei in etwa die deutsch-russische

Grenze von 1914 wiederhergestellt werden sollte.

Seine Motive für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland legte Stalin am 7. September 1939, also eine Woche nach Beginn des europäischen Krieges, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Komintern, Georgi Dimitroff, dar. Dimitroff hielt die Äußerungen Stalins in seinem Tagebuch wie folgt fest:

"- Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt - (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft!

- Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen.

- Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte.

- Hitler selber zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System ...

Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen.

- Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewissem Maße.

- Der nächste Schritt ist der, die andere Seite anzuspornen ...

- Der polnische Staat war früher (in der Geschichte) ein Nationalstaat. Deshalb haben ihn die Revolutionäre gegen Teilung und Versklavung verteidigt.

- Heute ist er - ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet.

- Die Vernichtung dieses Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen würde einen bourgeoisen faschistischen Staat weniger bedeuten!

- Was wäre schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen."

Am 23. August 1939 unterzeichneten Reichsaußenminister Ribbentrop und der Volkskommissar für Äußeres Molotow in Moskau einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt mit einem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die territorialen Interessensphären beider Mächte in Osteuropa abgegrenzt wurden." Außerdem, und dies war mindestens ebenso wichtig, wurde ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen, das dem Deutschen Reich erlaubte, die englisch-französische Wirtschaftsblockade mit Hilfe sowjetischer Rohstofflieferungen zu umgehen.

Ohne die Sowjetunion waren Großbritannien und Frankreich aufgrund der Geographie, der militärischen Schwäche Englands und des defensiven Denkens der französischen militärischen Führung nicht in der Lage, Polen wirksam zu unterstützen. Aber trotz der prekären strategischen Lage weigerte sich die polnische Regierung hartnäckig, der Deutschen Reichsregierung im Streit um Danzig in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei der Einfluß Washingtons gewesen sein, das die Regierung in Warschau in ihrer Widerstandshaltung bestärkte.

Somit waren die diplomatischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zum Scheitern verurteilt, und am 1. September 1939 begann der deutsche Angriff auf Polen. Zwei Tage später erklärten England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg.

Die polnischen Streitkräfte wurden bis Mitte September von der deutschen Wehrmacht zerschlagen, und am 17. dieses Monats marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein. Der polnische Staat hörte auf zu existieren, die neuen Machtverhältnisse in Osteuropa wurden durch den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 besiegelt. Damit waren in Osteuropa wieder die Machtverhältnisse hergestellt, wie sie bis 1914 existiert hatten - aber nun unter totalitären Vorzeichen. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die US-Außenpolitik (x320/46, x320/70-71): >>Schon 1934 erarbeitete das US War College einen Kriegsplan gegen Deutschland, Österreich und Ungarn.

Daß es dem Präsidenten - wie er später vorgibt - um den Schutz von Demokratie und Menschenrechten geht, ist angesichts der im eigenen Land ausgeübten Rassendiskriminierung von Schwarzen und Indianern und bei der späteren Allianz mit der menschenverachtenden Diktatur in Rußland nicht zu unterstellen. ...<<

>>In Washington läßt Franklin D. Roosevelt die Polen wissentlich in eine Falle laufen. Am frühen Morgen dieses Tages (24. August 1939) verrät ein deutscher Diplomat in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade geschlossenen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische und eine deutsche Interessensphäre teilt.

Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kabelet der amerikanische Botschafter aus Warschau den Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls nach Washington. Nur wenig später kennt Präsident Roosevelt die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht.

Roosevelt tut jedoch nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Eine Warnung noch am selben Tag hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Dieses letzte Hitler-Angebot umfaßte einen Freihafen sowie Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und einen Friedensvertrag für 25 Jahre im Tausch gegen extraterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig.

Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen worden ist, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danziger Streit verfängt. ...<<

Hitler wiederholte am 25. August 1939 nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.

Die britische Regierung schloß am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt. Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zog Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98).

US-Präsident Roosevelt forderte Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.

Die NS-Justiz veröffentlichte am 26. August 1939 das sogenannte "Kriegssonderstrafrecht", das drakonische Strafen vorsah (x149/100): >>... Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft: 1. wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schrieb später über das "Kriegssonderstrafrecht" (x051/333-334): >>Kriegssonderstrafrecht, strafrechtliche Bestimmungen, die kurz vor oder während des Zweiten Weltkrieges erlassen wurden und drakonische Strafen vorsahen, insbesondere eine nicht dagewesene häufige Androhung der Todesstrafe enthielten. Die Kriegssonderstrafrecht-Verordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBl. I, S. 1.445) enthielt Bestimmungen über Spionage, Freischärlerei u.a. und führte v.a. den neuen Straftatbestand Wehrkraftzersetzung ein.

Der Chef des OKW wurde ermächtigt, die Verordnung zu ändern oder zu ergänzen, soweit ein Bedürfnis der Kriegführung dies gebiete, eine in der Rechtsgeschichte der Neuzeit einmalige

Vollmacht für das Militär, auch mit Wirkung für Zivilpersonen Strafbestimmungen zu erlassen.

Die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" vom 1.9.39 (RGBl. I, S. 1.683) drohte harte Strafen bei Abhören ausländischer Sender an.

Die "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 (RGBl. I, S. 1.679) enthielt Strafbestimmungen gegen Plünderung und gegen Delikte, die unter Ausnutzung der Verdunkelung begangen wurden, sowie gegen "gemeingefährliche Verbrechen".

Die "Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes" vom 25.11.39 (RGBl. I, S. 2.319) sah hohe Strafen vor bei Wehrmittelbeschädigung, Störung eines wichtigen Betriebes, Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung u.a.

Die "Verordnung gegen Gewaltverbrecher" vom 5.12.39 (RGBl. I, S. 2.378) stellte – auch vor Inkrafttreten der Verordnung begangene – Gewalttaten mit einer Waffe unter Todesstrafe. Schließlich wurden verschiedene Vorschriften zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung erlassen, so die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.39 (RGBl. I, S. 1.609) und die Verbrauchsregelungsstrafverordnung vom 26.11.41 (RGBl. I, S. 734).

Den Schlußstein der Kriegssonderstrafrecht-Vorschriften bildete die "Verordnung zur Ergänzung der Kriegssonderstrafrecht-Verordnung" vom 5.5.44 (RGBl. I, S. 115), die für jede Straftat die Verhängung der Todesstrafe ermöglichte, "wenn der regelmäßige Strafraum nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht".

Sonderrecht wurde schließlich gegen sogenannte Fremdvölkische geschaffen, so mit der "Polenstrafrechtsverordnung" vom 4.12.41 (RGBl. I, S. 759) gegen Juden und Polen.

Im Strafverfahrensrecht wurden rechtsstaatliche Garantien weiter abgebaut, durch die Kriegsstrafverfahrensordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBl. I, S. 1.457) ein vereinfachtes sogenanntes Kriegsverfahren eingeführt, die Verteidigerrechte gekürzt und die gerichtlichen Zuständigkeiten neu geregelt.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schrieb später über die "Wehrkraftzersetzung" (x051/622-623): >>Wehrkraftzersetzung, durch § 5 Absatz 1 Nr. 1 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBl. I, S. 1.455) eingeführter neuer Straftatbestand, wonach mit dem Tod zu bestrafen sei, wer öffentlich dazu auffordere oder anreize, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern oder wer sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen suche.

In minder schweren Fällen konnte auf Zuchthaus oder Gefängnis erkannt werden. Durch Verordnung vom 25.11.39 (RGBl. I, S. 2.319) wurden die Strafbestimmungen "zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes" noch erweitert.

Der Tatbestand der Wehrkraftzersetzung ist Beispiel für die nationalsozialistische Gesetzestechnik, Straftatbestände möglichst weit zu fassen und damit der uferlosen Auslegung zugänglich zu machen. Durch die Gerichte sind die einzelnen Tatbestandsmerkmale noch erweitert worden, so etwa hinsichtlich des Begriffs "öffentlich": Auch vor einem geschlossenen Personenkreis gemachte Äußerungen galten dann als öffentlich, wenn die Äußerungen über den Kreis hätten hinausdringen können, eine nie auszuschließende Möglichkeit.

Nahezu alle kritischen Äußerungen wurden als Wehrkraftzersetzung interpretiert. Sie war – neben Fahnenflucht – der Straftatbestand, aufgrund dessen die meisten Todesurteile verhängt wurden.

Zuständig für Fälle der Wehrkraftzersetzung war zunächst das Reichskriegsgericht, dann die Sondergerichte und schließlich, durch Verordnung vom 29.1.43 (RGBl. I, S. 76), der Volksgerichtshof.<<

Um den serbisch-kroatischen Machtkampf zu mildern, gewährte die serbische Regierung

(Cvetkovic) der Banschaft Kroatien am 26. August 1939 weitgehende Selbstverwaltung und bestätigte die Gleichberechtigung der Kroaten.

Der neue jugoslawische Ministerpräsident Cvetkovic nahm 1939 zwar 5 kroatische Minister in die diktatorische Regierung Jugoslawiens auf, aber die gewaltsame serbisch-kroatische Auseinandersetzung war damals schon unumgänglich und gewissermaßen nur noch eine Frage der Zeit. Nach der militärischen Zerschlagung Jugoslawiens sollte im Jahre 1941 schließlich der aufgestaute Nationalitätenhaß zwischen den Kroaten, Serben und Bosniern mit unglaublicher Gewalt losbrechen.

Am 28. August 1939 wurden Berechtigungsnachweise für den Bezug bestimmter Waren eingeführt (Bezugsscheinpflicht).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Bezugsschein" (x051/-75): >>Bezugsschein, nach Einführung von Bewirtschaftungsmaßnahmen im Rahmen der Kriegswirtschaft am 28.8.39 eingeführter Berechtigungsnachweis zum Bezug bestimmter Waren; diente der Verbrauchssteuerung. Die Bezugsscheinpflicht dehnte sich mit wachsender Kriegsdauer auf immer mehr Produkte aus.<<

Der britische Botschafter Henderson versuchte angeblich den deutsch-polnischen Krieg zu verhindern und bot vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an. Hitler stimmte direkten Verhandlungen zu und bat Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen sollte (Ultimatum).

Am späten Nachmittag (30. August 1939) stand der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.

Dem polnischen Unterhändler sollten folgende Bedingungen ausgehändigt werden (x311/304-306): >>**Deutsch-polnisches Abkommen**

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt aufgrund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage und in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu diesem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, soweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine

Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisation zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.<<

Bis Mitternacht (30. August 1939) traf kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Hitlers Kriegspläne (x320/80-82): >>>**Vom Polenfeldzug zum Weltkrieg**

Strategie, Improvisation und Chaos

Folgte Hitler 1939 einem Generalplan zur Eroberung der Weltherrschaft? War der Angriff am 1. September für ihn nur der erste Schritt zur Besetzung des gesamten eurasischen Kontinents? Viele Indizien sprechen dagegen.

Ein vieldiskutiertes Thema sind Hitlers Kriegspläne zu Beginn des Polenfeldzugs 1939. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht davon aus, daß Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg um den "Lebensraum im Osten" hatte. ...

Hitler hatte 1924 zwar in seinem Buch Mein Kampf geschrieben, und später mehrfach wiederholt, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen und mit deutschen Bauern besiedeln müsse, und er hatte 1941 mit der Eroberung der Ukraine und Weißrußlands auch so gehandelt, aber er hatte diese Absicht in seinen ersten Amtsjahren wohl aufgegeben und selbst zu Kriegsbeginn 1939 nicht mehr verfolgt. Für diese These steht eine Zahl schwerwiegender Indizien. ...

5. Hitler hatte im August 1939, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der Tasche hatte, den schon angesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht auf Polen drei Mal verschieben lassen - jedes Mal mit der Begründung vor der Wehrmachtsführung: "Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln." Wenn Hitler unbedingt seinen Krieg um den Lebensraum im Osten hätte haben wollen, hätte er die Wehrmacht zum Angriff antreten lassen, nachdem sie ja bereits voll aufmarschiert war und ihm Stalin die erforderliche Rückendeckung dazu vertraglich zugesichert hatte. ...

7. Am zweiten Tag des Polenfeldzugs hat Hitler der englischen Regierung den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Entschädigung für alle bis dahin entstandenen Kriegsschäden an Polen angeboten, wenn London dafür in Warschau die Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich und eine exterritoriale Verkehrsverbindung vom Reichsgebiet nach Ostpreußen vermitteln würde. Hätte Hitler ganz Polen als deutschen Lebensraum erobern wollen, hätte er ein solches Angebot während des überaus erfolgreichen Feldzugbeginns nicht übermitteln lassen.

8. Nach dem siegreichen Polenfeldzug hat Hitler der englischen und der französischen Regierung Frieden angeboten. Zum Angebot gehörte die Räumung Polens durch die Wehrmacht, bis auf Danzig und den Korridor. Hätte Hitler Polen als Lebensraum im Osten haben wollen, hätte er dieses Angebot nicht gemacht.

9. Hitler hatte 1939 kein Konzept für die Eroberung eines Lebensraums im Osten. Er wußte - das geht aus Gesprächsaufzeichnungen hervor - während des Polenfeldzugs noch nicht, was er nach einem Sieg mit Polen anfangen sollte. Hätte er 1939 noch immer vorgehabt, Lebensraum im Osten zu erobern, dann hätte er ein Konzept für das besiegte Polen parat gehabt. ...

13. Im Jahr 1945 erbeuteten die Sieger alle deutschen Akten und Archive und werteten sie unverzüglich nach Belastungsmaterial gegen die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung aus. Im Nürnberger Prozeß konnte trotzdem kein einziges Dokument vorgelegt werden, das auf einen deutschen Vorkriegsplan zur Eroberung Polens, der Ukraine oder Rußlands hingewiesen hat. Hätte Hitler vor Kriegsausbruch geplant, Polen als Erweiterung des Lebensraums für Deutschland zu erobern, so hätten die Sieger nach dem Kriege sicherlich Akten hierzu prä-

sentieren können. ...<<

In Polen erfolgte am 30. August 1939 die Mobilmachung (x041/98).

Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) erteilte am Mittag des 31. August 1939 mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):

>>Geheime Kommandosache

Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939

Angriffszeit: 4.45

Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>...

Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden Sir Neville Henderson (britischer Botschafter) und Robert Coulondre (französischer Botschafter) in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:

"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<

Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.

Lipski erklärte damals (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:

"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. ...

Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 – 1989 berichtete später über die Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges (x853/...): >>... Obwohl wichtige polnische und britische Diplomaten wie Warschauer Botschafter in Washington, Paris und London bzw.

Englands Missionschef in Berlin vor einer Frontstellung gegen Deutschland warnten und das Hinnehmen weiterer Revisionen des Versailler Vertrages durch Hitler empfahlen, schwenkten ihre Regierungen immer deutlicher auf den von Roosevelt gewünschten Kurs der Konfrontation ein.

Nachdem sich die Amerikaner in Geheimgesprächen bereit erklärt hatten, nach Ausbruch eines europäischen Krieges "sich zu gegebener Zeit so zu verhalten wie 1917", fühlten sich die Polen stark genug, Hitlers Forderungen nach Rückkehr Danzigs zum Reich und einer Straßen- wie Eisenbahnverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen sowie besserer Behandlung der Volksdeutschen kompromißlos abzulehnen.

Durch die Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 durch die Deutsche Wehrmacht und die Degradierung der Tschechei zu einer Halbkolonie gewarnt, wollte die polnische Führung nicht ein ähnliches Schicksal riskieren und zog die offene Auseinandersetzung vor. Wie Alfred Schickel in seinem Referat dokumentierte, waren die Polen im Mai 1939 nicht nur von der Unabwendbarkeit eines Krieges mit Deutschland überzeugt, sondern setzten auch ganz auf Sieg.

Dem britischen Legationsrat Ogilvie-Forbes sagte der polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, am 31. August 1939 selbstbewußt, daß er "in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren" und "daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land (Deutschland) ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden".

Von der gleichen Siegeszuversicht war auch die polnische Führung in Warschau erfüllt und hatte bereits Nachkriegspläne für ein alsbald besiehtes Deutsches Reich entwickelt. Danach sollten Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an Polen fallen, die dortige deutsche Bevölkerung "transferiert" (vertrieben) und Deutschland im übrigen "in einen süddeutschen und einen norddeutschen Block" geteilt werden. So war nach den Forschungsergebnissen des ZFI-Leiters der Weg zum deutsch-polnischen Konflikt im Jahre 1939 "keine pure deutsche Einbahnstraße, sondern das Resultat mehrseitiger Aktivitäten und Selbstüberschätzungen". ...<<

Die NS-Propaganda veröffentlichte im August 1939 zwar laufend antipolnische Berichte und präsentiert kampfbewusst Deutsche, aber die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung blieb vollkommen passiv. Während die NS-Wochenschauen ständig das fanatische, grölende "Sieg-Heil-Geschrei" der "NS-Statisten" als Stimmen des Volkes präsentierten, war in Wirklichkeit nichts von der angeblichen deutschen Kriegslüsterheit oder fanatischen Kriegsbegeisterung zu spüren.

Goebbels perfekte NS-Propaganda gaukelte dem In- und Ausland eine Kriegsbegeisterung vor, die es tatsächlich nicht gab. Obwohl die meisten Deutschen zwangsläufig gehorsam Gefolgschaft leisteten und sich fast bis zum Schluß durch die NS-Phrasen und Lügen täuschen ließen, nach Krieg schrie die große Mehrheit des deutschen Volkes im August 1939 nicht. Im gesamten Land traf man höchstens nur bedrückte und besorgte Menschen, die bereits mit dem Schlimmsten rechneten.

Henning von Tresckow (1901-1944, seit 1944 Generalmajor) erklärte unmittelbar vor Ausbruch des Krieges gegenüber seinem Vetter Fabian von Schlabrendorff (x084/233): >>Ich habe, im Rahmen der Mobilmachungspläne, eine Stellung als Divisions-Ia anzutreten. Damit sehe ich Kampf mit Polen und einen Weltkrieg voraus, der, auch gegen Hitlers Absichten, zum Untergang Deutschlands führt. England lenkt nicht mehr ein; England darf auch nicht mehr einlenken.

Krieg aber bedeutet Wahnsinn und muß vermieden werden. Der Schlüssel liegt bei Hitler. Er bleibt das Unheil. Ihn haben wir - und zwar durch Tod - zu Fall zu bringen. ...<<

Der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren, lebte als Kind in

Österreich und war mit Kaltenbrunner befreundet, organisierte ab 1941 die Massentransporte in die Vernichtungslager, 1960 von israelischen Geheimagenten aus Argentinien entführt und 1962 im Gefängnis von Ramle bei Tel Aviv hingerichtet) wurde im August 1938 mit dem Aufbau einer "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" beauftragt.

Francisco Franco Bahamonde (1892-1975) ernannte sich im August 1939 selbst zum Führer ("Caudillo, der nur vor Gott und der Geschichte verantwortlich war"). Franco regierte Spanien bis 1975 mit diktatorischen Vollmachten und setzte später die Wiedereinführung der Monarchie durch.

Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wurde (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), begann am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den vorgetäuschten Überfall auf den Rundfunksender Gleiwitz (x051/217): >>Gleiwitz, deutsche Großstadt im oberschlesischen Industrierevier.

Auf den Rundfunksender Gleiwitz wurde am Abend des 31.8.39 auf Befehl von SD-Chef Heydrich ein fingierter Überfall von einem Einsatzkommando unter SS-Sturmabführer Naujocks verübt. Damit sollte vor der Weltöffentlichkeit der Beweis erbracht werden, daß polnische Grenzübergriffe einen Grad erreicht hätten, der militärische Gegenmaßnahmen (Polenfeldzug) als Notwehr erscheinen lassen würde.

Entsprechend der Äußerung Hitlers vor hohen Militärs auf dem Obersalzberg am 22.8.39, er werde einen "propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft", wurden von Heydrich drei Aktionen geplant, deren spektakulärste die gegen den Sender Gleiwitz werden sollte: Auf das Stichwort aus Berlin: "Großmutter gestorben" besetzte Naujocks mit seiner als polnische "Insurgenten" getarnten Gruppe gegen 20 Uhr den Sende-raum, unterbrach das Programm und ließ einen polnischen Aufruf zum Kampf gegen die Deutschen verlesen.

Er war aber nur lokal zu hören, weil Gleiwitz überregional nur über den Sender Breslau ausstrahlte, der nicht zugeschaltet war. Währenddessen wurde Gefechtslärm simuliert und ein betäubter Häftling (SS-Jargon: "Konserven") an der Tür niedergelegt und erschossen. Er blieb nach Ende der ca. 20-minütigen Aktion zum Beweis der angeblichen polnischen Täterschaft zurück.

Die propagandistische Ausschaltung der vorgetäuschten Überfälle - es liefen zugleich Aktionen gegen das Zollhaus Hochlinden und das Forsthaus Pitschen, wo ermordete KZ-Häftlinge in polnischen Uniformen zurückgelassen wurden - machte Schwierigkeiten wegen der Panne mit der Senderreichweite und wegen des Übergewichts der folgenden Kriegsergebnisse. Auch herrschte schon seit den Gerüchten um den Reichstagsbrand im In- und v.a. Ausland tiefe Skepsis bei nationalsozialistischen Entrüstungsfeldzügen.<<

Hitler informierte die NS-Reichstagsabgeordneten am Morgen des 1. September 1939 über den deutschen Angriff gegen Polen (x023/203, x073/179, x023/199-200): >>... Seit 5.45 Uhr wird nunmehr zurückgeschossen ... Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten. ... Ich werde diesen Kampf ganz gleich gegen wen, so lange führen, bis die Sicherheit des Reiches und seine Rechte gewährleistet sind! Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden für den Aufbau unserer Wehrmacht aufgewendet worden. ...<<

>>... Ich will jetzt nichts anderes sein, als der erste Soldat des Deutschen Reiches!

Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen, nach dem Sieg – oder – ich werde dieses Ende nicht mehr erle-

ben. ...

Ein Wort habe ich nie kennengelernt. Es heißt Kapitulation. ... Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen! ...<<

>>... Seit Monaten leiden wir alle unter der Qual eines Problems, das uns einst das Versailler Diktat beschert hat und das nunmehr ... unerträglich geworden war. ... Wie immer, so habe ich auch hier versucht, auf dem Wege friedlicher Revisionsvorschläge eine Änderung des unerträglichen Zustandes herbeizuführen. ... Alle diese Vorschläge sind abgelehnt worden. ... Sie kennen die Vorschläge, die ich ... machte, die endlosen Versuche, die ich ... unternahm. ...

Eines aber ist unmöglich: zu verlangen, daß ein unmöglicher Zustand auf dem Wege friedlicher Revision bereinigt wird – und dann die friedliche Revision konsequent zu verweigern. ... Meine Friedensliebe und meine endlose Langmut soll man nicht mit Schwäche oder sogar Feigheit verwechseln.

Ich habe daher gestern abend der britischen Regierung mitgeteilt, daß ich unter diesen Umständen auf seiten der polnischen Regierung keine Geneigtheit mehr finden kann, mit uns in ein wirklich ernstes Gespräch einzutreten. Damit sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert ... erstens die polnische Generalmobilmachung gekommen und zweitens neue schwere Greueltaten. Diese Vorgänge haben sich heute nacht wiederholt. ...<<

Hitler rechtfertigte am 1. September 1939 ferner den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 (x023/202-203): >>Sie wissen, daß Rußland und Deutschland von zwei verschiedenen Doktrinen regiert werden. Es war nur eine Frage, die geklärt werden mußte: Deutschland hat nicht die Absicht, seine Doktrin zu exportieren, und in dem Augenblick, in dem Sowjet-Rußland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren gedenkt, sehe ich keine Veranlassung mehr, daß wir auch nur noch einmal gegeneinander Stellung nehmen sollen!

Wir sind uns beide darüber klar: Jeder Kampf unser Völker gegeneinander würde nur anderen einen Nutzen abwerfen. Daher haben wir uns entschlossen, einen Pakt abzuschließen, ... der uns in gewissen europäischen Fragen zur Konsultierung verpflichtet, der das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ermöglicht und vor allem, daß sich die Kräfte dieser beiden großen Staaten nicht gegeneinander verbrauchen. ... Und ich möchte das eine hier versichern: diese politische Entscheidung bedeutet eine ungeheure Wende für die Zukunft und ist eine endgültige.<<

Beginn des Zweiten Weltkrieges

Am 1. September 1939 "bedankte" sich Hitler bei den westeuropäischen Siegermächten für die vielen "Geschenke", die sie den demokratischen Regierungen der Weimarer Republik starrsinnig verwehrt" hatten. Nach den großen außenpolitischen Erfolgen überspannte Hitler den Bogen, denn Hitler konnte einfach kein Maß halten, so daß er letzten Endes alle Erfolge leichtfertig zerstörte. Nun begann die NS-Außenpolitik der Völkerrechtsbrüche und der sinnlosen Gewalttaten, die schließlich zur Vernichtung des gesamten Ostjudentums und der deutschen Ostsiedlung führen sollte.

Hitler konnte die Welt schließlich nicht etwa in den Krieg reißen, weil die deutsche Wehrmacht und die deutsche Rüstungswirtschaft überlegen waren, sondern hauptsächlich kam es zum Kriegsausbruch, weil der sowjetische Diktator Hitlers Kriegspläne förderte (Hitler-Stalin-Pakt) und die damaligen militärischen, diplomatischen und moralischen Gegengewichte der gegnerischen Westmächte zu schwach waren und größtenteils versagten.

Viele Deutsche, besonders die älteren Generationen, die bereits den katastrophalen Ersten Weltkrieg erlebt hatten, wirkten nach dem Kriegsbeginn wie gelähmt. Allenthalben herrschte große Betroffenheit und Ratlosigkeit.

Der britische Botschafter Neville Henderson (1882-1942) berichtete damals über die Haltung der Berliner Bevölkerung (x069/177): >>Als der Rest des Personals die Botschaft verließ, bildete sich auf der Straße eine kleine Ansammlung. Es war eine völlig schweigsame Menge,

und wenn Haß oder Feindschaft in ihren Herzen saß, so wurde nichts davon sichtbar.

Jeder blieb still, obwohl Rufe gegen die "Einkreiser" oder "Kriegsanstifter" den Machthabern wahrscheinlich angenehm gewesen wären. Aber die Leute in einem gewissen Alter hatten sich von der Goebbels-Propaganda nicht täuschen lassen; sie wußten durchaus, daß der Botschafter und seine Mitarbeiter ihr Bestes getan hatten, um den Frieden zu retten. Der allgemeine Eindruck war der der Apathie, der Traurigkeit und der Ratlosigkeit.<<

Ein ehemaliger SA-Führer berichtete später über die Stimmung der Bevölkerung nach dem Kriegsausbruch im September 1939 (x067/131): >>In der Bevölkerung war die Stimmung bei Kriegsausbruch zwar gedämpft, keine Begeisterung, doch viele glaubten wie wir ... Nationalsozialisten, daß es zu keinem Weltkrieg komme. Nach dem, was sich nach der Machtergreifung abgespielt hatte, mußte man Hoffnung haben. Man hatte das Sudetenproblem gelöst. Man hatte den Anschluß Österreichs erlebt ... Da sagte man sich, der Führer wird das schon hinkriegen.

Und die Masse der Bevölkerung hat den Krieg als eine Art Schicksal hingenommen ... Zudem ist ja immer vom Nationalsozialismus gepredigt worden, es sei ehrenhaft, für das Vaterland zu sterben. Das war dem SA-Mann in Fleisch und Blut übergegangen. Selbst wenn man heute von Leichtsinn oder Wahnsinn spricht, diese Haltung der Opferbereitschaft ist in vielen Schulungsabenden eingepflegt worden, wenn es um die Gemeinschaft geht, muß der Eigensinn zurückweichen. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über den Beginn des Zweiten Weltkrieges (x051/663-664): >>Zweiter Weltkrieg. Von dem Historiker L. Dehio stammt die umstrittene Behauptung, "in der zusammenhängenden Kette der europäischen Hegemonialkriege" hingen die beiden Weltkriege "miteinander als zwei Akte desselben Dramas" zusammen; der Zweite Weltkrieg sei also so etwas wie eine – wenn auch radikalisierte – Folge und Fortsetzung des Ersten gewesen. ...

Schon räumlich sprengte die nationalsozialistische Zielprojektion alle Dimensionen einer relativ begrenzten, traditionellen Revisions- und nationalstaatlichen Hegemonialpolitik, selbst wenn man die an sich schon sehr weiträumigen Kriegszielplanungen des kaiserlichen Deutschland etwa in Rußland, in Frankreich und in Mittelfrika zum Vergleich heranzieht: Nach der militärischen Niederringung der Sowjetunion sollte ein deutsch beherrschter kontinentaleuropäischer "Lebensraum" von der Biskaya bis zum Ural die Versorgungsbasis für den als Fernziel anvisierten Endkampf gegen die USA um die Weltvorherrschaft abgeben.

Wieder – wie schon 1914 – lag der Schlüssel für den Erfolg dieser Globalstrategie bei Großbritannien: Würde es sich mit den Ressourcen seines Empires als "Juniorpartner" an die Seite Deutschlands stellen oder zusammen mit den USA einen neuen deutschen Vorstoß zur Weltmachtstellung wieder blockieren? Dann allerdings stand die von Hitler an sich stets abgelehnte Vernichtung des britischen Weltreiches als nächstes direkt nach der Sowjetunion und noch vor den USA auf dem Programm.

Diese schon räumlich total überdehnten Kriegsziele bedingten eine permanente Überforderung und Verzettelung der beschränkten eigenen Kräfte. Ihre radikale Dynamik und letztlich alternativlose, da eine rechtzeitige politische Kompromißlösung bis zum bitteren Ende ausschließende, Unabänderlichkeit beruhte nicht nur – wie im Ersten Weltkrieg – auf machtpolitischen und wirtschaftshegemonialen Ansprüchen der deutschen Machteliten (Autarkie), sondern v.a. auch zum ersten Mal auf einer dogmatisierten Rassenideologie als offizielle Staatsdoktrin, die im "ewigen Kampf ums Dasein" (Sozialdarwinismus) das natürliche Recht auf "Lebensraum im Osten" und auf Versklavung der dortigen Bevölkerung aus der angeblichen "Höherwertigkeit" der nordisch-germanischen Rasse ableitete.

Die unausweichliche Konsequenz dieser Rassenutopie war eine bisher unbekannte Ideologisierung, Fanatisierung und Brutalisierung der Kriegführung im Osten als antibolschewisti-

scher "Vernichtungskampf" und "Kampf zweier Weltanschauungen" (Hitler 30.3.41) und der Besatzungspolitik in Polen und in der Sowjetunion (12.6.42 Generalplan Ost):

Sie hatte nicht mehr nur die militärische Unterwerfung des Gegners, Raumgewinn und wirtschaftliche Ausbeutung, sondern weit darüber hinaus die Herabstufung der Bevölkerung in ein Helotendasein und teilweise sogar ihre physische Ausrottung zum Ziel und ließ entsprechend alle überkommenen Normen des Völkerrechts weit hinter sich (13.5.41 Kriegsgerichtsbarkeitserlaß, 6.6.41 Kommissarbefehl).

Nicht zufällig wurden mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.41 und der ersten dramatischen Zuspitzung der Kriegslage im Herbst 41, als sich abzeichnete, daß der wider Erwarten ungünstige Kriegsverlauf eine zeitweilig anvisierte "Gettolösung" in Sibirien oder den Madagaskarplan in weite Ferne rücken ließ, die entscheidenden Schritte zur physischen Endlösung der Judenfrage in die Wege geleitet. ...<<

NS-Euthanasie

Hitler ordnete am 1. September 1939 das Euthanasieprogramm ("Vernichtung lebensunwerten Lebens") an. NS-Reichsleiter Philipp Bouhler und Karl Brandt (1904-1948, Mediziner und ab 1944 SS-Gruppenführer, seit 1934 Hitlers Begleiterarzt) wurden mit der Durchführung beauftragt. Die Euthanasie sollte sich vor allem auf unheilbar Geisteskranke und behinderte Kinder erstrecken, deren Unterhalt und Pflege der Gesellschaft nicht zugemutet werden konnte.

Die ersten Mordopfer, die das NS-Regime vergasen ließ, waren keine Juden, sondern Geisteskranke und andere sogenannte "lebensunwerte" Deutsche. SS-Oberführer Viktor Brack war für die "Abwicklung" der Euthanasie-Aktion "Gnadentod" bzw. "Aktion T4" zuständig.

Von Dezember 1939-1941 ließ Brack mehr als 70.000-100.000 deutsche Geisteskranke und sogenannte "unheilbar Kranke" in den Euthanasie-Anstalten "beseitigen"(x036/70, x061/483). Während der "Aktion T 4" wurden mindestens 70.273 Menschen umgebracht (x033/200). Nach anderen Quellen wurden im Rahmen des Euthanasie-Programms rund 190.000 behinderte Deutsche ermordet und etwa 375.000 Deutsche zwangssterilisiert (x244/399).

Infolge der massiven Proteste von Angehörigen der Opfer und Geistlichen beider Kirchen stoppte das NS-Regime ab August 1941 vorübergehend die Vergasungen der "lebensunwerten" Deutschen. Die NS-Ärzte und das Pflegepersonal setzten die Ermordung der Behinderten danach jedoch in vielen Anstalten mit Giftspritzen und Hungerrationen fort. Bis zum Kriegsende wurden insgesamt etwa 200.000 behinderte Menschen durch das NS-Regime ermordet (x067/126).

SS-Oberführer Viktor Brack war nach Einstellung der "Aktion T4" wesentlich am Aufbau der Vernichtungslager in Polen beteiligt und leitete dort hauptsächlich den Bau der Gaskammern. Auch die anderen "erfahrenen Tötungsspezialisten" der "Aktion T4" (ca. 500 Personen) wurden später mehrheitlich in den Vernichtungslagern eingesetzt.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Euthanasie" (x051/165-166): >>Euthanasie (griechisch = schöner Tod), Sterbehilfe; die Hilfe zur Beschleunigung des Ablebens eines Menschen, der dem sicheren Tod geweiht ist.

Sie ist rechtlich nur zulässig, wenn mit ihr keine Abkürzung des Lebens verbunden ist. Als Euthanasie bezeichneten die nationalsozialistischen Machthaber die in den Jahren 1939-45 durchgeführte Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens.

Die Euthanasiemaßnahmen im Dritten Reich waren Ausfluß der nationalsozialistischen Weltanschauung: "Alles Schwache muss ausgeschaltet werden."

Mit allen Mitteln der Propaganda wurde das nationalsozialistische Gedankengut in die Öffentlichkeit getragen. Vor allem der Film wurde hierzu verwendet, indem suggestiv die Frage gestellt wurde, wozu den einzelnen und den Staat mit unheilbaren Geisteskranken, die als "unnütze Esser" galten, belasten, wenn ein vernünftiger Arzt sie von ihrem Leiden erlösen kann (z.B. "Das Erbe", 1935; "Opfer der Vergangenheit", 1937).

Später wurde die Problemstellung nicht mehr auf Geisteskranke beschränkt, sondern auf unheilbar Kranke ausgedehnt ("Ich klage an").

Am Anfang stand die Kinder-Euthanasie. Der Anstoß zu dieser Vernichtungsaktion kam von außen: Ende 1938 wandten sich Angehörige eines mißgebildeten Kindes an Hitler mit der Bitte, das Kind von "seinem Leiden" zu erlösen. Er erteilte die Genehmigung und beauftragte seinen Leibarzt, Brandt, das Erforderliche zu veranlassen.

Gleichzeitig gab er ihm und Reichsleiter Bouhler, Chef der "Kanzlei des Führers", mündlich die Ermächtigung, in ähnlichen Fällen analog zu verfahren, wobei die KdF keinesfalls in Erscheinung treten dürfe. Unter dem Namen "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erforschung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden" wurde daraufhin eine Organisation geschaffen, die anfangs geisteskrank und mißgebildete Kinder bis zum Alter von drei Jahren erfaßte, später auch ältere.

Die Kinder wurden von ausgewählten Ärzten aufgrund der Meldung und einer kurz gefaßten Krankengeschichte begutachtet. Die als "lebensunwert" selektierten Kinder kamen in sogenannte Kinderfachabteilungen besonderer Heil- und Pflegeanstalten, wo sie getötet wurden.

Parallel zu der Kinder-Euthanasie lief das Euthanasie-Programm für erwachsene Geisteskranke an. Im Oktober 39 unterschrieb Hitler mit Datum vom 1.9.39 eine diesbezügliche Tötungsermächtigung.

Aufgrund dieser Ermächtigung wurde die "Aktion T4", die Massentötung psychisch kranker Erwachsener mittels Gas, durchgeführt. Auch in diesem Fall wurden die Kranken durch eine Fragebogen-Aktion erfaßt und die Fragebogen durch besondere ärztliche Gutachter – die "Kreuzleschreiber" – ausgewertet.

Die zur Tötung ausgewählten Personen wurden zur Tarnung in Zwischenanstalten verlegt und von dort in eine der sechs Tötungsanstalten gebracht. Zur Vermeidung von Rückschlüssen auf die KdF waren auch bei der "Aktion T4" Scheinorganisationen gegründet worden, derer man sich im Verkehr nach außen bediente.

Als die Tötungen trotz Tarnmaßnahmen in der Bevölkerung bekannt wurden, stellte sich heraus, daß die propagandistischen Maßnahmen keinen Erfolg gehabt hatten. Auf Proteste – insbesondere von kirchlicher Seite – gab Hitler im August 41 den Befehl, die Aktion einzustellen.

Damit war die Ermordung von Geisteskranken jedoch nicht abgeschlossen. Nicht betroffen von der Einstellung waren die Kinder-Euthanasie und die "Aktion 14f13", eine Erweiterung der "Aktion T4" auf geisteskrank sowie arbeitsunfähige KZ-Häftlinge (Invaliden-Aktion). Letztlich wurden weiterhin erwachsene Kranke der Heil- und Pflegeanstalten getötet, allerdings nicht mehr durch Gas in den Tötungsanstalten, sondern durch Eingabe von Tabletten, Verabreichung von Spritzen oder Entzug der Nahrung im allgemeinen in den Verwahranstalten selbst. Nach noch vorhandenen Unterlagen fielen den Euthanasiemaßnahmen mindestens 100.000 Menschen zum Opfer.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Invaliden-Aktion" (x051/279): >>Invaliden-Aktion (Aktion 14f13), Bezeichnung für die Ausdehnung des Euthanasie-Programms auf KZ-Häftlinge.

Auf Veranlassung Himmlers begann man im Frühjahr 41 in den KZ kranke und arbeitsunfähige Häftlinge unter der Tarnbezeichnung "Aktion 14f13" (nach dem Aktenzeichen des Inspektors der KZ) zur "Vernichtung" auszusondern. Die Selektionen führten Ärzte der "Organisation T4" durch. Eine körperliche Untersuchung erfolgte im Allgemeinen nicht; die Ärzte stellten Fragen nach Krankheiten aufgrund vorgefertigter Meldebogen und trafen dann ihre Entscheidung: "Ausmusterung" oder Verbleiben im KZ.

Ausgesondert wurden nicht allein kranke und arbeitsunfähige Häftlinge; verschiedentlich fielen unter die Selektionen auch asoziale, kriminelle, politische und jüdische Häftlinge z.B. mit

der Begründung: "deutschfeindliche Hetzer", "im Lager anmaßend, faul, frech", "mehrfache Lagerstrafen".

Die "Gutachter" lieferten die mit ihrer Entscheidung versehenen Meldebogen bei der "Organisation T4" ab, wo sie von der Unterabteilung Gemeinnützige Krankentransport GmbH (Gekrat) weiterbearbeitet wurden. Von der "T4" gingen nach der Bearbeitung der Meldebogen Verlegungslisten der "Ausgemusterten" an die "Tötungsanstalten" Bernburg, Sonnenstein oder Hartheim, die ihrerseits mit den KZ in Verbindung traten und die Überstellung der Ausgesonderten vereinbarten.

Vermutlich im April 43 befahl Himmler, nur noch geisteskranke Häftlinge "auszumustern". Die "Tötungsanstalten" Bernburg und Sonnenstein wurden geschlossen; Hartheim blieb bestehen. Anfang April 44 wurde der ursprüngliche "Vernichtungsbefehl" erneut erteilt. Die Tötungen erfolgten in Hartheim. Der letzte Transport von ausgesonderten Häftlingen wurde dort am 11.12.44 vergast. Danach mußten Häftlinge aus dem KZ Mauthausen die Vergasungsanlagen der Anstalt beseitigen.

Über die Gesamtzahl der bei der Invaliden-Aktion getöteten Häftlinge liegen nur lückenhafte Erkenntnisse vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß bis zum April 43 mindestens 10.000 in den "Tötungsanstalten" ermordet wurden. In Hartheim sind in der 2. Phase der Invaliden-Aktion seit April 44 allein 3.228 Häftlinge getötet worden.<<

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schrieb später über die NS-Zwangssterilisation (x051/660-661): >>Zwangssterilisation, Unfruchtbarmachung ohne Einwilligung des Betroffenen.

Erste Aktion der Nationalsozialisten im Zuge einer Politik der Aufartung war die durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.33 ermöglichte Zwangssterilisation von sogenannten Erbkranken. Als erbkrank im Sinne des Gesetzes galt, wer an angeborenem Schwachsinn (Intelligenzminderung), Schizophrenie, zirkulärem Irresein (manisch-depressiv), an erblicher Fallsucht (Epilepsie), Veitstanz (Chorea Huntington), Blindheit, Taubheit oder an schwerer körperlicher Mißbildung litt. Auch schwere Trunksucht (Alkoholkrankheit) konnte als Erbkrankheit eingestuft werden.

Über die Anträge auf Zwangssterilisation, zu der beamtete Ärzte und Anstaltsleiter verpflichtet waren, entschieden Erbgesundheitsgerichte. Wurde die Zwangssterilisation beschlossen, so war sie innerhalb von 14 Tagen durchzuführen. Bei Nichtbefolgung wurden Zwangsmaßnahmen bis zur polizeilichen Einlieferung in eine Klinik ergriffen. Die Entlassung aus Heil- und Pflegeanstalten ohne vorherige Zwangssterilisation wurde verboten.

1939 wurde durch die Erbpflegeverordnung die Zwangssterilisation auf "dringende Fälle" beschränkt. Im Dritten Reich sind zwischen 250.000 und 300.000 Menschen zwangssterilisiert worden. Merklichen Widerstand dagegen gab es zunächst nicht, da die Nationalsozialisten auch hier geschickt Diskussionen der Weimarer Zeit um Eugenik (Erbpflege) und Rassenhygiene aufnahmen.

Methoden zur Zwangssterilisation ganzer Gruppen und Völker wurden in Menschenversuchen in den KZ Auschwitz und Ravensbrück erprobt.<<

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schrieb später über die NS-Medizin (x051/-378-379): >>Medizin, Wissenschaft von den Ursachen, Erscheinungsformen, der Vorbeugung und Heilung menschlicher Krankheiten (Humanmedizin).

Die Medizin im Nationalsozialismus war v.a. durch Menschenversuche in den KZ und die sogenannte Euthanasie, die Ermordung Geisteskranker, belastet. Sie war beherrscht von zwei Grundgedanken: Aufartung der nordischen Rasse bei gleichzeitiger Ausmerze von Artfremdem und Schwachem sowie Primat der Volksgesundheit vor der Individualgesundheit, gleichbedeutend mit einer Veränderung der ärztlichen Ethik, die die Verantwortung für das Kollektiv vor die für den Einzelnen stellte.

In beiden Bereichen wurden Vorstellungen aufgegriffen, die seit der Jahrhundertwende diskutiert wurden und ihre Wurzeln im Sozialdarwinismus hatten. Ziel der Medizin sollte es demnach sein, die durch Kultureinflüsse aufgehobenen Darwinschen Gesetze auch für den Menschen wieder zur Geltung zu bringen. Für den Bereich der Aufzucht war v.a. die Rassenhygiene zuständig, die als Pflichtfach an allen medizinischen Fakultäten ebenso wie im Schulunterricht eingeführt wurde. Praktische Auswirkungen waren das Erbgesundheitsgesetz, die Gründung des Lebensborns und die Nürnberger Gesetze.

Die Ausmerze verlief in drei Stufen:

1. Durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde im Juli 33 die Grundlage für die Zwangssterilisation in großem Umfang geschaffen; dabei griff man auf Vorarbeiten der Weimarer Zeit zurück, wo jedoch stets die Zustimmung des Sterilisanden gefordert wurde. In diesen Zusammenhang gehört auch das Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit vom Oktober 38. –

2. Die Euthanasie, die 1939 zunächst als Kindereuthanasie, dann als Aktion T4, danach als Aktion 14f13 und später als "wilde" Euthanasie durchgeführt wurde und bei der v.a. psychisch Kranke die Opfer waren.

3. Nach der Wannseekonferenz die Ermordung der Juden, "Zigeuner" und anderer Gruppen in den Vernichtungslagern. Aus dem sozialdarwinistischen Ansatz ist auch die Arbeits- und Leistungs-Medizin des Dritten Reiches zu verstehen. In ihrem Dienst standen die neu gegründete vertrauensärztliche Organisation, die Arbeitseinsatzärzte und die Betriebsärzte mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen der Gesunden zu stärken und den Krankenstand in den Betrieben zu senken. Der Mensch war in dieser Sicht nicht mehr Subjekt, sondern Objekt der Medizin.

Zu Beginn des Dritten Reiches hatten die Nationalsozialisten versucht, auch in der Medizin eine Revolution einzuleiten. Ihr Ziel war eine Neue Deutsche Heilkunde, die insbesondere von Heß und Streicher gefördert wurde und die sich von der sogenannten jüdischen Fabrik-Medizin und der Schul-Medizin absetzen sollte.

In der Weimarer Zeit erstarkten Laienbewegungen und die Heilpraktiker sollten in sie integriert werden. 1935 wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft für eine Neue Deutsche Heilkunde geschaffen, die jedoch nur kurzzeitig Bestand hatte. Im Dresdener Rudolf-Heß-Krankenhaus wurde versucht, Schulmedizin und Naturheilkunde im Sinne einer biologischen Medizin zu vereinigen. Das 1939 verabschiedete Heilpraktikergesetz ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Heilpraktiker, die mit diesem Gesetz erstmals anerkannt wurden, spielten in der Gesundheitsversorgung eine besondere Rolle, v.a. nach der Ausschaltung der jüdischen und sozialistischen Ärzte, die ihren Schlußpunkt in der 4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Juli 38 fand: Zum 30.9.38 wurde die Bestallung aller jüdischen Ärzte für erloschen erklärt. Von den ca. 9.000 jüdischen Ärzten, die am 1.4.33 im Deutschen Reich tätig waren, wurden danach noch 709 als sogenannte Krankenbehandler für jüdische Patienten zugelassen.

Die Verdrängung der jüdischen Ärzte war von Anfang an eine Grundforderung insbesondere des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebunds gewesen, der die so frei gewordenen Stellen mit jungen arbeitslosen "arischen" Medizinern besetzen wollte. Wieweit gerade diese Forderung für den hohen Organisationsgrad der Ärzte in der Partei und ihren Gliederungen verantwortlich war, ist noch nicht geklärt. Dieser betrug ca. 45 % und lag damit doppelt so hoch wie der der Lehrer.

Die organisatorische Gleichschaltung der Ärzte erfolgte durch die Zerschlagung der Krankenkassen und die Gründung der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, durch die Auflösung der ärztlichen Spitzenverbände, die Gründung der Reichsärztekammer und durch den Erlass der Reichsärzteordnung. An der Spitze der deutschen Ärzteschaft stand nun ein Reichs-

ärzteführer, zunächst G. Wagner, danach ab 1939 Conti.<<

Das NS-Regime erließ im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 1. September 1939 die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" (x149/100): >>Das Abhören ausländischer Sender wird verboten. Wer die Meldungen ausländischer Sender verbreitet, kann mit dem Tod bestraft werden. ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schrieb später über den "Rundfunk" nach dem Kriegsausbruch (x051/506): >>(Rundfunk) ... Am 1.9.39 wurde in der "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" den deutschen Hörern das Abhören ausländischer Sender verboten.

Im Inland-Rundfunk galt Programmkonzentration als das Gebot der Stunde. Ab Mai 40 waren sämtliche Rundfunksender "in ständiger Reichssendung zusammengeschaltet" (Diller), das bis zum 3.5.45 gesendete Einheitsprogramm des "Großdeutschen Rundfunks" wurde zunehmend auf Nachrichten, Wehrmachtberichte, politische Kommentare, Reportagen und Musik reduziert.

Im Auslandsrundfunk (Kurzwellensender), bis 1939 in alleiniger Kompetenz des Propagandaministeriums betrieben, kam es wegen der umstrittenen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der gesamten Auslandspropaganda zu ständigen Ressortkämpfen zwischen Propagandaministerium, Wehrmacht und Auswärtigem Amt, das ab Mai 39 unter Gerd Rühle eine eigene Rundfunkabteilung aufbaute.

Die wichtigsten Aufgabengebiete des Auslandsrundfunks während des Krieges waren neben der Fortführung des offiziellen staatlichen Auslandsprogramms: die "Neuordnung" des Rundfunks im besetzten Europa, der entweder dem Reichsrundfunk einverleibt (Österreich, Sender Prag II im Protektorat Böhmen-Mähren) oder der Militärverwaltung (Belgien) bzw. der Kontrolle der deutschen Reichskommissare unterstellt wurde (Dänemark, Niederlande, Frankreich, Norwegen); die Einflußnahme auf den Rundfunk der europäischen Verbündeten und Neutralen in Form von Rundfunkaustausch, Sendebeteiligungen, Subventionen u.a.m.; der Aufbau von Stör- und Geheimsendern, die unter der Tarnbezeichnung "Concordia" zusammengefaßt und von Erich Hetzler geleitet wurden, als Beispiel sei hier die "New British Broadcasting Station" (NBBS) genannt, an der auch der berühmte "Lord Haw-Haw" (Joyce) mitarbeitete; schließlich die Einrichtung von Abhördiensten, deren bekanntester unter dem Namen "Sonderdienst Seehaus" am Großen Berliner Wannsee begründet wurde und vom Oktober 41 bis April 45 unter der Verantwortung von Propagandaministerium und Auswärtigem Amt arbeitete.<<

Nach dem deutschen Überfall (die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Der deutsche Prof. Hugo Andreae schrieb später über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (x076/240): >>... Nach dem Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes steht Hitlers Entschluß zum Kriege fest. ...

... Für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gibt es ... keine "Kriegsschuldfrage" wie beim Ersten Weltkrieg. Hitler hat den Krieg gewollt, und Stalin hat ihn zum Krieg ermuntert, in der festen Voraussicht, daß dadurch ein großer europäischer Krieg entstehen würde.

Der russische Diktator hatte die Wahl: Sein Beitritt zur englisch-französischen Koalition hätte den Frieden, aber keinen Land- und Machtgewinn für Rußland gebracht. Sein Entschluß zum Pakt mit Deutschland brachte ihm einen großen Machtgewinn und zugleich den Krieg zwischen den "kapitalistischen" Westmächten, von dem er sich eine Stärkung des Kommunismus versprach. So entschloß er sich zu diesem.<<

Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angriffen und in Polen einmarschierten, brach vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen (polnische Staatsbürger), die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen in Posen und Westpreußen geblieben waren, schwebten nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gab es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".

Gotthold Starke (Chefredakteur der "Bromberger Deutschen Rundschau") schrieb in seinem Leitartikel vom 1. September 1939 (x104/278): >>Unser Gewissen und unsere Hände sind rein. Wir sind immer für die gute Nachbarschaft mit dem polnischen Volk eingetreten ... Unsere Lage ist so ernst wie niemals zuvor, aber sie ist nicht verzweifelt. Sie ist deshalb nicht verzweifelt, weil wir über allem menschlichen Schicksal, über Krieg und Tod im Leben des Einzelnen und im Leben der Völker die starke Hand Gottes wissen, in deren Schutz wir auch getrost den nächsten Tagen und Nächten entgegensehen. ...<<

In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen begannen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hetzten schon seit Wochen gegen die Deutschen (x025/44): >>... daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<

Bei den polnischen Gewalttaten bzw. Massenverbrechen gegen die volksdeutschen Zivilisten handelte es sich mehrheitlich um keine spontanen Handlungen, denn man hatte sie nachweislich sorgfältig geplant und vorbereitet. Einige Monate vor dem Kriegsbeginn ließen polnische Behörden z.B. 2 große Konzentrationslager errichten und erfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in speziellen Fahndungslisten (x025/46).

Der deutsche Angriff war schließlich das Startzeichen für großangelegte Verfolgungen. Während des deutsch-polnischen Krieges herrschten naturgemäß chaotische Zustände, so daß die Massenverbrechen der polnischen Miliz, Polizei und nationalen Jugendeinheiten zunächst im allgemeinen Chaos untergingen.

Der britische Premierminister Chamberlain erklärte am 1. September 1939 vor dem Unterhaus (x300/152): >>... Was uns betrifft, so müssen wir nun die Zähne zusammenbeißen und in den Kampf ziehen, den abzuwenden wir ernst und aufrichtig bemüht waren. Wir müssen den Kampf bis zu Ende durchhalten. Wir gehen reinen Gewissens in den Kampf, Schulter an Schulter mit den britischen Dominien und den übrigen Teilen des britischen Imperiums, moralisch unterstützt vom größeren Teil der Erdkugel.

Wir haben keinen Konflikt und keinen Kampf mit dem deutschen Volk, sondern mit seinen Machthabern. Solange diese Regierung am Ruder ist und sich der Methoden bedient, die sie unaufhörlich in den letzten Jahren angewendet hat, gibt es keinen Frieden in Europa. Wir sind fest entschlossen, dazu beizutragen, daß diesen Methoden ein Ende gemacht werde.

Wenn wir durch unseren Kampf das internationale Vertrauen und den Glauben an das Recht wiederherstellen können, wenn wir dadurch erreichen können, daß man der Gewaltanwendung entsagt, dann werden auch die größten Opfer, die wir vielleicht bringen müssen, nicht umsonst gebracht sein.<<

Botschafter Henderson überreichte am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<

Als Hitler diese Nachricht erhielt, reagierte er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).

Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtete am 3. September 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatus (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm

dann langsam (das soeben übergebene) Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt hatte, herrschte völlige Stille. ...

Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. (Dann) wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.

"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...

Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"

Goebbels stand (im Vorraum und wirkte) ... niedergeschlagen. ...<<

Um 11.30 Uhr lehnte Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab. Nach Ablauf des Ultimatums überreichte Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien gaben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärte (x033/11).

Um 14.30 Uhr informierte Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.

Im Verlauf dieser Rundfunkansprache erklärte Hitler (x311/458-460): >>Aufruf an das Deutsche Volk

Seit Jahrhunderten hat England das Ziel verfolgt, die europäischen Völker der britischen Weltoberungspolitik gegenüber dadurch wehrlos zu machen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte proklamiert wurde, nachdem England das Recht in Anspruch nahm, den ihm jeweils am gefährlichsten erscheinenden europäischen Staat unter fadenscheinigen Vorwänden anzugreifen und zu vernichten.

So hat es einst die spanische Weltmacht bekämpft, später die holländische, dann die französische und seit dem Jahre 1871 die deutsche. Wir selber sind Zeuge gewesen des von England getriebenen Einkreisungskampfes gegen das Deutschland der Vorkriegszeit.

Sowie sich das Deutsche Reich unter seiner nationalsozialistischen Führung von den furchtbaren Folgen des Versailler Diktats zu erholen begann und die Krise zu überstehen drohte, setzte die britische Einkreisung sofort wieder ein.

Die uns seit dem Weltkrieg bekannten britischen Kriegshetzer wollen nicht, daß das deutsche Volk lebt. Sie haben vor dem Weltkrieg gelogen, daß ihr Kampf nur dem Hause Hohenzollern oder dem deutschen Militarismus gelte, daß sie keine Absichten auf deutsche Kolonien hätten, daß sie nicht daran dächten, uns die Handelsflotte zu nehmen, und sie haben dann das deutsche Volk unter das Versailler Diktat gezwungen. Die getreue Erfüllung dieses Diktats hätte früher oder später 20 Millionen Deutsche ausgerottet.

Ich habe es unternommen, den Widerstand der deutschen Nation dagegen zu mobilisieren und in einer einmaligen friedlichen Arbeit dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot zu sichern. In eben dem Ausmaß, in dem die friedliche Revision des Versailler Gewaltdiktats zu gelingen schien und das deutsche Volk wieder zu leben begann, setzte die neue englische Einkreisungspolitik ein. Die gleichen Kriegshetzer wie vor 1914 traten auf.

Ich habe England und dem englischen Volk zahlreiche Male die Verständigung und die Freundschaft des deutschen Volkes angeboten. Meine ganze Politik war auf dem Gedanken dieser Verständigung aufgebaut. Ich bin stets zurückgestoßen worden und unter heuchlerischen Erklärungen wurden immer neue Vorwände gesucht, um den deutschen Lebensraum einzuengen und uns da, wo wir niemals britische Interessen bedrohten, das eigene Leben zu erschweren oder zu unterbinden.

England hat Polen zu jener Haltung veranlaßt, die eine friedliche Verständigung unmöglich machte. Es hat durch seine Garantieerklärung der polnischen Regierung die Aussichten eröffnet, ohne jede Gefahr Deutschland zu provozieren, ja angreifen zu dürfen.

Die britische Regierung hat sich aber in einem getäuscht, das Deutschland des Jahres 1939 ist nicht mehr das Deutschland von 1914! Und der Kanzler des heutigen Reiches heißt nicht

mehr Bethmann-Hollweg.

Ich habe schon in meiner Rede zu Saarbrücken und in Wilhelmshaven erklärt, daß wir uns gegen die britische Einkreisungspolitik zur Wehr setzen werden. Ich habe vor allem keinen Zweifel darüber gelassen, daß trotz aller Geduld und Langmut die polnischen Angriffe gegen Deutsche sowohl als gegen die Freie Stadt Danzig ein Ende finden müssen.

Gestärkt durch die britische Garantieerklärung und durch die Versicherungen britischer Kriegshetzer hat Polen geglaubt, diese Warnung in den Wind schlagen zu dürfen. Seit zwei Tagen kämpft nun die deutsche Wehrmacht im Osten, um die Sicherheit des Reichsgebietes wieder herzustellen. Der polnische Widerstand wird von unseren Soldaten gebrochen.

England aber kann glauben: Heute sind im Deutschen Reich 90 Millionen Menschen vereint. Sie sind entschlossen, sich von England nicht abwürgen zu lassen. Sie haben nicht hierzu wie England 40 Millionen Quadratkilometer auf dieser Erde durch Krieg erobert. Aber sie haben den Willen, auf dem Boden, der ihnen gehört, zu leben, und sich dieses Leben von England auch nicht nehmen zu lassen.

Wir wissen, daß nicht das britische Volk im ganzen für all dies verantwortlich gemacht werden kann. Es ist jene jüdisch-plutokratische und demokratische Herrschicht, die in allen Völkern der Welt nur gehorsame Sklaven sehen will, die unser neues Reich haßt, weil sie in ihm Vorkämpfer einer sozialen Arbeit erblickt, von der sie fürchtet, daß sie ansteckend auch in ihrem eigenen Lande wirken könnte.

Den Kampf gegen diesen neuen Versuch, Deutschland zu vernichten, nehmen wir nunmehr auf. Wir werden ihn mit nationalsozialistischer Entschlossenheit führen. Die britischen Geld- und Machtpolitiker aber werden erfahren, was es heißt, ohne jeden Anlaß das nationalsozialistische Deutschland in den Krieg ziehen zu wollen.

Ich war mir seit Monaten bewußt, daß das Ziel dieser Kriegshetzer ein schon seit langem gefaßtes war. Die Absicht, bei irgendeiner günstigen Gelegenheit, Deutschland zu überfallen, stand fest. Mein Entschluß aber, diesen Kampf zu führen und zurückzuschlagen, steht noch fester. Deutschland wird nicht mehr kapitulieren! Ein Frieden unter einem zweiten noch schlimmeren Diktat hat keinen Sinn.

Sklavenvolk sind wir nicht gewesen und wollen wir auch in Zukunft nicht sein! Was viele Deutsche in der Vergangenheit für den Bestand unseres Volkes und unseres Reiches an Opfern bringen mußten, sie sollen nicht größer gewesen sein, als jene, die wir bereit sind, heute auf uns zu nehmen. Dieser Entschluß ist ein unerbittlicher.

Er bedingt daher einschneidendste Maßnahmen. Er zwingt uns vor allem eines jetzt auf:

Wenn der Soldat an der Front kämpft, soll niemand am Kriege verdienen. Wenn der Soldat an der Front fällt, soll sich niemand zu Hause seiner Pflicht entziehen. - Wer sich diesen Geboten widersetzt, hat nicht damit zu rechnen, daß die Volksgemeinschaft auf ihn Rücksicht nimmt.

Im übrigen wissen wir:

Solange das deutsche Volk in seiner Geschichte einig war, ist es noch nie besiegt worden. Nur die Uneinigkeit des Jahres 1918 führte zum Zusammenbruch. Wer sich daher jetzt an dieser Einigkeit versündigt, hat nichts anderes zu erwarten, als daß er als Feind der Nation vernichtet wird. Wenn unser Volk in solchem Sinne seine höchste Pflicht erfüllt, wird uns auch jener Herrgott beistehen, der seine Gnade noch immer dem gegeben hat, der entschlossen war, sich selbst zu helfen.

Die für die Verteidigung und Sicherung des Reiches notwendigen Gesetze werden erlassen, die für ihre Durchführung und Einhaltung vorgesehenen Männer bestimmt. Ich selbst beuge mich heute an die Front. ...<<

Hitlers Ansprache an die NSDAP vom 3. September 1939 endete mit den Worten (x033/11):

>>... Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen!<<

Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei formulierte am 3. September 1939 "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" (x033/11): >>... Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken.<<

Großadmiral Erich Raeder (1876-1960, seit 1935 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) vermerkte am 3. September 1939 in seinem Tagebuch (x033/11): >>... Am heutigen Tage ist der Krieg gegen England-Frankreich ausgebrochen, mit dem wir nach den bisherigen Äußerungen des Führers nicht vor etwa 1944 zu rechnen brauchten ... Was die Kriegsmarine anbetrifft, so ist sie selbstverständlich im Herbst 1939 noch keineswegs für den großen Kampf mit England hinreichend gerüstet. Sie hat zwar ... eine gutausgebildete, zweckmäßig aufgebaute U-Bootwaffe geschaffen, von der zur Zeit ca. 26 Boote atlantikfähig sind, die aber trotzdem noch viel zu schwach ist, um ihrerseits kriegsentscheidend zu wirken.<<

Am 3. September 1939 eröffnete man hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagen.

Der Bromberger Blutsonntag

Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".

Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.

Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massensterbe der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.

Katholische Geistliche der Erzdiozese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnische Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten unglaubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln der katholischen Kirche standen.

Die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) berichtete im September 1939 über die polnischen Gewaltakte (x029/228-232,236-237): >>... Bei den Haussuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet.

Die Männer der Familien, und zwar ohne Rücksicht auf ihr Alter, von 13jährigen oder gar 10jährigen Jungen bis zum 70- oder 80jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht. Nur in wenigen Fällen begnügte man sich mit dem einfachen Abschießen.

Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden ...

Ich sah selbst angekohlte, z.T. verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher. In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mußten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden. ...

... Über das Schicksal ihrer Familie sagt Vera G. ... eidlich aus:

Sonntag (3. September 1939) gegen 2 Uhr näherten sich unserem Hause Thorner Straße 125, vier km von der Stadt (Bromberg) entfernt, polnische Soldaten und polnische Zivilbevölkerung. Die polnischen Zivilisten sagen: "Hier wohnen Deutsche." Daraufhin begannen die Soldaten sofort zu schießen. Wir flüchteten in einen Schuppen. ...

Zuerst wurde mein Vater aus dem Schuppen herausgeholt. Er wurde von den Polen gefragt, wo er das Maschinengewehr hätte. Mein Vater verstand jedoch die Frage nicht, da er nicht polnisch konnte. Ich ging daraufhin auch aus dem Schuppen heraus. Ich wollte meinem Vater beistehen, da ich polnisch kann. Ich habe die Polen gefragt, was wir ihnen angetan hätten und für meinen Vater gebeten.

Die Polen riefen jedoch: "Herunter mit den deutschen Schweinen". Mein Vater erhielt mehrere Kolbenschläge ins Gesicht und an den Körper, sodann wurde er mit dem Seitengewehr gestochen. Daraufhin fiel mein Vater zu Boden und erhielt im Liegen noch 6 Schüsse. Die Horde zog sodann ab, nachdem sie der Zivilbevölkerung gesagt hatte, sie können das Haus plündern, sonst würden sie es in Brand stecken. ...

Nach einiger Zeit kam eine andere Horde polnischer Soldaten und Zivilisten. ... Die Polen rissen mir daraufhin die Kleidung vom Leibe, legten mich nackt auf die Erde. Etwa 10 Mann hielten mich fest, und zwar am Kopf, Händen und Füßen. Einer der Polen verging sich an mir.

....

Zur amtlichen Organisation der Niedermetzlung der deutschen Bevölkerung gehörte ... als Tarnung der von fast allen Bromberger Zeugen erwähnte Vorwurf der polnischen Soldaten bzw. der polnischen Zivilbevölkerung gegen ihre Opfer, daß aus den von Volksdeutschen bewohnten Häusern Schüsse gefallen oder daß Waffen und Munition in den Häusern seien ... Unter diesen Vorwänden verschafften sich die polnischen Soldaten und ihre Helfer Eingang in die Wohnungen der Volksdeutschen, um ihre Opfer besser abtun zu können.

Ausnahmslos in allen Zeugenaussagen, die diesen Vorwand der polnischen Soldaten erwähnen, ist eidlich erhärtet worden, daß er völlig unbegründet war und nur als planmäßiger, plumper Vorwand erhoben worden ist, um das grausame Einschreiten gegen die deutsche Zivilbevölkerung mit einem Schein des Rechts zu umkleiden ...<<

>>... Am Dienstag, dem 5.9.1939, kamen polnische Truppen auf dem Rückzuge von Westen her durch unser Dorf Neutecklenburg. Die letzte Abteilung dieser Truppen – es handelte sich um Infanterie, ... – holten mich mit 14 anderen Volksdeutschen aus den Häusern und führten uns weg. Die Soldaten hatten Drillichzeug an, eine Mütze auf und Karabiner umgehängt.

Die Festgenommenen bestanden aus 9 Frauen und 6 Männern. Unter diesen befanden sich meine Frau Hertha S., meine Schwiegermutter Wilhelmine G., mein Schwager Paul G. und meine Schwägerin Else G. Unterwegs wurden wir, wenn wir nicht schnell genug gingen, mit dem Gewehrkolben bedroht. Die polnischen Soldaten riefen uns auch zu: "Euer Hitler wird Euch schon vergeben!" Etwa 2 km vom Dorf entfernt wurden wir vor einen Wassergraben gestellt, und zwar mit dem Gesicht zum Graben.

Nachdem uns Uhren und Geld abgenommen worden waren, wurde von rückwärts aus etwa

20-30 m Entfernung auf uns geschossen. Ich stand am weitesten links und bekam den Schuß daher als letzter. Die Kugel traf mich in die rechte Brustseite. Ich blieb bei Bewußtsein, warf mich aber hin und fiel in den Graben. Es wurden dann alle, die nicht gleich im Wasser lagen, in den Graben geworfen. Die meisten schrien dabei fürchterlich. Es wurde dann nochmals auf sie geschossen.

Mein Schwager wurde auf mich geworfen, jedoch gelang es mir, meinen Kopf über Wasser zu halten. Die Polen zogen dann ab. Nach einer halben Stunde etwa, wagte ich es, aus dem Graben zu kriechen. Es war alles still und niemand gab mehr ein Lebenszeichen, nur jaulten noch 2 Hunde, die mit erschossen worden waren.<<

Frau E. Z. aus Hopfengarten, Kreis Bromberg, berichtete später über den "Bromberger Blutsonntag" (x025/45): >>Um sieben Uhr abends bellten die Hunde.

Vier Polen, drei waren bewaffnet, kamen auf unseren Hof. Sie lärmten laut und schwenkten ihre Karabiner. Als mein Mann in der Tür erschien, um sie zu fragen, was sie wollten, brüllten sie "Hitlerschwein"! Sie schlugen ihn nieder. Dann forderten sie ihn auf, die Waffen herauszugeben. Waffen hatten wir aber nie besessen. Dann stießen sie meinen Mann zur Seite und traten in unsere Wohnung. Sie kamen in die Küche und rissen die Schubladen heraus ... und durchwühlten alles. Sie warfen die Sachen auf den Fußboden.

Dann rannten sie ins Wohnzimmer und in das Schlafzimmer. Auch hier rissen sie alle Schränke und Schubladen auf, brachen alles auf und warfen die Gegenstände auf den Fußboden. Die Sachen, die ihnen gefielen, steckten sie in ihre Taschen. Die Betten wurden aufgeschlitzt und aufgerissen. Dann schütteten sie die Federn aus. ...

Nachdem die Polen nichts Belastendes gefunden hatten, schlugen sie wieder auf meinen Mann ein und traten ihn mit Füßen und johlten laut "Hitlerschwein!" Dann wollten sie von ihm Geld und seine Taschenuhr. ... Zuerst weigerte er sich, das Geld und die Uhr herauszugeben. Aber sie schlugen erneut auf ihn ein. Er blutete aus der Nase und dem Mund, hatte Platzwunden am Kopf. ...

Ich sah vom Blumengarten aus die Quälerei mit an. Ich durfte mich aber nicht bemerkbar machen, da mich die Polen wahrscheinlich genauso behandelt und noch vergewaltigt hätten. Das hatten sie mehrfach mit den Töchtern unserer Nachbarn gemacht, die auch Deutsche waren. Mein Mann viel mehrmals hin, wurde aber mit Fußtritten und Kolbenschlägen wieder hochgetrieben. Unter großem Gejohle und Beschimpfungen wie "Hitlerowiec, Schwab, deutsches Schwein" trieben sie meinen Mann vom Grundstück. ... Die Polen schlugen weiter auf ihn ein, traten ihn und stachen mit den Bajonetten zu. Sie rissen ihn wieder hoch und trieben ihn vor sich her.

Ich war durch diesen Überfall und die Mißhandlungen meines Mannes so verängstigt, daß ich ohne Verpflegung und ohne Gepäck über die angrenzenden Wiesen in eine Lehmgrube floh. Dort fand ich Nachbarn. Sie berichteten von Mißhandlungen. Inzwischen war es dunkel geworden. Die ganze Nacht hörten wir von weitem das Lärmen der Soldaten, das Weinen der Kinder, das Jammern der Frauen und der Mädchen. Zwischendurch fielen Schüsse. An mehreren Stellen des Ortes brannten die Häuser der deutschen Bauern. ...

(Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen) fand ich meinen Mann tot, erschossen, erschlagen. Ich identifizierte ihn anhand seiner Kleidung. Er war fast bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen ...<<

Ein anderer Augenzeuge berichtete später über den "Bromberger Blutsonntag" (x138/214-215): >>... Am Sonntag, dem 3. September 1939, früh gegen 6 Uhr, begab ich mich zur Mühle, um das Licht auszuschalten und die Turbine abzustellen.

Auf dem Wege dorthin hörte ich vom Bahndamm her plötzlich lautes Schreien. In einer Entfernung von etwa 100 Metern sah ich, wie unterhalb des Bahndamms eine Gruppe von Eisenbahnern und Zivilpersonen und Militär mit Bajonetten, Gewehrkolben und Knüppeln auf sie-

ben Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren einschlugen. Sie hatten die Opfer umringt.

Ich bin etwas näher hingelaufen und hörte, wie sie auf polnisch riefen: "Totschlagen, die Deutschen!" Ich sah schon von weitem, wie das Blut spritzte. Ich drehte mich dann aber um, als ich sah, daß sich die Horde auch auf mich stürzen wollte.

Um 9 Uhr bin ich dann noch einmal hingegangen und sah mir die Leichen an. Bei zwei Leichen waren ... die Augenhöhlen leer, es war nur noch eine blutige Masse vorhanden. ... Die anderen Leichen waren auch total zerschlagen.

Nachmittags um 3 oder 4 Uhr kam eine Gruppe Soldaten mit Eisenbahnnern und brachten 18 Deutsche zu meiner Mühle. ... Sie wurden je zu zweit zusammengebunden. Ich konnte das vom Garten aus ganz genau beobachten. Sie wurden dann zu zweien alle 18 heruntergeschossen. Dann haben sie noch auf die am Boden Liegenden eingeschlagen.

Darunter waren auch ein 14jähriger Junge und eine Frau. Es mußte diesmal offenbar sehr schnell gehen, denn sie verzogen sich alle gleich wieder. Ich habe mir die Leichen nachher genau angesehen, sie lagen noch drei Tage dort.

Am Montagnachmittag, als es schon hieß, das polnische Militär sei abgerückt, brachten 2 Soldaten einen älteren Mann und eine ältere Frau. Sie stellten sie vor meinen Augen in der Mühle an die Wand. Ich lief noch hin, kniete noch vor den Soldaten nieder und bat sie auf polnisch, sie möchten die beiden Alten doch laufen lassen. Sie waren beide etwa 65 Jahre alt. Ich bekam einen Kolbenstoß von dem einen Soldaten. Dabei sagte er zu mir: "Sollen doch die verfluchten Niemcys (Deutschen) krepieren!"<<

In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtete das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierenden Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...

Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung.

...

Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen (über 10, bis 1.000 Mann) feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...

Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus Mittelpolen (aus Lodz allein mehr als 600) und Galizien.<<

Prof. Dr. Hermann Pfister schrieb später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der politisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugedacht gewesen war. ...

Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutig-

sten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<

Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schrieb später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<

>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde.

Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklicherweise war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel. Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ...

Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt. So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...

Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.

Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht, weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 1.08.2009) über den "Bromberger Blutsonntag" (x887/...): >>**Die vergessenen Opfer**

Bei polnischen Massakern im Jahre 1939 starben über 5.800 Deutsche - Bis heute fehlt eine angemessene Publikation

Wenn zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des deutsch-polnischen Krieges in Zeitungen und Zeitschriften, bei Guido Knopp im ZDF und in Schriften der politischen Bildung Beiträge erscheinen, dann wird man alles finden über deutsche Ränke und Versäumnisse, Blut- und Raubtaten, Kriegslust und Vernichtungsgier, aber man wird voraussichtlich mit keinem Wort der Verfolgung der Volksdeutschen in Polen gedenken. Obwohl die an ihnen begangenen Grausamkeiten gut dokumentiert sind, fehlt bis heute eine zusammenfassende Publikation.

Dabei erschütterten die Vorkommnisse seinerzeit die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Man

erfuhr von ihnen im Herbst 1939 durch heimkehrende Soldaten, von denen viele Augenzeugen gewesen waren, wie man überall in Polen die ermordeten Volksdeutschen aus Wäldern und Straßengräben geborgen hatte.

Sie hatten die Berichte der Angehörigen anhören müssen, die den Massakern entkommen konnten und nun ihre verschleppten Väter und Brüder suchten.

Heute ist davon in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr die Rede. In keinem Schulbuch steht etwas von der Verfolgung der Deutschen in Polen, keine "History-Sendung" unterrichtet darüber, in keiner offiziellen Feierstunde wird ihrer gedacht.

Dabei war die Verfolgung von Angehörigen anderer Volksgruppen etwa in Jugoslawien noch vor wenigen Jahren Grund genug, um Nato und Uno militärisch eingreifen zu lassen. Geht es aber um die blutigen Ereignisse im Polen des Jahres 1939, dann werden sie als unbedeutend beiseite geschoben oder man übernimmt sogar die polnischen Schutzbehauptungen, die toten deutschen Männer, Frauen und Kinder seien Opfer deutscher Luftangriffe gewesen oder als Partisanen von der polnischen Armee zu Recht erschossen worden. Und die deutsche staatliche Seite schweigt, um das deutsch-polnische Verhältnis nicht zu belasten.

Das nach dem Ersten Weltkrieg wieder gegründete Polen war von Anfang an ein Vielvölkerstaat. Die erste amtliche Volkszählung 1921 ergab etwa 69 Prozent Polen. Etwa 19 Prozent waren Ukrainer, fast acht Prozent Juden (die in Polen als Volksgruppe galten), und etwa 3,3 bis 3,9 Prozent - hier stritten sich deutsche Volksgruppe und polnische Regierung - waren Deutsche, das waren etwa 1,06 bis 1,4 Millionen Menschen. Ende 1918 hatten sogar ausweislich der letzten Vorkriegs-Volkszählung noch 2,4 Millionen Deutsche in den Gebieten gelebt, die 1919 zu Polen kommen sollten.

Dieser verhältnismäßig große Prozentsatz war kein Wunder, gehörten doch weite Teile früher zu Deutschland wie etwa Posen, Westpreußen und das östliche Oberschlesien. Es gelang der polnischen Mehrheit, im Laufe der Jahre mindestens etwa 800.000 Deutsche aus Polen hinauszudrängen ("entdeutschen" nannten die polnischen Wortführer die dabei angewendeten Methoden). Aber auch über eine halbe Million Juden wichen vor polnischen Diskriminierungen aus und emigrierten.

Obwohl sich Polen gegenüber der Versailler Friedenskonferenz verpflichtet hatte, seine nationalen Minderheiten zu schützen und ihnen kulturelle Autonomie zu gewähren, verfolgten die polnischen Regierungen eine Minderheitenpolitik nach der Devise, Polen müsse "so rein werden wie ein Glas Wasser" ("Polska musi być czysta jak szklanka wody!"). So wurden Minderheitenschulen geschlossen, Geschäftsleute boykottiert, Kirchengemeinden, sofern sie nicht römisch-katholisch waren (die der deutschen Volksgruppe waren ganz überwiegend evangelisch), schikaniert.

Als dann die politische Lage zwischen Deutschland und Polen immer angespannter wurde, wuchs der polnische Druck auf die deutsche Volksgruppe immer mehr. Im Sommer 1939 flohen die Deutschen in Massen aus ihrer Heimat nach Deutschland oder in die Freie Stadt Danzig; dort befanden sich Ende August Flüchtlingslager mit etwa 77.000 Volksdeutschen aus Polen.

Auch schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten gab es Opfer unter den deutschen Zivilisten. Die Zahl ist nicht mehr festzustellen. In der Literatur findet man sowohl die Feststellung, daß elf Deutsche getötet worden seien, als auch die Zahl 60.

Als am 1. September 1939 das Deutsche Reich die Feindseligkeiten eröffnete, brach eine Welle der Verfolgung gegen die bereits vorher registrierten Volksdeutschen und ihre Einrichtungen los. Allgemein bekannt ist der "Bromberger Blutsonntag" drei Tage nach Kriegsbeginn, doch wurden überall, vor allem in den westlichen polnischen Provinzen, die Deutschen zusammengetrieben und in langen Marschkolonnen - insgesamt waren es 41 - mit jeweils Hunderten von Frauen, Männern und auch Kindern - nach Osten getrieben, von Soldaten oder von

bewaffneten Mitgliedern polnischer Milizen.

Wer nicht weiterkonnte, wurde erschossen. Auch fiel immer wieder der Pöbel über die wehrlosen deutschen Zivilisten her, prügelte auf sie ein und schlug manche tot. Zeitzeugen berichteten, daß sich vor allem Soldaten der vor der Wehrmacht zurückflutenden polnischen Truppenteile durch Grausamkeiten hervortaten, Soldaten, die die Volksdeutschen dafür verantwortlich machten, daß entgegen der polnischen Siegesgewißheit - man hatte ihnen vorgegaukelt, sie würden schon in wenigen Tagen siegreich in Berlin einmarschieren - nun überall die polnischen Einheiten geschlagen wurden.

Die deutsche politische Führung behauptete nach dem Sieg über Polen, es seien 58.000 Volksdeutsche von Polen ermordet worden. Diese Zahl war weit übertrieben und sollte wohl dazu dienen, das überaus harte deutsche Vorgehen in Polen zu begründen.

Bezeichnenderweise gab es keine amtliche Erhebung der Opferzahlen. Das überließ man der von Volksdeutschen nach Einstellung der Kampfhandlungen gegründeten "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten" in Posen. Ihr Leiter und ihre treibende Kraft wurde der volksdeutsche Historiker Dr. Kurt Lück. Er sah es als seine Hauptaufgabe an, die Schicksale der vielen immer noch vermißten Volksdeutschen zu klären. Im Laufe der ersten Nachkriegsmonate stellte sich heraus, daß die meisten von ihnen umgebracht worden waren.

Die Gräberzentrale wurde, bezeichnenderweise bevor sie ihre Arbeit abgeschlossen hatte, im Mai 1942 geschlossen. Bis dahin konnte man 3.453 getötete Volksdeutsche und 2.339 Vermißte feststellen, von denen keiner wieder aufgetaucht war. Ihre Personalien und die Umstände ihrer Ermordung - soweit feststellbar - waren in einer umfangreichen Kartei festgehalten. Dr. Lück wurde eingezogen und fiel bald darauf an der Front.

Die Unterlagen fielen bei Kriegsende in polnische Hand. Der Historiker Altman vom polnischen West-Institut sorgte dafür, daß eine Kopie der Kartei 1959 dem Bundesarchiv überlassen wurde. Die gesamten Originalunterlagen, auch jene über die damals noch nicht aufgeklärten Fälle, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen (Archivum Panstwowe w Poznaniu) und können eingesehen werden. Nach Auskunft einer Gewährsperson hat bis heute aber kein deutscher Historiker danach gefragt. ...

Bis heute gibt es keine Abschlußzahlen der Verluste der deutschen Volksgruppe in Polen. Die seinerzeit von der "Gräberkartei" festgestellte Zahl von 5.792 Toten und Vermißten dürfte die untere Grenze darstellen; zusammen mit den erwähnten Fällen in den ersten acht Monaten des Jahres 1939 kommt man auf etwas über 5.800 getötete deutsche Zivilisten in Polen im Jahre 1939.

Auf alle Fälle widerlegt die Tatsache, daß Tausende von Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen am Beginn des Krieges umgebracht wurden, die Behauptung maßgebender polnischer Persönlichkeiten wie etwa des zweimaligen Außenministers Wladyslaw Bartoszewski, die Polen seien nie Täter, sondern immer nur Opfer gewesen. ...

Akten liegen seit 1959 unveröffentlicht im Bundesarchiv

Die Unterlagen der "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten", die ihre Arbeit nicht abschließen konnte und daher nur vorläufige Verlustzahlen feststellte, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen. Die von der "Zentrale" erarbeitete Kartei wurde 1959 in einer Kopie dem Bundesarchiv überlassen.

Auf Initiative der Landsmannschaft Westpreußen und ihrer Zeitung "Der Westpreuße" wurden in den 50er Jahren Erlebnisberichte von Zeitzeugen gesammelt, die sich heute im Bundesarchiv befinden. Eine abschließende Untersuchung wurde zwar immer wieder angekündigt, fehlt aber bis heute.

August Müller, der ehemalige Oberschulrat des Regierungsbezirks Bromberg, wurde mit der weiteren Auswertung der in Deutschland vorhandenen Unterlagen betraut. Er konnte noch

viele weitere Zeitzeugen befragen, bis er 1989 verstarb. Müllers immer noch nicht aufgearbeiteter Nachlaß befindet sich zur Zeit in der Dokumentensammlung des Herder-Institutes an der Universität Gießen. Nach Auskunft des Vorsitzenden der "Historischen Kommission für das Deutschtum in Polen" (so der derzeitige Name), Dr. Markus Krzoska, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Gießen, stehen die Akten der Öffentlichkeit grundsätzlich zur Verfügung, doch behalte er sich vor, wie er auf Anfrage mitteilte, die Bestände für bestimmte Personen zu sperren.

Auf die Frage nach den Gründen und Kriterien antwortete er, diese Unterlagen dürften nicht "für rechtsradikale Zwecke mißbraucht" werden. Die Frage, wie "rechtsradikale Zwecke" definiert würden und welche Richtlinien einer eventuellen Sperrung zugrunde liegen, beantwortete er ausweichend.<<

Der britische Premierminister Chamberlain gab am 3. September 1939 vor dem Unterhaus den Kriegszustand bekannt (x243/68): >>... Für uns ist dies ein Trauertag und für niemanden mehr als für mich.

Alles, wofür ich gearbeitet habe, alles, was ich hoffte, alles, woran ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe, ist zertrümmert und zerbrochen. ...<<

Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) erklärte am 3. September 1939 vor dem Unterhaus (x311/462): >>... Wir kämpfen weder für Danzig noch für Polen, wir kämpfen, um die ganze Welt von der Geißel der Nazityrannen zu befreien und alles zu verteidigen, was den Menschen am heiligsten ist. Dieser Krieg hat weder eine Herrschaft, noch eine Vermehrung der imperialistischen Macht oder einen materiellen Gewinn als Ziel. Er ist genau so wenig geführt, um jemandem seine Entwicklungsmöglichkeiten oder seinen Platz an der Sonne zu rauben.

Man betrachte die wirklichen Gründe! Man wird dann sehen, daß es sein Ziel ist, unantastbare Grundlagen für die Rechte des Individuums zu schaffen sowie die Wiedergeburt und das Überleben der menschlichen Persönlichkeit zu sichern. ... Wir müssen diese Prüfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften aufgreifen und mit dem Willen, es siegreich zu schaffen. ...

Vorwärts, Ihr Soldaten Christi ...<<

Der britischen Premierminister Winston Churchill erklärte am 3. September 1939 zur britischen Kriegserklärung (x353/63): >>... Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.<<

Die Sonntagszeitung "Sunday Correspondent" berichtete später (am 17. September 1989) über die britischen Kriegsziele (x352/57): >>Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler ... oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.<<

Frankreich und England kamen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wurde.

An den westdeutschen Grenzen standen zwar über 100 gutausgerüstete französische und britische Divisionen, aber die zahlenmäßig überlegenen Westalliierten wagten damals keinen Entlastungsangriff gegen die 23 deutschen Divisionen, um ihre polnischen Verbündeten zu unterstützen (x076/243).

Die Franzosen führten lediglich Spähtruppunternehmen vor dem Westwall durch, während England einige Flugblattaktionen organisierte (Beginn des "Komischen Krieges"). Diese mangelnde französisch-britische Kampfbereitschaft rettete nicht nur die schwachen deutschen Truppen an der Westfront, sondern dieser strategische Fehler führte schließlich auch 1940 zur katastrophalen Niederlage der Franzosen und Briten.

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schrieb später über den "Westwall" (x051/-638): >>Westwall, Befestigungslinie entlang der deutschen Westgrenze von der Schweizer Grenze über Oberrhein, Pfälzer Wald, Saargebiet bis in den Raum nördlich von Aachen.

Auf rund 630 km Länge entstanden hier zwischen Mai 38 und September 39 rund 14.000 Bunker, Kampfanlagen und Unterstände sowie die charakteristischen Höckerlinien zur Panzerabwehr. Der Kostenaufwand betrug rund 3,5 Milliarden RM. Verbaut wurden acht Millionen t Zement (= 20 % der deutschen Jahresproduktion), 1,2 Millionen t Eisen (= 5 % der Jahresproduktion), 20,5 Millionen t Zuschlagstoffe und 0,95 Millionen Festmeter Holz (= 8 % des Jahresholzeinschlags). Täglich erreichten rund 8.000 Eisenbahnwaggons mit Baustoffen die Baustellen (insgesamt 1,01 Millionen Waggons). Per Schiff und Lkw wurden 4,5 Millionen t Material herangeschafft. Neben dem Reichsarbeitsdienst und Transportorganisationen waren rund 100.000 Arbeitskräfte der Festungspionierstäbe des Heeres und 350.000 der Organisation Todt eingesetzt.

Der mit großem Propagandaaufwand als unbezwingbar bezeichnete Westwall wirkte 1939/40 abschreckend auf die Westmächte. Als er 1944/45 seine Bewährungsprobe beim Vormarsch der Alliierten bestehen sollte, erwiesen sich die Anlagen teilweise als unbrauchbar. Viele Bunker waren für moderne Waffen zu klein, aus anderen waren im Lauf des Krieges Waffen und Ausrüstung entnommen worden, so daß sich die Truppe oft lieber neben den Befestigungsanlagen in Feldstellungen zu behaupten suchte.<<

Belgien, Norwegen, Finnland, Spanien, Japan, Argentinien und Brasilien erklärten am 4. September 1939 ihre Neutralität.

Karl Dönitz (1891-1980, seit 1936 Befehlshaber der U-Boote) erklärte am 4. September 1939 vor Marineoffizieren in Wilhelmshaven (x033/12): >>... Nehmen Sie diesen Krieg sehr ernst! Seien Sie sich darüber klar, er wird sehr lange dauern, vielleicht sieben Jahre dauern, und wir werden froh sein, wenn er dann mit einem Vergleich endet.<<

Das Oberkommando der Wehrmacht bildete am 4. September 1939 eine "Wehrmachtuntersuchungsstelle", um die von den Gegnern begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht festzustellen.

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schrieb später über die "Wehrmachtuntersuchungsstelle" (x051/623-624): >>Wehrmachtuntersuchungsstelle (WUSt.), am 4.9.39 in der Rechtsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht gebildete Behörde mit der Aufgabe, "die von den gegnerischen Militär- und Zivilpersonen gegen deutsche Wehrmachtsangehörige begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht festzustellen und zugleich die vom Auslande gegen die deutsche Wehrmacht in dieser Hinsicht erhobenen Anschuldigungen aufzuklären".

Leiter der Wehrmachtuntersuchungsstelle war der Berliner Rechtsanwalt Johannes Goldsche, der bereits im Ersten Weltkrieg stellvertretender Leiter (der) Militäruntersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts im preußischen Kriegsministerium war.

Die Wehrmachtuntersuchungsstelle wurde im August 43 von Berlin nach Torgau an der Elbe verlegt und von dort Ende Februar 45 nach Langensalza in Thüringen. Hier wurde ein Teil der Akten bei Herannahen der Amerikaner verbrannt, der Rest am 9.4.45 erbeutet. Von den ursprünglich rund 8.000 Ermittlungsfällen sind 4.000 in 226 Aktenbänden erhalten. Sie wurden 1968 von den USA an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben und befinden sich heute im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg im Breisgau.<<

Am 4. September 1939 erließ das NS-Regime folgende Reichskriegswirtschaftsverordnung (x033/12): >>... Die Finanzierung der Reichsverteidigung erfordert die Einführung einer Reihe von Steuererhöhungen.

a) Das Reich erhebt einen Zuschlag zur Einkommenssteuer in Höhe von 50 %. Einkommenssteuerpflichtige, deren Einkommen 2.400 RM im Jahr nicht übersteigt, sind von dem Zuschlag befreit.

b) Kriegszuschläge für eine Reihe von Genußmitteln (Bier, Tabakwaren, Branntweinerzeugnisse, Schaumweine).

c) Schließlich ist ein außerordentlicher Beitrag der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts an das Reich vorgesehen.<<

In einer Verordnung über die Durchführung der Reichsarbeitsdienstpflicht wurde am 4. September 1939 die Arbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend erweitert.

Die Juden mußten seit dem 5. September 1939 alle Rundfunkgeräte abliefern und ab 20 Uhr zu Hause bleiben.

Die NS-Justiz erließ im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 5. September 1939 die "Verordnung gegen Volksschädlinge", um die Möglichkeiten der Strafverfolgung und der Bestrafung drastisch auszuweiten (x149/100): >>... Straftaten, die unter Ausnutzung kriegsbedingter Verhältnisse begangen werden (z.B. während der Verdunkelung bei nächtlichen Bombenangriffen) werden mit dem Tode bestraft.<<

Der deutsche Assessor Christoph Schmidt schrieb später über die "Volksschädlinge" (x051/-613): >>Volksschädlinge, um die Jahrhundertwende auftauchende Übertragung des landwirtschaftlichen Schädlingbegriffs auf Menschen; bald beliebte Vokabel im antisemitischen und nationalistischen Schlagwortrepertoire.

Gerade die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsideologie nutzte die Bezeichnung "Volksschädling" gern zur Ausgrenzung Mißliebiger und in der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 (RGBl 1, S. 1.679) zur drastischen Ausweitung der Möglichkeiten der Strafverfolgung und des Strafrahmens.

Danach konnten praktisch alle Straftaten, die jemand unter Ausnutzung der besonderen Verhältnisse im Krieg beging, mit der Todesstrafe geahndet werden.

§ 2 sah die Höchststrafe vor bei jedem Delikt gegen Leib, Leben oder Eigentum,

§ 4 auch bei sonstigen Straftaten, "wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat" erforderte.

Ab Kriegsbeginn lag es in der Macht der Staatsanwaltschaft, ein Delikt vor einem normalen Gericht mit normalem Verfahren und Strafmaß anzuklagen oder durch Kombination einer Strafnorm mit der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vor dem hiernach (§ 1 Absatz 2) zuständigen Sondergericht. Verfahrensrechtliche Sicherungen für den Angeklagten waren nach § 5 aufgehoben, wenn er auf frischer Tat getroffen wurde "oder sonst seine Schuld offen zutage" lag. Er mußte dann sofort ohne Einhaltung der Fristen abgeurteilt werden.

Die "Verordnung gegen Volksschädlinge" dürfte die häufigste "Rechtsgrundlage" gewesen sein für die ca. 15.000 von zivilen Gerichten ausgesprochenen Todesurteile zwischen 1941 und 45.<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurden unentwegt neue Strafvorschriften erlassen, die vielfach Todesstrafen vorsahen. Die Zahl der "todeswürdigen Delikte" erhöhte sich von 3 (1933) auf 46 (1942).

Ernst von Weizsäcker schrieb am 5. September 1939 (x033/13): >>... Nun sind wir im Kampf. Gebe Gott, daß nicht alles, was gut und wertvoll ist, dabei vollends zugrunde geht.<<

Das NS-Regime führte vielerorts Massenverhaftungen von politischen Staatsfeinden durch.

Großadmiral Raeder erklärte am 7. September 1939 während einer Besprechung mit Hitler über die Kriegführung im Westen (x033/13): >>... Frankreich sieht kein Kriegsziel und ist bestrebt, sich aus einem Krieg herauszuhalten ... Nach dem bald zu erwartenden Zusammenbruch Polens ist möglicherweise Frankreich und dann vielleicht auch England zu einer gewissen Anerkennung der inzwischen im Osten geschaffenen Lage bereit.<<

Der deutsche Schriftsteller Rudolf Olden schrieb am 7. September 1939 (x033/14): >>... Wir hatten eine Mission und konnten sie nicht erfüllen! Ich denke, daß ich jetzt Ernst Tollers Standpunkt verstehe, als er den Strick nahm, um seine unglückliche Cassandra-Karriere zu

beenden. Niemand hörte zu, niemand glaubte an uns. Die Jahre sind vergangen, aufgefressen von der Heuschrecke. Wie wird es Winston Churchill heute zumute sein!<<

Am 7. September 1939, um 11.00 Uhr, kapitulierte die polnische Besatzung der Westerplatte vor Danzig.

Mit Rücksicht auf die Kampfmoral der deutschen Wehrmacht untersagte Hitler am 8. September 1939, weitere öffentliche Zwangsmaßnahmen gegen kirchliche Würdenträger vorzunehmen.

Göring erklärte am 9. September 1939 während einer Rundfunkansprache (x033/14): >>... Deutschland ist der bestgerüstetste Staat der Welt, den es überhaupt gibt. Keine Macht der Welt verfügt über so umfangreiche Produktionsstätten und Rüstungsbetriebe. ...

Wenn aber das letzte Opfer von uns verlangt wird, dann geben wir es mit den Worten: wir sterben, auf daß Deutschland lebe.<<

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 15. September 1939 (x063/590): >>Der polnische Staat ist zerfallen. Er existiert nicht mehr. Ein schneller Schlag gegen Polen zuerst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee – und nichts bleibt übrig von diesem scheußlichen Gebilde des Versailler Vertrages. ...<<

Die Sowjetunion griff am 17. September 1939 in den Krieg gegen Polen ein.

Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an.

Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen. Der polnische Staatspräsident Moscicki floh am 17. September 1939 mit der polnischen Regierung nach Rumänien. Moscicki wurde dort vorübergehend interniert und fand später in London Zuflucht.

Stalin erklärte am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... (daß) der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<

Stalin ließ diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".

Stalin, der Hitler im Jahre 1939 bewußt die Angreiferrolle überlassen hatte, begründete vor der Weltöffentlichkeit die Besetzung Ostpolens mit dem Schutz der Ukrainer und Weißrussen (x064/140): >>Die Sowjetregierung kann sich ... nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben.

Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland unter ihren Schutz zu nehmen. Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung, alle Maßnahmen zu treffen, um das polnische Volk aus dem unseligen Krieg herauszuführen, in den es durch seine unvernünftigen Führer gestürzt wurde, und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen. ...<<

In den Jahren 1939-41 verschleppten die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger (Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142).

Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsoffer überlebten die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "Sowjetische Befreiungsmission" in Ostpolen (x026/18-19): >>Nachdem Wehrmacht und Rote Armee im September 1939 Polen angegriffen und überrannt hatten, annektierte die Sowjetunion die Gebiete

Polens mit ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerungsmehrheit. Die anschließende Säuberung vollzog sich nach stalinistischem Muster: Massenerschießung von Mißliebigen und Massendeportation von potentiellen Regimegegnern in den Archipel Gulag.

Verschleppt wurden so gut wie alle Flüchtlinge aus West- und Mittelpolen, Vertreter des öffentlichen Dienstes, alle Gebildeten und Wohlhabenden. Von den 1,65 bis 2,5 Millionen Deportierten waren 52 % Polen, 30 % Juden und 12 % Ukrainer und Weißrussen. Weit über die Hälfte dieser Unglücklichen dürfte umgekommen sein. ... Von den 230.000 polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR dürften insgesamt nur 82.000 überlebt haben. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders böartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

Der US-Staatsbürger William Joyce (1906-1946, hingerichtet) wurde am 18. September 1939 Mitarbeiter des NS-Rundfunks in Berlin für antibritische Propagandasendungen.

Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 23. September 1939 bekannt (x139/31,38): >>Der Feldzug in Polen ist beendet. ...

Das deutsche Volk kann wieder mit Stolz auf seine Wehrmacht blicken. Sie aber sieht mit sieghaftem Vertrauen ihren weiteren Aufgaben entgegen.<<

Die deutsche Luftwaffe bombardierte vom 24. bis zum 27. September 1939 die verteidigte polnische Hauptstadt Warschau. Diese deutschen Luftangriffe gegen Warschau erfolgten während der militärischen Belagerung Warschaus (x040/14).

In Brest-Litowsk fand am 25. September 1939 eine deutsch-sowjetische Truppenparade statt.

Am 27. September 1939 wurden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt.

Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wurde danach zur Zentrale der NS-Terrormassnahmen. Das RSHA war Himmler unterstellt (Leitung bis 4. Juni 1942: Heydrich, ab 30. Januar 1943: Kaltenbrunner).

Die RSHA-Abteilungen erteilten den Befehlshabern der Gestapo-, SD- und SS-Einheiten direkte Weisungen, so daß eine Art SS-Nebenregierung entstand. Während des Zweiten Weltkrieges errichteten die verschiedenen RSHA-Organisationen in den besetzten Ländern fast lückenlose Terror-Verwaltungen.

Heinrich Müller (1900 in München geboren) leitete das RSHA-Amt IV (Geheime Staatspolizei). Der gefühlsrohe Gestapo-Chef entwickelte dort mit seinen Mitarbeitern die "routinemäßige, bürokratische Massentötung".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die NS-Sicherheitspolizei (x051/537-538): >>Sicherheitspolizei (Sipo), im Zuge der Neuordnung der deutschen Polizei neben der Ordnungspolizei (Orpo) zweite Säule der polizeilichen Organisation, umfassend die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die Kriminalpolizei (Kripo) und die Grenzpolizei.

Leiter der Sicherheitspolizei wurde Heydrich, der zugleich Chef des Sicherheitsdienstes der SS (SD) war. Er faßte beide Organisationen mit Bildung des Reichssicherheitshauptamts am 27.9.39 zusammen. Sie waren Träger der Einsatzgruppen, die der Wehrmacht bei den deutschen Feldzügen folgten und neben sicherheitspolizeilichen Maßnahmen v.a. Aufgaben der Judenverfolgung und -liquidierung erfüllten.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schrieb später über das "Reichssicherheitshauptamt" (x051/483-484): >>Reichssicherheitshauptamt (RSHA), am 27.9.39 als "Zusammenfassung der zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS (SD)" geschaffene Behörde.

Mit Gründung des RSHA wurde der v.a. von Himmler angestrebte Verschmelzungsprozeß von Ämtern aus dem staatlichen Bereich mit Ämtern aus der nationalsozialistischen Bewegung abgeschlossen. Das RSHA war Himmler unterstellt und wurde zuerst von Heydrich (bis zu seinem Tod 4.6.42), vorübergehend von Himmler selbst und ab 30.1.43 von Kaltenbrunner geleitet. Es gliederte sich in zunächst sechs, ab 1940 in sieben Ämter:

Amt I unter Bruno Streckenbach war für Personalfragen, also v.a. für Auswahl und Linientreue der Mitarbeiter zuständig.

Amt II unter Best, später unter Hans Nockmann, war die juristische Abteilung und zuständig für Organisation, Recht und Verwaltung.

Amt III unter Ohlendorf war der ursprüngliche SD, nun als Inlandsnachrichtendienst bezeichnet.

Amt IV war die Geheime Staatspolizei unter H. Müller,

Amt V das Reichskriminalpolizeiamt unter Nebe,

Amt VI der Auslandsnachrichtendienst unter Heinz Jost, später unter Schellenberg.

Amt VII unter Franz Six, später Paul Dittel, war für "weltanschauliche Forschung und Auswertung" zuständig, es archivierte Materialien und Literatur der politischen und ideologischen Gegner.

Das RSHA war die Zentrale der außergerichtlichen nationalsozialistischen Terror- und Repressionsmaßnahmen ab Kriegsbeginn bis 1945. Insbesondere die Ämter III und IV waren berichtigt für den Terror im Innern und in den besetzten Gebieten. Dort setzte das RSHA zur "Gegnerbekämpfung" u.a. mobile Einsatzgruppen ein.

Mitte 41 wurde dem RSHA die "technische Durchführung" der Endlösung übertragen. Ab September 42 konnte das RSHA Gerichtsurteile "durch Sonderbehandlung korrigieren", d.h. die Betreffenden liquidieren; es griff in die Zuständigkeitsbereiche der Justiz, z.B. in schwebende Verfahren, ein und übte ab November 42 die gesamte Strafrechtspflege aus gegenüber Polen und Juden in den besetzten Gebieten, von Sommer 43 an auch im Reich.<<

Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop änderten am 28. September 1939 den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag und verlegten die am 23.08.1939 vereinbarte sowjetische Grenze von der Weichsel an den Bug.

Die Sowjetunion sollte nach dem deutsch-polnischen Krieg zum Ausgleich Ostpolen (Westukraine) und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen) besetzen. Hitler, der angebliche Todfeind des Bolschewismus, öffnete der sowjetischen Expansion damit endgültig den Weg nach Westeuropa (x063/590).

Die Verteidiger Warschaus (General Rommel mit rd. 120.000 polnischen Soldaten) kapitulierten am 28. September 1939 (x040/15).

Die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) informierte im Abschlußbericht vom 29. September 1939 über die polnischen Gewaltakte im September 1939 (x029/233-235):

>>... In ganz besonders starkem Maße an den Ermordungen beteiligt ist das polnische Militär, insbesondere die Infanterie. Ferner aber auch Polizei, Gendarmerie, Przysposobienie Wojskowe (vormilitärische Jugendausbildungsorganisation unter militärischer Führung), Obrona Narodowa (nachträglich eingezogene Reservisten) und Scheletzen (eine Parallelorganisation zu den Sokoll), aber auch Zivilpersonen.

In der überwiegenden Zahl der Fälle sind die Ermordeten unter irgendeinem Vorwand vorher verhaftet worden. Besonders häufig erfolgten derartige Verhaftungen nach vorausgegangenen deutschen Fliegerangriffen. Als Vorwand für die Verhaftungen dienten in der Hauptsache folgende Begründungen, soweit man Begründungen überhaupt gab: Angeblicher Besitz von Waffen und Munition sowie von Geheimsendern, das Geben von Blinkzeichen an deutsche Flugzeuge, Spionage und Beherbergung von Spionen.

In vielen Fällen genügte aber die Bejahung der Frage, ob der Betreffende deutsch und evange-

lisch sei, um seine Festnahme durchzuführen. ... Aus der ganzen Provinz Posen trieb man die offenbar nach einer bestimmten Liste festgenommenen Volksdeutschen in Richtung Kutno. ... Während des ganzen Marsches erfolgten ständig grundlose Mißhandlungen durch die Begleitmannschaften. Diese richteten sich insbesondere gegen diejenigen, welche wegen Schwäche oder hohen Alters oder Krankheit nicht gut marschieren konnten. ...

Abgesehen von auf diesem Marsche Ermordeten sind in allen Teilen der Provinz, besonders in dem östlichen und dem südlichen Teil, außerordentlich viel andere Ermordungen erfolgt, z.T. unter geradezu bestialischen Umständen. Ganze Familien sind ausgerottet worden. Die Menschen sind nicht immer erschossen, sondern häufig mit allen möglichen Werkzeugen, z.T. vor den Augen ihrer Angehörigen oder anderer Personen, denen ebenfalls ihre Ermordung angekündigt war, erschlagen worden. Eine große Zahl der Leichen ist mit schweren Verstümmelungen aufgefunden worden. ...

Bei Tarlowa in der Nähe von Kolo hat das polnische Militär auf eine große Anzahl Volksdeutscher geradezu eine Treibjagd mit Maschinengewehren veranstaltet. Man fand etwa 130 Tote, die nach den Zeugenaussagen wie die Hasen bei einer Treibjagd über ein Feld verstreut waren. ...

Es konnte bisher nur ein Teil der Zeugen vernommen werden, weil eine Reihe gerade von solchen Personen, die besonders Schreckliches erlebt haben, körperlich noch so mitgenommen und seelisch so schwer erschüttert sind, daß sich eine Vernehmung bisher noch nicht verantworten ließ. ...<<

Ein deutscher Richter der Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) berichtete später über eine Informationsveranstaltung für Journalisten aus neutralen Staaten in Bromberg im September 1939 (x029/36-37): >>... Ich habe ihnen damals erklärt, daß die Vernehmungen, die gemacht worden waren, tatsächlich polnische Greueltaten erwiesen haben. Aber ich persönlich hatte nicht den Eindruck, daß die Leute mir geglaubt haben.

Die Polen-Greuel, die Goebbels erdichtet hatte, hatten ihre Wirkung getan, denn keiner glaubte mehr daran, was in dieser Richtung vorgebracht wurde. Jedes Mal, wenn Adolf Hitler einmarschieren wollte, kamen irgendwelche Greuel zustande. So war es in der Tschechei gewesen, so war es auch in Polen: Gründe für den Einmarsch oder irgendwelche kriegesischen Handlungen wurden darin gesucht, daß Greuel von den Nicht-Deutschen gegen die Deutschen begangen worden waren.

Die Journalisten hielten diese Anschuldigungen ebenfalls für Propaganda. Sie haben natürlich nichts gesagt, aber in ihren Mienen konnte man auch lesen.<<

Das deutsche NS-Propagandaministerium nutzte die polnischen Massaker nach dem deutschen Angriff gewissenlos aus und veröffentlichte später bewußt völlig falsche Zahlen.

Obgleich die "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" 5.495 deutsche Todesopfer und Vermißte ermittelte, wurde die Zahl der Ermordeten und Vermißten mit mindestens 58.000 festgesetzt.

Nach dem Kriegsende wurde in der Posener Zentralstelle ein NS-Telegramm aus Berlin vom Februar 1940 gefunden, wonach man "die Zahl von 58.000 Toten und Vermißten allein als verbindlich anzusehen" hätte (x029/37).

Ein HJ-Angehöriger berichtete später über seine persönlichen Erlebnisse im September 1939 (x049/35-36): >>Und dann war er eines schönen Septembertages da, der Krieg, auf leisen Sohlen, denn Deutschland hatte ihn ja nicht erklärt, hatte nur "zurückgeschossen". ... Nun wollte ich nicht mehr Hitler-Junge werden, sondern Soldat: wie Major Moelders am Steuerknüppel einer Me 109 durch die Lüfte flitzen, wie Günther Prien mit einem U-Boot gen Engelland fahren. Wie Guderian auf einem Panzer zum Kanal durchbrechen oder wie Rommel in Afrika vorstoßen. Statt Comic strips kauften wir uns Groschenhefte voller Kriegserlebnisse – jede Woche ein neues.

Die Schrecken des Krieges störten uns Knaben nicht, sie zogen uns an. Daß unsere Väter einberufen wurden, schien nur recht und billig. Und der "Heldentod" gehörte dazu. Viele Lieder, die wir in der Schule und später in der Hitler-Jugend lernten, handelten von der Ehre, fürs Vaterland zu sterben. Die Fahnen wehten ins Morgenrot und leuchteten zum frühen Tod, heilig Vaterland war in Gefahr, mochten wir sterben, Deutschland stürbe nicht und bei Narvik lag ein kühles Grab.

Bei der "Flaggenparade" hörten wir ehrfürchtig den abgewandelten Spruch des preußischen Kriegsdichters Walter Flex: "Wer auf die Fahne Deutschlands schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört! ...<<

Nach dem Kriegsbeginn im September 1939 gab es im NS-Staat 19 Konzentrationslager mit durchschnittlich 88.000 Häftlingen (x090/289).

Australien, Indien, Neuseeland, Südafrika und Kanada traten im September 1939 in den Krieg gegen das NS-Regime ein.

Die Kriegsgegner vereinbarten gemäß Genfer Protokoll von 1925, keinen Bakterien- und Gaskrieg zu führen.

Der "Großdeutsche Rundfunk" in Berlin sendete am 1. Oktober 1939 das erste Wunschkonzert für die deutschen Frontsoldaten.

Der deutsche Studiendirektor Reinhold Hartmann schrieb später über die deutsche Rundfunksendung "Wunschkonzert" (x051/653-654): >>Wunschkonzert (für die Wehrmacht), die wohl populärste Unterhaltungssendung des deutschen Rundfunks im Zweiten Weltkrieg in Fortsetzung des Wunschkonzerts für das Winterhilfswerk (WHW), Moderator: Heinz Goecke, Erstsending: 1.10.39, ausgestrahlt jeden Sonntag 16-20 Uhr aus dem Großen Sendesaal in Berlin, Motto: "Die Front reicht ihrer Heimat jetzt die Hände, die Heimat aber reicht der Front die Hand."

Unter Musikumrahmung wurden im Wunschkonzert Wünsche, Grüße und Nachrichten zwischen Soldaten im Feld und Angehörigen zu Hause ausgetauscht, oft erster Kontakt seit längerer Zeit.

Das Wunschkonzert stellte natürlich vornehmlich heitere und gute Botschaften heraus, so etwa das "Geburtenregister", aus dem nach einleitendem Babygeschrei mancher Landser von Vaterfreuden erfuhr. Gleichzeitig transportierte das Wunschkonzert, gestaltet mit renommierten Künstlern, Spendenaktionen für Soldaten, Notfälle oder Winterhilfswerk.

Beliebt war die musikalische Mischung des Wunschkonzerts aus Klassik, Schnulzen, Heimat- und Marschliedern; Hits: "Erika", "Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern" u.a. Der Zweck der streng zensierten Live-Sendung - im Notfall konnte ein Zensuroffizier eine technische Panne auslösen - zielte auf Stärkung des Gemeinschaftsgefühls. Daß man damit Erfolg hatte, belegte eine SD-Meldung vom April 40, wonach das Wunschkonzert "Tausenden das Erlebnis der Volksgemeinschaft" wachrufe.

"Wunschkonzert" hieß auch eine vielfach ausgezeichnete Film-Romanze von 1940 mit Ilse Werner und Carl Raddatz.<<

In der Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 kündigte Hitler erstmalig offiziell "eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse" bzw. die Umsiedlung von Nationalitäten an (x007/-41E): >>... so daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist. ...

Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen.

Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch, zu glauben, daß man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier

Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.<<

Die letzten polnischen Kampfeinheiten wurden am 6. Oktober 1939 durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulierten.

Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" gerieten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gingen in sowjetische Gefangenschaft (x041/-101). Etwa 100.000 polnische Soldaten flohen nach Ungarn und wurden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.

Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldete 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).

Nach polnischen Angaben fielen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schrieb später über den "Polenfeldzug" (x051/-448-449): >>Polenfeldzug, von Hitler am 1.9.39 um 4.45 Uhr (nicht 5.45 Uhr, wie in seiner Reichstagsrede gesagt) ausgelöster Krieg gegen Polen, der sich zum Zweiten Weltkrieg ausweiten sollte.

Dem Polenfeldzug voran ging eine Phase hektischer diplomatischer Vermittlungsversuche um Beilegung der deutsch-polnischen Differenzen (u.a. Korridor, Danzigfrage). Sie scheiterten letztlich an Hitlers Willen zur gewaltsamen Lösung der Raumfrage (Raum). Zwar wurde der bereits für den 26.8. gegebene Angriffsbefehl noch einmal zurückgenommen – Italien hatte sich als nicht kriegsbereit erklärt –, doch dann ordnete Hitler nach kurzen Scheinverhandlungen die Auslösung des Falles "Weiß" an. Den Propagandistischen Vorwand lieferte der SD mit der vorgetäuschten polnischen Besetzung des Reichssenders Gleiwitz.

In zwei Angriffskeilen stieß das Gros des aktiven deutschen Heeres (57 Divisionen) aus Pommern und Ostpreußen – Heeresgruppe Nord (Generaloberst von Bock) – sowie aus Schlesien und der Slowakei – Heeresgruppe Süd (Generaloberst Rundstedt) – mit ca. 2.500 Panzern konzentriert Richtung Warschau vor, unterstützt von den Luftflotten 1 und 4 mit insgesamt 1.107 Maschinen.

Die polnische Heeresleitung (Marschall Rydz-Smigly) hatte das Gros ihrer Kräfte (26 Divisionen, zehn Brigaden) entlang der 1.900 km langen Grenze aufmarschieren lassen. Insgesamt hatte Polen 40 Divisionen und 16 Brigaden mit 1.132 leichten Panzerfahrzeugen mobilisiert. Die polnischen Luftstreitkräfte verfügten über 745 Flugzeuge, die Flotte war bedeutungslos und wurde bis auf fünf U-Boote und drei Zerstörer Opfer der deutschen Luftangriffe.

Bis zum 7.9. waren alle polnischen Armeen im Grenzgebiet entweder durchbrochen, angeschlagen oder zum Rückzug gezwungen. Schon am 5.9. befahl Rydz-Smigly den Rückzug hinter die Weichsel. Aus psychologischen und wehrwirtschaftlichen Gründen sowie in der Hoffnung auf einen Angriff Frankreichs im Westen hatte er in Überschätzung der eigenen Stärke den ungünstigen Grenzaufmarsch gewählt. An der unheilvollen Entwicklung konnte auch die am 6.9. im Raum Saarbrücken anlaufende "Offensive" der französischen 4. Armee nichts ändern, weil sie nicht zum Abtransport deutscher Divisionen aus Polen zwang.

Zwischen dem 8. und 13. 9. kam es bei Radom zur ersten Kesselschlacht, die deutsche 10. Armee nahm 65.000 Polen gefangen. Bereits am 11.9. hatte das deutsche I. Korps Warschau von seinen östlichen Verbindungen abgeschnitten. Vom 17.-20.9. brachte die Heeresgruppe Süd bei Lublin 60.000 Gefangene ein. Zugleich vollzog sich das Schicksal der polnischen Armeen Posen und Pommerellen; 170.000 Polen gingen in Gefangenschaft. Die polnischen Luftstreitkräfte verloren bis 15.9. 330 Maschinen, davon die meisten im Luftkampf und nicht am Boden (nur 50), wie die deutsche Propaganda gemeldet hatte.

Am 17.9. griff von Osten her die Rote Armee mit zwei Heeresgruppen nach den im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vorgesehenen Gebieten, die 1918-20 an Polen verloren ge-

gangen waren. Polen konnte dagegen nur noch Reste von neun Divisionen und drei Brigaden aufbieten. Die polnische Regierung floh am gleichen Tag nach Rumänien, die Reste der Luftstreitkräfte folgten (116 Maschinen).

Der Zusammenbruch war nun nur noch eine Zeitfrage: Die seit dem 19.9. eingeschlossene, von 120.000 Soldaten verteidigte polnische Hauptstadt kapitulierte am 28.9. nach Beschießung und schweren Luftangriffen. Mit der Kapitulation von 16.857 polnischen Soldaten bei Kock (östlich Deblin) am 6.10. endete der Polenfeldzug.

Die polnische Armee verlor gegen Deutschland 70.000 Tote, 133.000 Verwundete und 700.000 Gefangene, die Rote Armee meldete zudem 217.000 gefangene Polen bei 737 eigenen Toten und 1.859 Verwundeten.

Die Wehrmacht hatte an Verlusten: 10.572 Tote, 3.409 Vermißte und 30.322 Verwundete, dazu 217 Panzer, 285 Flugzeuge, ein Minensuchboot.

Eine Vorahnung der Leiden der kommenden Besatzungspolitik vermittelte schon während des Polenfeldzuges der Terror der den deutschen Angriffsarmeen folgenden Einsatzgruppen und der sowjetischen Sicherheitspolizei NKWD.

Polen wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion geteilt. Die deutsch besetzten Gebiete wurden zum Teil ins Reich inkorporiert (ca. 90.000 km² mit zehn Millionen Einwohnern, Danzig-Westpreußen, Warthegau), der Rest am 26.10.39 zum Generalgouvernement zusammengefaßt. Das Ende des Polenfeldzuges brachte jedoch kein Ende des Kriegszustands, da die Westmächte das Ergebnis der Gewaltpolitik Hitlers nicht hinnehmen wollten und seine Friedensangebote ablehnten.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die Zerschlagung Polens (x051/448): >>(Polen) ... Als sich Polen Ende März 39 dem deutschen Drängen auf Rückgabe Danzigs, exterritoriale Verbindungen durch den Korridor und auf eine Satellitenrolle gegen die Sowjetunion versagte, kündigte Hitler den Pakt von 1934.

Nach Einigung zwischen Berlin und Moskau (23.8.39 Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag) war dann das Schicksal Polens trotz der britisch-französischen Garantien und trotz eines von der katholischen Kirche unterstützten patriotischen Widerstandswillens entschieden: Polenfeldzug.

Dennoch existierte der polnische Staat rechtlich und politisch weiter durch die Londoner Exilregierung und durch die polnische Exilarmee (u.a. Anders). Als Reaktion auf die rücksichtslose deutsche Besatzungspolitik im Generalgouvernement (Massenumsiedlungen, Zwangsrekrutierungen polnischer Arbeitskräfte, Liquidierung der Intelligenz, Endlösung) entstanden zudem ein Untergrundstaat und eine nationalpolnische "Armee im Lande" (Warschauer Aufstand).

Ihr Scheitern wegen ausbleibender sowjetischer Hilfe war die Folge des Moskauer Konfrontationskurses nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn. Stalin setzte seitdem nur auf willfähige kommunistische polnische Organe:

Aus dem unter sowjetischem "Beistand" gebildeten Lubliner Komitee (21.7.44) entstand am 1.1.45 in Polen eine Provisorische Regierung und am 28.6.45 die Regierung der nationalen Einheit. Die Westmächte willigten in Teheran, Jalta und im Potsdamer Abkommen unter dem Druck der militärischen Gegebenheiten in die "Westverschiebung" Polens (zwischen Curzon-Linie und Oder-Neiße-Linie) und in die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ein.

Die "demokratische Regierung" aber, die sie weiterhin forderten, wußte Stalin durch scheinbare Zugeständnisse und manipulierte Wahlen zu hintertreiben. Polen wurde eine sozialistische "Volksrepublik".<<

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... Friedensinitiativen im Herbst 1939

Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse

... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.

- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."

Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß (des amerikanischen Kongresses) in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."

Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten.

Hitlers Appell vom 6. Oktober 1939 schien damit bereits von Anfang an keine Aussicht auf Annahme beschieden. Der deutsche Führer meinte damals in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag:

"Weshalb soll nun der Krieg im Westen stattfinden? Für die Wiederherstellung Polens? Das Polen des Versailler Vertrages wird niemals wieder erstehen ... Was soll also sonst der Grund sein? Hat Deutschland an England irgendeine Forderung gestellt, die etwa das britische Weltreich bedroht oder seine Existenz in Frage stellt? Nein, im Gegenteil.

Weder an Frankreich noch an England hat Deutschland eine solche Forderung gerichtet. Soll dieser Krieg aber wirklich nur geführt werden, um Deutschland ein neues Regime zu geben, das heißt: um das jetzige Reich wieder zu zerschlagen und mithin ein neues Versailles zu schaffen, dann werden Millionen Menschen zwecklos geopfert."

Statt des Eintritts in echte Kampfhandlungen im Westen regte Hitler den Zusammentritt einer internationalen Konferenz an, auf welcher dann eine Friedensordnung beschlossen werden sollte. Als Voraussetzung für eine ersprießliche Arbeit einer derartigen Konferenz sah er die Klärung der außenpolitischen Ziele der europäischen Staaten an.

- Der britische Premierminister nannte in seiner Antwort auf die Rede Hitlers die Friedensvorschläge des Reichskanzlers "vage und unbestimmt". Wörtlich führte Neville Chamberlain vor dem britischen Unterhaus am 12. Oktober 1939 aus:

"Sie (die Friedensvorschläge) enthalten keine Anregung über die Wiedergutmachung des der Tschechoslowakei und Polen zugefügten Unrechts. Aber auch wenn die Friedensvorschläge Anregungen enthielten, dieses Unrecht wieder gutzumachen, würde es notwendig sein zu fragen, durch welche praktischen Mittel die deutsche Regierung die Welt zu überzeugen beabsichtigte, daß Angriffshandlungen jetzt aufhören und Versprechungen eingehalten würden. Die letzten Erklärungen haben bewiesen, daß auf Zusicherungen der gegenwärtigen deutschen Regierung kein Verlaß ist."

Und der französische Ministerpräsident Daladier sekundierte seinem britischen Kollegen mit den Worten:

"Ich weiß wohl, daß man auch heute vom Frieden spricht, vom deutschen Frieden, von einem Frieden, der lediglich die durch List oder Gewalt gemachten Eroberungen sanktionieren und

die Vorbereitung weiterer Eroberungen in keiner Weise verhindern würde", um dann seinen Franzosen emphatisch zuzurufen: "Ich erkläre deshalb in eurem Namen, daß wir kämpfen und weiterkämpfen werden, um endgültige Sicherheitsgarantien zu erlangen."

Damit schien die erste Friedensinitiative auf höchster Ebene vorläufig gescheitert, obwohl sich in England noch ein Mann zu Wort meldete, dessen Ansicht nach wie vor Gewicht hatte: Lloyd George. Der ehemalige britische Premierminister und Mitgestalter des Versailler Vertrages veröffentlichte am 11. Oktober 1939 im "Journal American" und in der "Sunday Times" zwei Aufsätze, in denen er schrieb:

"Die letzte Rede Hitlers kann als Grundlage einer Friedenskonferenz dienen. Der richtige Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits hat noch gar nicht begonnen. Alle Völker wünschen aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkrieges. Eine ablehnende und überstürzte Antwort würde eine Entfremdung der öffentlichen Meinung hervorrufen, statt sie für unsere Sache zu gewinnen.

Im (Ersten) Weltkriege konnte man die Wiederherstellung ganz Belgiens verlangen. Wir können heute jedoch nicht die gleiche Forderung im Hinblick auf Polen erheben. Das würde eine Herausforderung Rußlands bedeuten ... Weshalb also keine Konferenz der wichtigsten Weltmächte vorschlagen, um die Lage zu untersuchen. Hitler scheint einen solchen Gedanken zu hegen. Rußland kann ihn nicht zurückweisen ...

Es ist wesentlich, daß die Vereinigten Staaten dazu gebracht werden, die Teilnahme an einer solchen Konferenz anzunehmen. Hitler hat schon einige Diskussionspunkte angeführt, so die Abrüstung, die Kolonien, den polnischen Staat. Wir haben die Freiheit, andere Diskussionspunkte vorzuschlagen. Nichts kann verloren sein, und vieles kann mit Hilfe einer solchen Konferenz gewonnen werden."

Chamberlain hörte jedoch nicht auf seinen Landsmann, sondern setzte vertrauensvoll auf die Entscheidung der Waffen - und die amerikanische Schützenhilfe. In dieser Kampfesentschlossenheit schien er auch nicht wankend zu werden, als Ende Oktober deutschfreundliche Worte aus Moskau zu hören waren.

- Da hielt der sowjetische Außenminister Molotow auf der 5. außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets eine Rede, in welcher er über den Krieg ausführte:

"Dieser Krieg begann zwischen Deutschland und Polen und erweiterte sich zu einem Krieg Deutschlands mit England und Frankreich. Der deutsch-polnische Krieg hat infolge des vollständigen Versagens der polnischen Führung ein rasches Ende genommen. Es kann, wie jedermann einsehen wird, von der Wiederherstellung des alten Polens nicht die Rede sein.

Die britische und die französische Regierung wissen das, wollen aber trotzdem nicht den Krieg beenden. Es ist unsinnig und sogar verbrecherisch, einen Krieg zur Vernichtung des Hitlertums zu führen, indem man dem Krieg das Mäntelchen des Kampfes für die Demokratie umhängt."

Premierminister Chamberlain zeigte sich von der Rede Molotows nicht sonderlich beeindruckt, sondern nannte sie sogar eine "Enttäuschung" für Berlin und gab sich in seiner Stellungnahme vor dem Unterhaus am 2. November 1939 recht zufrieden.

- In der Ablehnung der Berliner Friedensanregungen fand sich Chamberlain offenbar in nahtloser Übereinstimmung mit seinem Marineminister Winston Churchill. Dieser hatte nicht nur schon früher wiederholt kritische Worte über das nationalsozialistisch geführte Deutschland gesprochen und zu entsprechenden Aktionen aufgerufen, sondern bereits am 2. Oktober 1939 bei einem Essen mit Joseph Kennedy etwaige Friedensvorschläge Hitlers als unannehmbar bezeichnet.

Nach Meinung des nachmaligen englischen Premierministers war "die russische Macht, die sich möglicherweise über die ganze Welt ausbreitet, nicht gefährlicher als jene der Deutschen"; daher mußten "zunächst die Deutschen unter dem Nazi-Regime erledigt werden".

Möglich, daß von dieser Äußerung später die Churchill zugeschriebene Korrektur, daß man "das falsche Schwein geschlachtet" habe, stammt.

Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen.

Bemühte sich Roosevelt im Falle Englands selber um die direkte Einflußnahme auf die britische Politik mittels einer wichtigen Verbindungsperson, besorgte die Wahrnehmung dieses Zieles in Paris sein persönlicher Vertrauter, Botschafter William C. Bullitt.

Er hatte so enge Kontakte zum amtierenden Ministerpräsidenten Daladier, daß er fast sein Freund sein konnte.

Daladier teilte Bullitt nicht nur am 26. August 1939 jene "entsetzliche Tatsache" massenhafter Verhaftungen von Militärschpionen mit, sondern berichtete ihm auch am 11. Dezember 1939 von einem "diplomatischen Manöver, das ihm große persönliche Befriedigung gewährt" habe.

- Es handelte sich um die Tatsache, "daß bis vor ungefähr einer Woche die deutsche Regierung ihm regelmäßig Emissäre mit Friedensvorschlägen geschickt" habe. Da alle diese Vorschläge "die absolute deutsche Herrschaft über Polen und die Tschechoslowakei enthielten", sei er (Daladier) "absolut entschlossen" gewesen, "keinen dieser Vorschläge anzunehmen", wie Bullitt Präsident Roosevelt "persönlich und vertraulich" noch am gleichen Tag mitteilte.

Um aber einen deutschen "Angriff in diesem Herbst aufzuschieben", wollte Daladier die Deutschen weiterhin glauben machen, daß er den einen oder anderen dieser Vorschläge annehmen könnte und hat deshalb "alle diese Vorschläge in Betracht gezogen" und "jeden von ihnen so viele Tage und Wochen lang wie möglich überlegt und dann mit irgendeiner Rückfrage weiter in die Länge gezogen, um die Besprechungen hinauszuschieben".

Daladier begründete seine Hinhaltetaktik mit dem Ziel, die Deutschen dadurch von einem möglichen Angriff auf Frankreich schon im Herbst 1939 abzuhalten und damit für die beiden Westmächte bis zum Frühjahr 1940 Zeit zu gewinnen, was ihm offensichtlich auch gelungen ist. Wie Daladier seinem amerikanischen Gesprächspartner weiter mitteilte, "waren die deutschen Vorschläge alle von Göring gekommen".

Nachdem sein Führer im Oktober bereits in London gescheitert war und von Paris seinerzeit auch nur eine offizielle Absage bzw. Zusage mit schwer erfüllbaren Bedingungen zu hören war, suchte man jetzt in Berlin nach anderen Wegen zu möglichen Friedensgesprächen.

- Dabei rückten die Vereinigten Staaten in den Vordergrund. Ihr Präsident hatte sich ja im Laufe des Jahres wiederholt zu Wort gemeldet und die europäischen Großmächte zu Mäßigung und Zurückhaltung ermahnt, um einen Krieg zu vermeiden.

Diese augenscheinliche Friedensvermittler-Rolle Roosevelts und die gesetzlich verankerte Neutralität der Vereinigten Staaten luden in den Augen deutscher Politiker geradezu ein, den US-Präsidenten um die Vermittlung von Friedensgesprächen zu bitten. Dies um so mehr, als Roosevelt Anfang 1940 seinen Unterstaatssekretär Sumner Welles auf Europa-Erkundungsreise zu schicken gedachte.

Da kam Hermann Göring der Besuch eines alten Fliegerkameraden (von der Gegenseite) aus dem Ersten Weltkrieg in Berlin zupaf. Ihn hatte Professor Wilhelm Keilhau, ein Berater des Nobel-Instituts in Oslo, nach Deutschland geschickt, "um über gegenwärtige Ansichten in deutschen Führungskreisen zu ermitteln".

Da Trygve Gran, der 1914 als erster Flugzeugführer die Nordsee überquert und dann als Offizier in der Royal Air Force gedient hatte, enge freundschaftliche Beziehungen zu Göring un-

terhielt, schien er der geeignete Mann für eine solche Mission. So kam es Mitte Dezember 1939 zu einem Gespräch zwischen dem prominenten Norweger und der Nummer Zwei hinter Adolf Hitler.

Dabei ließ Göring deutlich durchblicken, daß man im Auswärtigen Amt dem norwegischen Besucher Wichtiges mitzuteilen hätte, was er, Göring, auch meine und befürworte. So begab sich Trygve Gran ins deutsche Außenministerium und erfuhr dort zunächst einmal die Begründung für den Pakt mit Rußland ("Hitler-Stalin-Pakt").

Danach habe ihn die deutsche Seite nur deswegen geschlossen, weil sie von einer schlagkräftigen polnischen Armee ausgegangen sei. Hätte man freilich die Schwäche Polens schon vorher gekannt, wäre es nicht zu einem solchen Vertrag gekommen. Dann die Eröffnung der "hohen Beamten des Auswärtigen Amtes" nach der Überlieferung eines vorliegenden Dokumentes:

"Deutschland ist willens, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Initiative grundsätzlich von den Vereinigten Staaten ausgeht ... und sofern Großbritannien und Frankreich vorderhand keine Bedingungen stellten; denn Deutschland wünscht auf derselben Grundlage wie die anderen Staaten in Verhandlungen einzutreten. So stellt Deutschland für seinen Teil weder einen Waffenstillstand noch eine Unterbrechung der britischen Seeblockade als Vorbedingung für die Verhandlungen."

- Weil man in Berlin sowohl von der offiziellen Reaktion Londons und Paris' her wußte, daß man dort auch deutsche Vorstellungen über das künftige Schicksal Polens und der Tschechoslowakei erwartete und nicht nur "vage" Friedensvorschläge hören wollte, hatte man sich an der Wilhelmstraße in Berlin auch über die weitere Zukunft dieser beiden Länder Gedanken gemacht und gab Trygve Gran dazu folgende Überlegungen mit auf den Weg:

"In diesem Falle (einer friedlichen Verständigung mit den Westmächten) sollte Gesamtpolen als völlig unabhängiger Staat hergestellt werden, wobei freilich Danzig und der Korridor beim Reich verbleiben, Polen aber im Osten einen neuen Korridor zugestanden erhalten kann. Die Tschechoslowakei sollte auch wieder errichtet werden, vorausgesetzt, daß Benesch nicht wieder zurückgerufen wird."

In einem solchen friedlichen Arrangement sah man in Berlin "für Großbritannien die einzige Möglichkeit, Polen wieder herzustellen, ohne Krieg gegen eine deutsch-russische Allianz zu riskieren".

Aus Geheimhaltungsgründen verlangten die deutschen Gesprächspartner Trygve Grans, daß ihr abermaliges Angebot nicht vorzeitig bekannt gemacht werden dürfe, sonst "würden sie eine solche gegebene Information ableugnen".

- Diese absolute Vertraulichkeit forderte auch Grans Auftraggeber Wilhelm Keilhau, als er diese Informationen an die amerikanische Gesandtin in Oslo, Francis Harriman, am 22. Dezember 1939 weitergab. Die amerikanische Diplomatin kabelte die Berliner Vorschläge noch am gleichen Tage "streng vertraulich" nach Washington.

Wie die Fundstelle, die National Archives/Diplomatic Branch in Washington, ausweist, ist diese Nachricht richtig in der amerikanischen Hauptstadt angekommen. Wie gleichzeitig der Ablauf der Geschichte beweist, haben die Vereinigten Staaten die ihnen von Berlin angetragene Rolle des Friedensvermittlers nicht übernommen, sondern die Bereitschaft des Reiches zum Gespräch ignoriert.

England, Frankreich und die USA gingen dabei auch über die Empfehlungen des Alt-Premiers Lloyd George hinweg, der als einzige gesprächsbereite Stimme auf der Seite der Alliierten vor 50 Jahren öffentlich zu vernehmen war.

Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht

von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete".

Pius XII. fand sich mit dieser Empfehlung in Übereinstimmung mit Lloyd George. Er ging aber über dessen Ratschlag noch hinaus, indem er auch "Richtlinien für einen gerechten internationalen Frieden" gab. Sie enthielten die folgenden Punkte:

Sicherung des Rechtes auf eigenes Staatsleben und auf Unabhängigkeit für alle Nationen; Befreiung der Völker von der Sklaverei des Rüstungswettlaufes; Reorganisation des zwischenstaatlichen Lebens unter Berücksichtigung aller Fehler der Vergangenheit; Berücksichtigung der berechtigten Bedürfnisse und Forderungen der Nationen und Völker sowie der völkischen Minderheiten und "vollbewußtes Verantwortungsgefühl der Leiter der Völker".

- Geradezu klassisch objektiv faßte der Papst die Vorschläge und Möglichkeiten zusammen, die sich im Herbst 1939 für einen Friedensschluß geboten hatten. Er unterstützte die öffentlich gewordenen (deutschen) Friedensanregungen vom Oktober und geißelte zugleich die Verantwortlichen für den "vorbereiteten Angriff auf ein fleißiges und friedliches Volk".

Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Hitler beauftragte am 7. Oktober 1939 Himmler (Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei) mit der Umsiedlung der Volksdeutschen ("Erlaß zur Festigung des deutschen Volkstums").

"Heim ins Reich": Deutsche Umsiedler und Rückkehrer

Die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ("Hitler-Stalin-Pakt") und des geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 (Aufteilung des Baltikums und Hitlers Verzicht auf Bessarabien und Ostpolen) besiegelte schließlich das Schicksal Polens und der baltischen Länder (x041/98).

Da die Sowjetunion nach dem deutsch-polnischen Krieg Ostpolen und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen) besetzte, mußten die Volksdeutschen notgedrungen diese Gebiete verlassen, wenn sie der zwangsläufigen Bolschewisierung oder drohenden "Verschickung" nach Sibirien entgehen wollten.

Im Rahmen der "Germanisierung" sollten langfristig sämtliche Polen aus den besetzten westpolnischen Gebieten in das Generalgouvernement vertrieben und durch Volksdeutsche ersetzt werden. Die volksdeutschen Siedlergruppen in den baltischen Staaten und in Jugoslawien waren besonders gefährdet, deshalb wurden sie zuerst umgesiedelt.

Die Organisation und Durchführung übernahmen die NS-Gruppen VOMI ("Volksdeutsche Mittelstelle") und DAG ("Deutsche Ansiedlungsgesellschaft").

Die "NS-Umsiedler" VOMI und DAG führten vor den Umsiedlungsaktionen zahlreiche Propagandaveranstaltungen durch.

Die VOMI-Mitarbeiter versprachen den volksdeutschen Bauern nicht selten große Bauernhöfe. Kein Umsiedler sollte Nachteile oder materielle Schäden erleiden, sondern großzügig entschädigt werden. Nicht wenige naive Volksdeutsche glaubten der NS-Propaganda.

Viele Volksdeutsche wollten außerdem sowieso "heim ins Reich", denn sie konnten die jahrelangen Feindseligkeiten und Unterdrückungen der slawischen Regierungen sowie die Gehässigkeiten und Schikanen der einheimischen Bevölkerung einfach nicht mehr länger ertragen. Sie wollten endlich wieder gleichberechtigte Staatsbürger sein und letztlich in Ruhe leben und arbeiten. Obwohl die volksdeutschen Siedler an ihrem Besitz hingen, verließen sie schließlich doch die altvertrauten Höfe und Häuser ihrer Vorfahren, um vor allem den Kindern vielfältige Demütigungen zu ersparen.

Die Volksdeutschen (Personen mit deutscher Abstammung und Muttersprache, die im Aus-

land lebten und deshalb nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen) wurden z.T. von "ärztlichen Kommissionen" in verschiedene Gruppen eingeteilt. Die "O-Fälle" ("rassisch wertvolle" Umsiedler) sollten in den "neuen" deutschen Ostprovinzen siedeln, während man "A-Fälle" (übrige Volksdeutsche) im Altreich und "S-Fälle" (fremdsprachige bzw. unerwünschte "Sonderfälle") im Generalgouvernement ansiedeln wollte. Da grundsätzlich jeder umsiedeln durfte, verließen teilweise auch "Volksdeutsche" ihre bisherige Heimat, die häufig fast kein deutsch sprechen oder verstehen konnten.

Die Ansiedlung der Volksdeutschen erfolgte überwiegend im Reichsgau Wartheland, Danzig-Westpreußen sowie in den oberschlesischen und ostpreußischen Gebieten, die man nach dem deutsch-polnischen Krieg im Jahre 1939 sofort in das Deutsche Reich eingliederte.

In der "neuen Heimat" erlebten die erwartungsvollen Umsiedler oftmals böse Überraschungen und bittere Enttäuschungen. Viele Volksdeutsche trafen zu früh in den Umsiedlungsgebieten ein, so daß sie die gewaltsame Vertreibung der verzweifelten Polen miterlebten. Andere deutsche Umsiedler mußten monatelang in überfüllten Übergangslagern warten.

Diese Lager waren häufig verwandt und die Verpflegung war oft miserabel. Falls die Volksdeutschen Verwandte im Deutschen Reich hatten, konnten sie diese Übergangslager nur verlassen, wenn eine Zuzugsgenehmigung erteilt wurde. Die reichsdeutschen Verwandten mußten sich vorher jedoch verpflichten, den gesamten Lebensunterhalt der Umsiedler zu übernehmen.

Die deutschen Umsiedler erhielten nur äußerst selten gleichwertige Grundstücke. In den meisten Fällen gab es nicht die zugesagten großen Bauernhöfe oder gepflegte Ackerflächen, denn man bot den Volksdeutschen größtenteils nur ärmliche Bauernhöfe und Wohnungen an. Nach der großen Aufbruchsstimmung und der allgemeinen Begeisterung war die Enttäuschung verständlicherweise riesengroß. Nicht wenige Umsiedler weinten bitterlich oder tobten vor Wut und Zorn. Die SD- und SS-Einheiten führten manchmal sogar gewaltsame "Einweisungen" durch, weil sich die deutschen Umsiedler zu lange sträubten.

Während der Umsiedlungen wurden viele Dorfgemeinschaften rücksichtslos und willkürlich getrennt. Viele volksdeutsche Familien lebten danach mit den unterschiedlichsten Umsiedlern in einer völlig fremden Umgebung. Ab 1942/43 wurden die umgesiedelten Volksdeutschen vielfach sofort zum Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS eingezogen oder sie mußten in kriegswichtigen Rüstungsbetrieben arbeiten.

Deutsche Rückkehrer und Umsiedler in Zahlen (x001/5E-8E, x018/675, x070/138):

>>... Ca. 475.000 Reichsdeutsche kehren freiwillig in die ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen zurück, die das Deutsche Reich 1919/20 zwangsweise an Polen abtreten mußte.

Ca. 535.000 Volksdeutsche werden aus den baltischen Staaten, Wolhynien, Ostgalizien, Bessarabien, der Schwarzmeerregion, der Bukowina, der Dobrudscha und der Gottschee umgesiedelt (davon lassen sich 353.000 im Reichsgau Danzig-Westpreußen und Warthegau sowie 182.000 im westlichen Altreich nieder).

Ca. 325.000 Volksdeutsche aus Jugoslawien, Rumänien und anderen südosteuropäischen Gebieten bringt man vorübergehend in Österreich unter.

Ca. 100.000 Volksdeutsche müssen ihre Heimat Tirol verlassen (deutsch-italienischer Freundschaftsbund). Die Tiroler halten sich danach ebenfalls hauptsächlich in österreichischen Umsiedlungslagern auf. ...<<

Die NS-Umsiedlungsaktionen wirkten sich für die Deutschen Ost-Mitteleuropas letzten Endes außerordentlich verhängnisvoll aus, denn Hitlers "Nationalitätenprinzip" leitete schließlich indirekt die gewaltsame Vertreibung aller Ost- und Volksdeutschen ein. Das unsägliche "Nationalitätenprinzip" des NS-Regimes wurde von den slawischen Staaten "dankbar" übernommen und in den Nachkriegsjahren konsequent umgesetzt und radikal realisiert.

Hitler sprach am 10. Oktober 1939 mit Göring, Raeder, Brauchitsch, Keitel und Halder über den Beginn der Offensive im Westen.

Großadmiral Raeder erklärte während dieser Besprechung zur Belagerung Englands (x033/-26): >>... Je früher der Beginn und je brutaler, um so früher die Wirkung, um so kürzer der Krieg. Alle Einschränkungen verlängern den Krieg.<<

Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 wurde durch Frankreich am 10. Oktober 1939 abgelehnt (x040/16).

Der britische Premierminister Chamberlain lehnte am 12. Oktober 1939 Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 ab (x040/16).

Am 15. Oktober 1939 schlossen das NS-Regime und Estland einen Vertrag über die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe.

Von Oktober bis Dezember 1939 folgten rund 13.000 Baltendeutsche dem Aufruf des "Führers" und verließen Estland. Ca. 10.000 Deutsche wollten in Estland bleiben.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Estland" (x051/160): >>Estland, Republik an der Ostsee, einer der Baltischen Staaten, mit 47.500 km² und 1,1 Millionen Einwohnern (1934), Hauptstadt Reval; gegründet am 24.2.18, als das bis dahin russische Estland noch von deutschen Truppen besetzt war.

Zunächst demokratisch regiert, wurde Estland durch faschistischen Umsturz nach schwerer Wirtschaftskrise 1934 ein vom Präsident K. Päts autoritär geführter Staat mit deutscher Minderheit (1,5 % Baltendeutsche).

Estland wurde im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt (23.8.39) zum sowjetischen Einflußbereich geschlagen. Ein deutsch-estnischer Vertrag regelte im Oktober 39 die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung ins Deutsche Reich. Nach sowjetischem Ultimatum besetzte die Rote Armee am 16.6.40 Estland, räumte es aber im Herbst 41 wieder während des Rußlandfeldzuges, von dem sich die Esten die Wiedererrichtung ihres Staates erhofften.

Viele dienten als Freiwillige in der Waffen-SS (u.a. 20. Waffen-Grenadier-Division der SS). Estland gehörte während der deutschen Besatzungszeit als Generalkommissariat zum Reichskommissariat Ostland. Im August 44 rückten wieder sowjetische Truppen in Estland ein (Reval erst 22.9.).<<

Hitler erläuterte dem OKW-Chef Generalfeldmarschall Keitel am 17. Oktober 1939 einige "NS-Ziele" (x073/183): >>... Es muß verhindert werden, daß eine polnische Intelligenz sich als Führerschicht aufmacht. In dem Lande soll ein niedriger Lebensstandard bleiben; wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen ...

Es ist Vorsorge zu treffen, daß das Gebiet ... für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann. Dazu müssen die Bahnen, Straßen und Nachrichtenverbindungen für unsere Zwecke in Ordnung gehalten und ausgenutzt werden. Alle Ansätze einer Konsolidierung der Verhältnisse in Polen müssen beseitigt werden ...<<

Die "New York Times" berichtete am 21. Oktober 1939 über den Transport von 2.000 Wiener Juden nach Lublin in Polen (x172/178): >>... Gestern Abend sind sie mit Sonderzügen zu ihrem neuen Wohnsitz abgereist, einem Gebiet, das der Beschreibung nach einem Indianerreservat ähnelt. Offenbar ist dies der Beginn einer Massenumsiedlung, von der im Laufe der Zeit alle österreichischen und eventuell sogar deutschen Juden betroffen sein könnten.<<

Der Chef der Sicherheitspolizei erließ am 24. Oktober 1939 folgende Verordnung (x033/31): >>... Entlassungen von Häftlingen aus der Schutzhaft finden während des Krieges im allgemeinen nicht statt. Insbesondere muß von der Entlassung von Funktionären und sonstigen besonders aktiv in Erscheinung getretenen Häftlingen, von kriminell erheblich vorbestraften Staatsfeinden und betont asozialen Elementen abgesehen werden.<<

Die deutsche Militärverwaltung wurde bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146).

NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernahm in Krakau das Amt des Generalgouverneurs.

Alle Gebiete, die das Deutsche Reich 1919/20 an Polen abgetreten hatte, gliederte man in die neugegründeten Reichsgaue Danzig-Westpreußen, Wartheland (ehemalige preußische Provinz Posen und westpolnische Gebiete, mit den 3 Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz/Litzmannstadt) sowie in die deutschen Provinzen Ostpreußen (Regierungsbezirk Zichenau und Sudauen) und Oberschlesien (Bezirk Kattowitz und das Olsa-Gebiet) ein.

In den westpolnischen Restgebieten um Warschau, Lublin und Krakau wurde das "Generalgouvernement" (eine Art "koloniales Nebenland" des Deutschen Reiches) gegründet. Die völkerrechtliche Stellung dieser Restgebiete blieb unklar. Das Generalgouvernement wurde später als völlig abhängiges Beatzungsgebiet wirtschaftlich ausgebeutet, politisch versklavt und schließlich Tatort der Endlösung in den NS-Vernichtungslagern.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Reichsgau "Wartheland" (x051/621-622): >>Wartheland (Reichsgau Wartheland, Warthegau), nach dem Polenfeldzug am 8.10.39 vom Deutschen Reich annektiertes Gebiet südlich der Weichsel und Netze mit den Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz (ab 12.4.40 Litzmannstadt), rund 44.000 qkm mit 4,7 Millionen Einwohnern (davon 327.000 Deutsche).

Im zunächst Reichsgau Posen (bis Januar 40) genannten Wartheland erhielt am 26.10.39 Greiser die Doppelfunktion des Gauleiters und Reichsstatthalters und den Auftrag, das Gebiet zu "regermanisieren". Dazu wurden alle denkbaren staatlichen Zwangsmittel angewandt, von der Vertreibung der ca. 380.000 Juden oder ihrer Zusammenfassung v.a. im Getto Lodz und ihrer Ermordung in den Vernichtungslagern bis zur fast völligen Zerschlagung der Organisation der katholischen Kirche als eines Horts des polnischen Nationalismus und der Ermordung (Intelligenzaktion) oder Vertreibung des polnischen Klerus.

Zur Verstärkung der deutschen Position wurden die aus dem Baltikum kommenden Deutschen und andere volksdeutsche Gruppen angesiedelt, bis 1944 wurden dazu rund 630.000 Polen ins Generalgouvernement abgedrängt. Das Wartheland war eine Art nationalsozialistischer Modellgau, in dem durch Vereinigung der Partei- und Staatsfunktionen, durch Trennung von Kirchen (Herabstufung zu bloßen Vereinen) und Staat, durch totale polizeistaatliche Kontrollen ein "von allen traditionellen bürokratischen Hemmungen freies" (Greiser) nationalsozialistisches Gemeinwesen entstehen sollte.

Das Experiment endete im Januar 45 mit dem Einmarsch der Roten Armee und mit Flucht, Vertreibung oder Tod der deutschen Bevölkerung.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Generalgouvernement" (x051/208): >>Generalgouvernement (amtlich seit 26.10.39 "für die besetzten polnischen Gebiete", von Juli 40 an nur noch Generalgouvernement), nach dem Polenfeldzug im eroberten Polen gebildetes deutsches "Nebenland", ohne eigene Staatlichkeit unter einem Generalgouverneur (H. Frank) mit begrenzter polnischer Selbstverwaltung auf unterster Ebene; eingeteilt in vier Distrikte (Krakau, Warschau, Radom, Lublin) unter Distriktgouverneuren, denen am 1.8.41 noch Ostgalizien mit Lemberg als "Distrikt Galizien" angegliedert wurde; damit 142.000 km² und rund zwölf Millionen Einwohner.

Das Generalgouvernement war Arbeitskräftereservoir für verschleppte polnische Zwangsarbeiter, Aufnahmeland für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen Polen (1,2 Millionen), industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und seit 1942 nach der Gettoisierung der Juden (1943 Warschauer Getto-Aufstand) Schauplatz für die Durchführung der Endlösung.

Nach Schließung der höheren Schulen und Universitäten und Ausrottung von Teilen der polnischen Intelligenz (Intelligenzaktion) wurde das Schulsystem auf einfache und rein fachliche Bildungsstätten reduziert.

In weiterer Perspektive sah der Generalplan Ost die Vertreibung von 80-85 % der Polen aus

dem Generalgouvernement nach Sibirien und die Ansiedlung deutscher Bauern vor; während sich Frank und seine Zivilregierung bisweilen noch, wenn auch ohne Erfolg, aus rein pragmatischen Gründen um eine gewisse Milderung des Besatzungsregimes bemühten, führte das völlig autonome Schreckensregiment der direkt Himmler unterstellten Höheren SS- und Polizeiführer, die die Gerichtsbarkeit und zunehmend Aufgaben der Exekutive ausübten, seit 1943 zu einer Verschärfung der Lage im Generalgouvernement.

Ein relativ grobmaschiges deutsches Kontrollnetz ermöglichte im Generalgouvernement die Organisation des polnischen Widerstands in einer Untergrundregierung mit einer Untergrundarmee, die sich am 1.8.44 im Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht erhob, nach zweimonatigen Kämpfen jedoch mangels alliierter Unterstützung unterlag.<<

Vom 27. bis zum 28. Oktober 1939 wurden rund 17.000 Juden nach Polen deportiert.

Nach "freien Wahlen" wurden die ostpolnischen Gebiete am 27. Oktober 1939 in die Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland eingegliedert.

Der deutsche Wehrmachtsoffizier Helmut Stieff (1901-1944, seit 1944 Generalmajor) schrieb am 31. Oktober 1939 über die Not und das Elend der Warschauer Bevölkerung (x073/183-184): >>... Die Masse der Millionenbevölkerung ... vegetiert irgendwo und irgendwie, man kann nicht sagen wovon. Es ist eine unsagbare Tragödie, die sich dort abspielt ... Man bewegt sich dort nicht als Sieger, sondern als Schuldbewußter! ...

Dazu kommt noch all das Unglaubliche, was dort am Rande passiert und wo wir mit verschränkten Armen zusehen müssen! Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht.

Da kann man nicht mehr von "berechtigter Empörung über an Volksdeutschen begangenen Verbrechen" sprechen. Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. ...<<

Von Oktober bis Ende Dezember 1939 wurden rund 48.000 Lettland-Deutsche (ca. 75 % der deutsch-baltischen Bevölkerung) in den Reichsgau Wartheland umgesiedelt (x035/328-329).

Der lettische Staatspräsident Ulmanis "verabschiedete" lettische Auswanderer damals mit folgenden Worten (x048/138): >>... Welches auch immer die Gründe sein mögen, wenn jemand fahren will, so möge er fahren. Er soll aber wissen, daß ein Wegfahren in diesen Tagen nur so möglich ist, wie auch bei den deutschen Bürgern Lettlands - auf Nimmerwiederkehr!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Lettland" (x051/351-352): >>Lettland, Republik an der Ostsee, einer der Baltischen Staaten, mit 65.800 qkm und 1,95 Millionen Einwohnern (1935), Hauptstadt Riga; gegründet 18.11.18 und in langwierigen Kämpfen gegen die Rote Armee behauptet; Enteignung des baltendeutschen Großgrundbesitzes, deutsche Minderheit ca. 65.000; 1934 Staatsstreich und Bildung eines autoritären Regimes unter Karlis Ulmanis.

Lettland schloß am 7.5.39 mit dem Deutschen Reich einen Nichtangriffspakt auf zehn Jahre, der aber durch den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.39 gegenstandslos wurde, in dem Lettland von Hitler Stalin preisgegeben wurde. Die Baltendeutschen wurden ins Deutsche Reich umgesiedelt. Die Sowjetunion annektierte Lettland am 17.6.40.

Im Juni 41 rückten deutsche Truppen ein, das Land wurde als Generalkommissariat dem Reichskommissariat Ostland angegliedert. Viele Letten beteiligten sich als Freiwillige in der Waffen-SS (u.a. 15. und 19. Waffen-Grenadier-Division der SS) am Rußlandfeldzug. Ihre Hoffnungen auf Wiedergewinnung der staatlichen Unabhängigkeit mit deutscher Hilfe aber erfüllten sich nicht; im Herbst 44 (Riga 13.10.) wurde Lettland erneut von sowjetischen Truppen besetzt.<<

Hitler schrieb im Oktober 1939 über die NS-Besatzungspolitik im Generalgouvernement (x067/144): >>Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder einen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren. ...

Die Durchführung (der Verwaltung) bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet. Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten. Es ist Vorsorge zu treffen, daß das Gebiet als vorgeschobenes Glacis (Sicherheitszone) für uns militärische Bedeutung hat und für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann. ...

Die Führung des Gebietes muß es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen. ...<<

Die NS-Besatzer waren damals hauptsächlich an der Beschaffung von Arbeitskräften und an der totalen Ausplünderung ("radikale Auspowerung") aller osteuropäischen Besatzungsgebiete interessiert, denn während des langen Krieges fehlten ständig Arbeitskräfte und Rohstoffe. Um die eigentlichen "NS-Kriegsziele" zu verwirklichen, ließen die SS-Organisationen keine Form des Terrors aus. Die einheimische polnische Bevölkerung erhielt größtenteils nur unzureichende Nahrungsmittelzuteilungen. Fast alle polnischen Betriebsinhaber und Großgrundbesitzer wurden enteignet. Außerdem beschlagnahmte man Klöster und sämtliche staatlichen Einrichtungen.

Da schon bald mehrere Millionen deutsche Soldaten an den Kampffronten eingesetzt wurden, fehlten zwangsläufig überall Arbeitskräfte. Hunderttausende von Polen wurden später als Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie rekrutiert und mußten in den Westen des Deutschen Reiches "umsiedeln". Arbeitsfähige Polen, die nicht in den Westen verschleppt wurden, inhaftierte man in den zahlreichen NS-Arbeits- bzw. Konzentrationslagern des Generalgouvernements. In diesen NS-Zwangsarbeitslagern forderten die Folgen der unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, der Hungertod, Seuchen und brutale Mißhandlungen ungezählte Opfer.

Nach dem deutsch-polnischen Krieg (1.09.-6.10.1939) unterstützte Nordamerika frühzeitig die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße</u> . Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei</u> . Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x023	Maser, Werner: <u>Das Regime</u> . Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deut-</u>

	<u>schen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.</u>
x029	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle.</u> Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945.</u> Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): <u>Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg.</u> Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges.</u> Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege".</u> Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH</u> (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg.</u> Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x048	Nielsen-Stokkeby, Bernd: <u>Baltische Erinnerungen.</u> Estland, Lettland, Litauen zwischen Unterdrückung und Freiheit. 4. erweiterte Auflage. Bergisch Gladbach 1991.
x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland.</u> Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: <u>Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland.</u> Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches.</u> München 1985.
x053	Westenrieder, Norbert: <u>Deutsche Frauen und Mädchen.</u> Vom Alltagsleben 1933-1945. Düsseldorf 1984.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte.</u> 28. Auflage. Würzburg 1957.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2.</u> Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche.</u> Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV.</u> Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: <u>Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte.</u> Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.

x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit.</u> Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin.</u> Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x084	Graml, Hermann (Hg.): <u>Widerstand im Dritten Reich.</u> Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Ostdeutsche Gedenktage 1989.</u> Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war.</u> Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x113	Engelsing, Rolf: <u>"Wie Sodom und Gomorrha ..."</u> Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x138	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Blitzkriege. München/Köln 1989.
x139	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): <u>Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 1.</u> 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch.</u> Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x244	Ripper, Werner (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 1.</u> Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1.</u> Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4.</u> Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle.</u> Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x311	Benoist-Méchin, Jacques: <u>Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939.</u> Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte. Stegen am Ammersee 2009.

x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte. Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.</u>
x352	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil.</u> ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil.</u> ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x962	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/05/15/das-britische-schachspiel-die-instrumentalisierung-hitlers-fur-die-westliche-kriegs-strategie/ - November 2019